



Werkstattbericht 188

Zusammenleben in Wien

Einstellungen zu Zuwanderung und
Integration 2020



Zusammenleben in Wien

Einstellungen zu Zuwanderung und Integration 2020

Impressum

Eigentümer und Herausgeber

Stadt Wien, Stadtentwicklung
und Stadtplanung

stadtentwicklung.wien.at

Stadt Wien, Integration und Diversität

integration.wien.at

Auftragnehmer/Autorenschaft

Teil I

Dr. Raimund Haindorfer

Teil II

IFES – Institut für empirische Sozialforschung
GmbH

Projektleiter, Autor: Dr. Gert Feistritzer

Projektassistentz: Julia Birke, MA

Auswertung: Mag.^a Claudia Pflügl

Auftraggeber

Stadt Wien, Stadtentwicklung
und Stadtplanung

SR Ing. Mag. Johannes Gielge

DIⁱⁿ Birgit Akagündüz-Binder

Stadt Wien, Integration und Diversität

Mag. Kemal Boztepe

Mag. Philipp Hammer

Redaktionelle Bearbeitung

DIⁱⁿ Birgit Akagündüz-Binder,

Bruno Sagmeister, MSc (Stadtentwicklung

und Stadtplanung – Raumanalysen und

Stadtsoziologie)

Grafische Bearbeitung

Miriam Limbeck (Stadt Wien Marketing)

Koordination

Stephanie Dornig, MA, Gudrun Thaller
(Stadt Wien Marketing)

Willibald Böck, Philipp Oberhaidinger

(Stadtentwicklung und Stadtplanung –

Öffentlichkeitsarbeit)

Lektorat

Dr.ⁱⁿ Andrea Eder

Druck

Druckerei der Stadt Wien

Copyright

© Stadt Wien – Stadtentwicklung und
Stadtplanung 2021

Alle Rechte vorbehalten

Werkstattbericht Nr. 188

ISBN 978-3-903003-70-5

Zitat

Feistritzer, Gert/Haindorfer, Raimund (2021):

Zusammenleben-Monitoring 2020.

Einstellungen zu Zuwanderung und Integ-
ration. Aktualisierung 2020. In: Stadt Wien,

Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.):

Werkstattbericht 188.





Inhaltsverzeichnis



Vorwort	10	2.2 Ergebnisse des Perception Survey on the Quality of Life in European Cities 2019	23
Einleitung in den Werkstattbericht	12	2.3 Ergebnisse des European Social Survey 2002–2018	23
I – Kontextualisierung der neuen Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ (2020)	14	3 Diskussion und Einbettung der neuen Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“	23
Einleitung Teil I	14	3.1 Etablierte Befunde zur Erklärung von Einstellungen gegenüber Migration auf individueller Ebene	25
1 Demografische und rechtliche Entwicklungen im Bereich der Migration seit 2015	16	3.2 Die neuen Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ (2020) im Licht der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung	26
1.1 Entwicklung der Bevölkerungsstruktur	16		
1.2 Rechtliche Rahmenbedingungen der Zuwanderung	18		
1.3 Integration von Geflüchteten in Österreich	20		
2 Vergleichende empirische Befunde zu Einstellungstrends gegenüber Migration in ausgewählten westeuropäischen Ländern und Hauptstädten	22		
2.1 Demografische Basisdaten zu Migration	22		



II – Zusammenleben- Monitoring 2020: Zusammenleben von verschiedenen Bevölkerungs- gruppen in Wien	30		
Einleitung Teil II	30		
Daten zur Untersuchung	32		
1 Hauptergebnisse in Kurzform	32		
2 Die Ergebnisse im Einzelnen	38		
2.1. Problembereiche für Wien	38		
2.2. Persönliche Kontakte zu Personen ausländischer Herkunft	43		
2.3. Beurteilung des Zusammen- lebens	45		
2.4. Vermutete Folgen der Flüchtlingsaufnahme	51		
2.5. Akzeptanz des Anteils der nach Wien Zugewanderten	52		
2.6. Einstellungen zu Zugewan- derten und erwartete Effekte	54		
2.7. Integrationswahrnehmung und Akzeptanz kultureller Vielfalt	58		
2.8. Integrations- und Diversitäts- maßnahmen	60		
2.9. Wodurch wird Integration erschwert?	63		
			2.10. Wien-Wahlrecht für Zuge- wanderte 65
			2.11. Zum Erwerb der österrei- chischen Staatsbürgerschaft 56
			2.12. Einstellung zur Integrations- politik 67
			2.13. Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft 69
			2.14. Zufriedenheit mit der Lebenssituation in Wien 72
			2.15. Zukunftsperspektiven 73
			2.16. Mediennutzung zur Frage der Zuwanderung und Integration 75
			2.17. Umgangssprachen im Alltag 76
			2.18. Auslandserfahrungen 76
		Anhang	78
		Teil I	
		Abbildungsverzeichnis	78
		Tabellenverzeichnis	78
		Quellenverzeichnis	78
		Endnote	82
		Teil II	
		Methoden- und Strukturhinweise	88
		Tabellenverzeichnis	90
		Abbildungsverzeichnis	91

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
liebe Lesende,

Städte sind seit jeher Orte der Begegnung unterschiedlicher Kulturen, Sprachen, Religionen und Lebensstile. So ist auch Wien eine wachsende Stadt mit zunehmender Vielfalt. Heute leben Menschen aus rund 180 Ländern in Wien.

Gerade diese Vielfalt bereichert das Zusammenleben in einer Stadt und trägt auch viel zu ihrer Weiterentwicklung bei. Gleichzeitig bringt eine durch Zuwanderung wachsende Stadt Herausforderungen mit sich.

Mein Ziel ist eine vernünftige und lösungsorientierte Integrationspolitik, die das Gemeinsame vor das Trennende stellt. Das „Zusammenleben-Monitoring“ und der vorliegende Werkstattbericht „Zusammenleben in Wien“ ist dafür eine wichtige Grundlagenarbeit, die auch Entwicklungen und Trends aufzeigt. Bereits seit fast zwei Jahrzehnten werden in guter Kooperation der Abteilungen Stadt Wien – Integration und Diversität und Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung regelmäßige Befragungen zum Thema Zusammenleben in Wien durchgeführt. Zuletzt wurden 2015 Ergebnisse veröffentlicht, die nun um Erkenntnisse ergänzt vorliegen.

Erfreulich ist, dass Wien im internationalen Vergleich nach wie vor sehr positive Bewertungen aufweist. Eine diverse Gesellschaft wird zunehmend als nichts Außergewöhnliches wahrgenommen, wenngleich Zuwanderung und die Unterbringung von Flüchtlingen als Herausforderung gesehen werden. Vor allem gute Erfahrungen mit privaten Kontakten zeigen positive Effekte in der Beurteilung des Zusammenlebens.

Die Befragungen wurden zu Beginn der Covid-19-Pandemie durchgeführt, allfällige Effekte sind daher noch nicht ablesbar. Doch gerade angesichts aktueller Kriegsgeschehnisse und damit verbundener Fluchtmigration sowie wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheiten ist es umso notwendiger, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Mehr denn je sind ein respektvolles Miteinander und Solidarität gefragt. Wien ist eine weltoffene Stadt und soll das auch in Zukunft bleiben.

Christoph Wiederkehr
*Vizebürgermeister, Stadtrat für
Bildung, Jugend, Integration und
Transparenz*



Einleitung in den Werkstattbericht

Der vorliegende Werkstattbericht präsentiert die neuen Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ (2020), einer repräsentativen Befragung der Wiener Bevölkerung zum Thema „Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Wien“.

Bereits seit dem Jahr 1989 werden die WienerInnen im Rahmen des „Zusammenleben-Monitorings“ in regelmäßigen Abständen zum Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Wien befragt. Durchgeführt wurden die repräsentativen Umfragen des „Zusammenleben-Monitorings“ vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) im Auftrag der Stadt Wien (Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Stadt Wien – Integration und Diversität). Das „Zusammenleben-Monitoring“ ist eine herausragende Datengrundlage zur Untersuchung von Einstellungstrends gegenüber dem Themenbereich Migration und Integration in Wien. Der lange Befragungszeitraum sowie das umfangreiche Frageprogramm sind einzigartig, auch mit Blick auf die internationale Migrations- und Stadtforschung. Ein letzter Werkstattbericht aus dem Jahr 2015 hat die Einstellungen zwischen 1989 und 2013 untersucht (Verwiebe et al. 2015). Seitdem wurde die Umfrage in den Jahren 2016, 2018 und 2020 wieder drei Mal durchgeführt.

Der vorliegende Werkstattbericht legt seinen Schwerpunkt auf die aktuelle Welle (2020), aber auch hier werden die Befunde immer wieder in die lange Zeitreihe eingefügt und damit ein weitreichender Blick in die subjektiven Wahrnehmungen von Migration und Integration in Wien geboten. Teil II des Werkstattberichts bietet eine schriftliche und grafisch aufbereitete Zusammenfassung der wichtigsten Studienergebnisse. Zum einen handelt es sich bei diesem Werkstattbericht also um ein „Update“ der Einstellungen zu Migration und Integration in Wien. Zum anderen wird im Teil I des Werkstattberichts eine Kontextualisierung der neuen Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ (2020) vorgenommen. Eine solche Kontextualisierung der Studienergebnisse ist wichtig für eine aussagekräftige Interpretation, weil das „Zusammenleben-Monitoring“ subjektive Einstellungen erhebt und sich solche immer auch in Abhängigkeit von äußeren Umständen entfalten. Außerdem ist es wichtig zu wissen, wie die Einstellungen zu Migration und Integration in Wien im Vergleich zu Österreich und international gelagert sind. Aktuelle Forschungsliteratur wird zu diesem Thema hinzugezogen.



Dr. Raimund Haindorfer
Senior-Postdoc am Fachbereich
Politikwissenschaft und Soziologie
(Abteilung Soziologie und Kulturwissenschaft) der Universität Salzburg



I

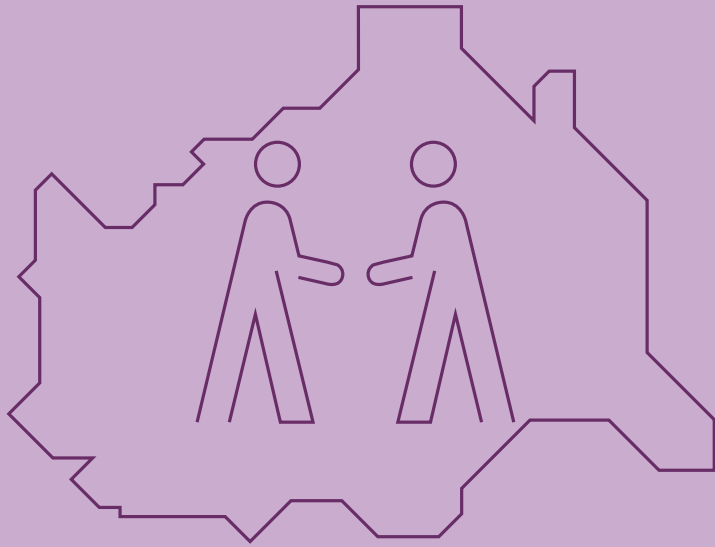
Kontextualisierung der neuen Ergebnisse des „Zusammenleben- Monitorings“ (2020)

EINLEITUNG TEIL I

In den nun folgenden drei Kapiteln wird eine Kontextualisierung der neuen Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ (2020) vorgenommen.

Die Kontextualisierung der Studienergebnisse gliedert sich wie folgt: In Kapitel 1 werden die demografischen und rechtlichen Entwicklungen im Bereich der Migration seit 2015 besprochen. Ein Beispiel für veränderte Rahmenbedingungen ist die neuere Fluchtmigration aus dem Großraum Mittlerer Osten in die Europäische Union („europäische Flüchtlingskrise“ 2015–2016), im Zuge derer auch viele Flüchtlinge in Österreich einen Asylantrag gestellt haben. Daran anschließend präsentiert Kapitel 2 vergleichende Analysen zu Einstellungstrends gegenüber Migration in ausgewählten westeuropäischen Ländern und Hauptstädten. Vor diesem Hintergrund und dem Bezug zur aktuellen Forschungsliteratur in Österreich und international diskutiert Kapitel 3 schließlich ausgewählte neue Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ (2020) im Licht der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung.





1 DEMOGRAFISCHE UND RECHTLICHE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER MIGRATION SEIT 2015

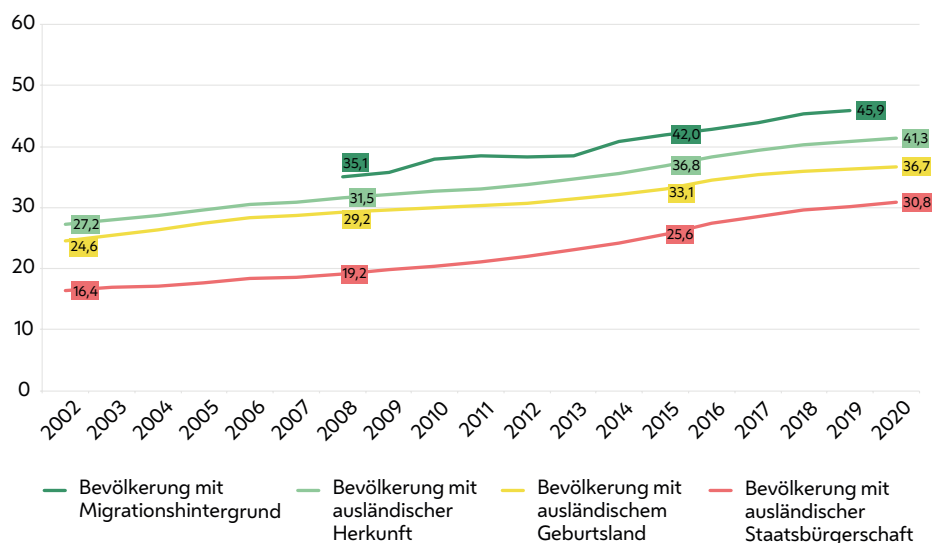
Als Fortsetzung des Werkstattberichts 152 zum „Zusammenleben-Monitoring“ (Verwiebe et al. 2015) werden in diesem Kapitel die demografischen und rechtlichen Entwicklungen im Bereich der Migration seit dem Jahr 2015 besprochen.

1.1 ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Um demografische Entwicklungen im Bereich der Migration zu beobachten, sind national und international verschiedene Definitionen bzw. Indikatoren im Umlauf. Im Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor 2020 (Stadt Wien – Integration und Diversität 2020) werden auf der Grundlage des Bevölkerungsregisters der Stadt Wien¹ im Zeitverlauf von 2002 bis 2020 insgesamt vier verschiedene Gruppen von Personen mit Migrationsbezug unterschieden. Das ermöglicht einen vielfältigen und weitgehenden Einblick in die neueren Zuwanderungstrends in Wien. Die Wiener Bevölkerung wird differenziert in jene mit ausländischer Staatsbürgerschaft, mit ausländischem Geburtsland, mit ausländischer Herkunft² sowie mit Migrationshintergrund.³

Die Statistiken zeigen, dass der Anteil an Menschen mit Migrationsbezug in Wien sehr hoch und Migration somit ein wesentlicher Bestandteil der Wiener Bevölkerung ist. Außerdem zeigt sich, dass Migration im Zeitverlauf an Bedeutung gewinnt, und zwar unabhängig davon, welcher Indikator angelegt wird. So verfügen im Jahr 2020 30,8 % der Wiener Bevölkerung nicht über die österreichische Staatsbürgerschaft, 2002 waren dies vergleichsweise noch 16,4 %. Bei der Gruppe der Zugewanderten mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft ist der größte Anstieg festzustellen (ein Plus von 187 %, also fast eine Verdoppelung). Des Weiteren sind im Jahr 2020 36,7 % der WienerInnen im Ausland geboren (2002: 24,6 %), 41,3 % haben eine ausländische Herkunft (2002: 27,2 %) sowie 45,9 % einen Migrationshintergrund (2008: 35,1 %) (vgl. Stadt Wien – Integration und Diversität 2020: 30).

Abb. 1: Anteil der Wiener Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft, mit einem ausländischen Geburtsort, mit ausländischer Herkunft oder mit Migrationshintergrund 2002 bis 2020 (in %)



Quelle: Stadt Wien – Integration und Diversität (2020: 30).

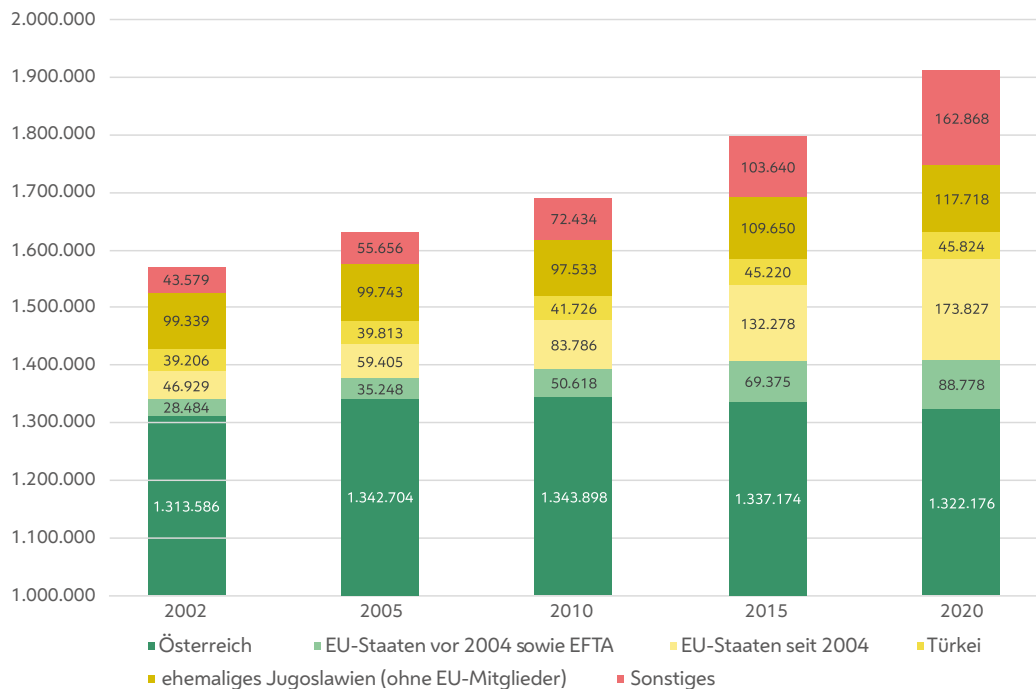
Um weitere Rückschlüsse auf die Migrationstrends in der Stadt zu ermöglichen, wird nun die Wiener Bevölkerung nach ihrer Staatsbürgerschaft aufgeschlüsselt. Dabei werden insgesamt sechs Gruppen unterschieden. Es ist festzuhalten, dass sich Rückschlüsse auf die Migrationstrends, je nach gewähltem Indikator (Staatsbürgerschaft, Geburtsland, Migrationshintergrund etc.), mehr oder weniger stark unterscheiden können. Die Betrachtung der Staatsbürgerschaft ist aber insofern besonders relevant, als mit der Staatsbürgerschaft wichtige demokratiepolitische Rechte verknüpft sind.⁴

Die vorgenommenen Analysen weisen mehrere Trends aus (siehe Abb. 2). Zuallererst zeigt sich, dass Wien eine wachsende Stadt ist. Genauer gesagt, hat sich die Bevölkerung der österreichischen Bundeshauptstadt seit 2002 um 340.068 Personen (entspricht einem Plus von 21,6 %) erhöht. Die Anzahl der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft ist über die Jahre konstant, nur ein geringfügiger Anstieg und zwar um 8.590 Personen (plus 0,7 %) ist zu verzeichnen. Am stärksten fallen die Zuwächse bei EU-BürgerInnen sowie sonstigen StaatsbürgerInnen aus. Bei den BürgerInnen aus den EU-13 (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn etc.) ist eine Steigerung um 126.898 Personen (plus 270,4 %) zu beobachten und bei BürgerInnen aus den EU-14 sowie EFTA (Deutschland, Frankreich, Griechenland, Schweiz etc.) errechnet sich ein Mehr an 60.294 Personen (plus 211,7 %). Die verschiedenen Erweiterungen der Europäischen Union ab 1995 (Eurostat (a)) und das mit einer EU-Staatsbürgerschaft verbundene Recht, sich in jedem beliebigen EU-Land niederzulassen, zeigen Wirkung. Wichtig zu erwähnen ist, dass BürgerInnen aus den „alten“ Mitgliedstaaten (EU-14) im Vergleich zu jenen aus den „neuen“ Mitgliedstaaten (EU-13) einen im Durchschnitt erheblich höheren sozioökonomischen Status (Qualifikation und Einkommen) in Österreich aufweisen (vgl. Statistik Austria 2020: 64 und 68). Ein erheblicher Zuwachs ist auch bei der Gruppe „Sonstiges“ festzustellen und zwar in der Höhe von 119.289 Personen (plus 273,7 %). Über die Jahre relativ gleichbleibend ist hingegen die Anzahl an türkischen und ex-jugoslawischen StaatsbürgerInnen (ohne EU-Mitglieder). Dies waren die Herkunftsländer der „klassischen“ ArbeitsmigrantInnen in den 1960er und 1970er Jahren.



Abb. 2: Entwicklung der Bevölkerungszusammensetzung Wiens nach Staatsbürgerschaft 2002 bis 2020 (in absoluten Zahlen)⁵

Anmerkung: Y-Achse beginnt aus Gründen der besseren Lesbarkeit bei 1.000.000 Personen



Quelle: Stadt Wien – Integration und Diversität (2020), Daten: Stadt Wien – Wirtschaft, Arbeit und Statistik (Bevölkerungsregister); eigene Berechnungen.

Während die eben angeführte Prozentveränderung einen Aufschluss über die Größe der Veränderung der jeweiligen Gruppe liefert, lässt sich anhand eines Vergleiches von Prozentzahlen (Prozentpunkten) – ähnlich wie beim Vergleich von Wahlergebnissen – die Veränderung der Anteile der jeweiligen Gruppe an der Gesamtbevölkerung Wiens beschreiben. Hier ist festzuhalten, dass der Anteil der Wiener Bevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft gegenüber 2002 um 14,4 Prozentpunkte gesunken ist – und dies vor allem aufgrund des wachsenden Anteils an EU-BürgerInnen (beide Gruppen zusammen: Plus von circa 9 Prozentpunkten) und der Kategorie „Sonstiges“ (Plus von 5,7 Prozentpunkten). Bei türkischen und ex-jugoslawischen StaatsbürgerInnen lässt sich, der Tendenz nach, ein sinkender Anteil in der Bevölkerung Wiens feststellen (–0,1 bzw. –0,2 Prozentpunkte). Angesichts der wachsenden Anteile von EU-StaatsbürgerInnen und sonstigen StaatsbürgerInnen in der Stadt gewinnen diese Herkunftsgruppen eine größere Bedeutung für das interethnische Zusammenleben in Wien.

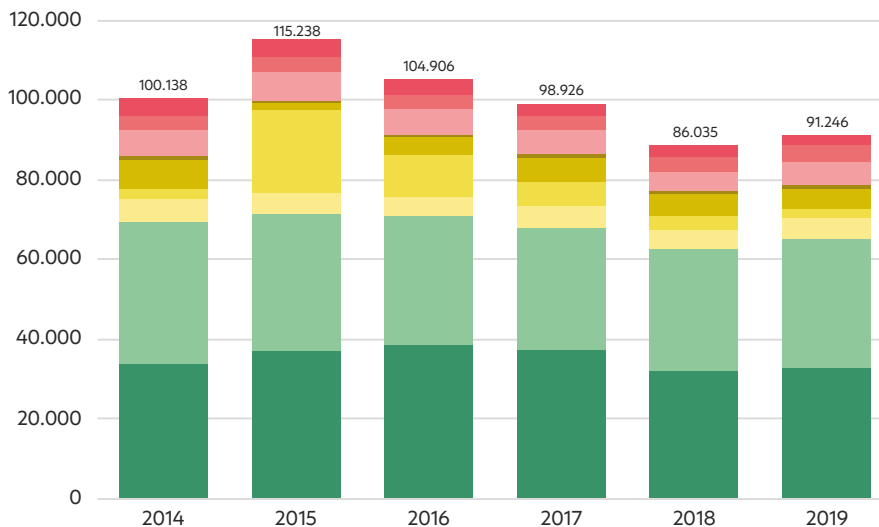
1.2 RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN DER ZUWANDERUNG

Migration wird in Österreich wesentlich von rechtlichen Regelungen auf nationalstaatlicher, europäischer (EU) und internationaler Ebene bestimmt. Mit Blick auf die Steuerung von Migration sind in den westlichen Gesellschaften gewisse Gemeinsamkeiten in den Politikzielen festzustellen. So kann in diesen Nationalstaaten in den letzten 15 Jahren ein Diskurs beobachtet werden, der – in verschiedenen Abstufungen und Facetten – die Zuwanderung von (hoch) qualifizierten Arbeitskräften befürwortet, Familiennachzug, Flucht- und Asylmigration sowie irreguläre Migration

jedoch weitestgehend zu verhindern versucht. Zugespißt formuliert, besteht das hauptsächliche Ziel der Migrationspolitik darin, erwünschte und als nützlich empfundene MigrantInnen zu gewinnen und gleichzeitig unerwünschte und als belastend empfundene MigrantInnen abzuwehren. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Nationalstaaten verschiedene Sets an einwanderungspolitischen Instrumenten entwickelt (etwa die Gewährung einer sofortigen dauerhaften Aufenthaltserlaubnis und andere Privilegien für Hochqualifizierte, um diese anzuziehen) (vgl. Hoesch 2018:159–160).

Vor diesem Hintergrund werden nun die Zuzüge nach Wien aus dem Inland und Ausland nach Staatsbürgerschaft sowie rechtlicher Grundlage thematisiert (siehe Abb. 3).⁶ Dabei ist – im Zeitraum 2014 bis 2019 – festzustellen, dass sich die Zuwanderung nach Wien vor allem aus EU/EFTA-StaatsbürgerInnen sowie aus Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit aus anderen Bundesländern⁷ zusammensetzt. Im Jahr 2019 machten solche Zuzüge in Summe 65.378 Personen aus, was einem Anteil von etwa 72% aller Zuzüge nach Wien entspricht. Dieser Hauptteil der Zuwanderung nach Wien ist rechtlich und damit politisch (praktisch) nicht steuerbar.⁸

Abb. 3: Zuzüge nach Wien aus dem Inland und Ausland nach Staatsbürgerschaft sowie rechtlicher Grundlage (in absoluten Zahlen)



- Außenwanderung: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen, Aufenthaltsbewilligungen SchülerInnen & Studierende
- Außenwanderung: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen, Aufenthaltstitel Arbeit
- Außenwanderung: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen, Aufenthaltstitel Familienzusammenführung
- Außenwanderung: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen, sonstige Aufenthaltstitel
- Außenwanderung: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen, sonstige Zuwanderung
- Außenwanderung: Flucht (Neuzugänge in die Grundversorgung aus dem Ausland oder aus Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern)
- Außenwanderung: Zuzüge von österreichischen StaatsbürgerInnen
- Außenwanderung: Zuzüge von EU/EFTA-StaatsbürgerInnen
- Binnenwanderung: Zuzüge aus anderen Bundesländern

Quelle: Stadt Wien – Integration und Diversität (2020: 42).

Die restlichen Zuzüge nach Wien umfassen mit etwa 20 % vor allem Einwanderungen von Drittstaatsangehörigen (d.h. Personen, die nicht BürgerInnen des EWR⁹ oder der Schweiz sind). Die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen ist sehr stark geregelt. Beispielsweise können einfach qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten nur saisonal in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Tourismus arbeiten. Knapp 6 % aller Zuzüge sind österreichische StaatsbürgerInnen, die aus dem Ausland zuwandern. Außerdem gibt es einen, mittlerweile wieder geringen Zuzug von Geflüchteten, der rund 3 % aller Zuzüge nach Wien ausmacht. Die Zahl der Geflüchteten, die nach Wien eingewandert sind (d.h. Neuzugänge¹⁰ in die Grundversorgung aus dem Ausland oder aus Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern) hatte ihren Höhepunkt in den beiden Jahren der „europäischen Flüchtlingskrise“ 2015 und 2016. In diesen Jahren sind 20.529 (2015) bzw. 10.807 (2016) Flüchtlinge nach Wien gekommen.¹¹ Die Zuwanderung von Flüchtlingen ist durch die Genfer Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen (UNO) und durch EU-Richtlinien sowie zwischenstaatliche Abkommen geregelt (vgl. Stadt Wien – Integration und Diversität 2020: 41–45).

Rechtliche Veränderungen im Bereich der Zuwanderung seit dem Jahr 2015 sind bei der Aufnahme von Geflüchteten zu finden. So wurde im Jahr 2016 im Rahmen einer Asylrechtsreform die Gewährung der Asylberechtigung auf drei Jahre befristet. Nach Ablauf dieser Zeit wird überprüft, ob die Voraussetzungen für die Gewährung weiter bestehen. Sollte dies der Fall sein, wird die Asylberechtigung auf unbefristete Dauer erteilt. Auch das Recht auf Familienzusammenführung von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten wurde hier eingeschränkt (z.B. müssen Asylberechtigte ihren Antrag auf Familienzusammenführung binnen drei Monaten nach Asylgewährung stellen, andernfalls müssen sie dafür Wohnraum, Einkommen und Krankenversicherung nachweisen (vgl. Stadt Wien – Integration und Diversität 2020: 45). Außerdem ist 2017 eine Gesetzesänderung in Kraft getreten, die AsylwerberInnen einen Wohnsitzwechsel in ein anderes Bundesland nicht mehr erlaubt (vgl. Asylkoordination Österreich (a)).

Eine weitere gesetzliche Veränderung im Bereich der Zuwanderung betrifft die Indexierung der Familienbeihilfe. Für BürgerInnen eines EU-Mitgliedstaates, die in Österreich arbeiten und deren Kinder dauerhaft in einem anderen EU- oder EWR-Mitgliedstaat leben, gilt seit 1. Jänner 2019 eine neue Rechtslage hinsichtlich von Familienleistungen. So werden die Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag an die Lebenshaltungskosten des jeweiligen Wohnstaates des Kindes angepasst (Indexierung). Für viele ArbeitnehmerInnen bedeutet dies eine Kürzung (wie z.B. für die vielen grenzüberschreitenden PendlerInnen aus den osteuropäischen Nachbarstaaten) und für einige eine Erhöhung dieser Leistungen. Die Indexierung ist allerdings strittig. Nach Ansicht der Europäischen Kommission, einiger Mitgliedstaaten sowie namhafter EuroparechtsexpertInnen verstößt diese Gesetzesänderung in mehrfacher Hinsicht gegen bestehende europäische Verträge und Gesetze. Die Europäische Kommission hat daher am 24. Jänner 2019 ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, dessen Ergebnis noch nicht vorliegt (vgl. Arbeiterkammer).

1.3 INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN IN ÖSTERREICH

Weil es sich um ein seit 2015 öffentlich stark diskutiertes Migrationsthema handelt, werden in diesem Kapitel mehrere wichtige Informationen zum Stand der Integration von Geflüchteten in Österreich dargelegt. Die Zahl der Personen in Grundversorgung¹² ist in Österreich seit dem Jahr 2016 konstant gesunken, von 78.962 auf 30.878 im Jahr 2019 (vgl.

Statistik Austria 2020: 42; basierend auf der BM.I-Asylstatistik). In Wien sind momentan (Stand September 2020) 11.020 Personen in Grundversorgung. Davon sind 7.920 Erwachsene (63 % Männer, 37 % Frauen) und 3.100 Minderjährige (56 % Buben, 44 % Mädchen). Die Hauptherkunftsländer sind Afghanistan (3.290 Personen), Irak, Russland und Syrien (1.060–1.180) und Somalia (680). Drei Viertel der Geflüchteten in Grundversorgung wohnen in privaten Unterkünften, ein Viertel in organisierten Quartieren (vgl. Fonds Soziales Wien 2020; basierend auf BM.I-GVSBIS).

In Österreich dürfen AsylwerberInnen grundsätzlich keiner normalen beruflichen Tätigkeit nachgehen.¹³ Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte haben hingegen vollen Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie werden bei der Arbeitssuche und Qualifikation vom österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS) unterstützt. Außerdem gibt es das sogenannte Integrationsjahr für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, die noch keine Arbeit gefunden haben und auch für AsylwerberInnen aus Syrien und dem Iran (vgl. Asylkoordination Österreich (b)).¹⁴ Monatliche Beobachtungen des AMS zum Arbeitsmarkterfolg von geflüchteten Menschen¹⁵ in Österreich (Stand August 2020) zeigen zum Beispiel, dass von den geflüchteten Personen, die im Jahr 2015 ihren Aufenthaltsstatus erhielten (d.h. asylberechtigt, als Konventionsflüchtling anerkannt, subsidiär schutzberechtigt), und im Zeitraum Jänner 2015 bis Juni 2016 beim AMS arbeitslos vorgemerkt waren oder sich in Schulung befanden, Ende Juni 2016 insgesamt 10,1 % und Ende August 2020 46,4 % in Beschäftigung waren (Kontrollgruppe 1, die 9.526 Personen umfasst) (vgl. AMS 2020). Die Beobachtungen des AMS zum Arbeitsmarkterfolg weisen somit auf einen langwierigen, wenn auch stetigen Prozess der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten hin.¹⁶



2 VERGLEICHENDE EMPIRISCHE BEFUNDE ZU EINSTELLUNGSTRENDS GEGENÜBER MIGRATION IN AUSGEWÄHLTEN WESTEUROPÄISCHEN LÄNDERN UND HAUPTSTÄDTEN

Dieses Kapitel präsentiert vergleichende empirische Befunde zu Einstellungstrends gegenüber dem Themenbereich Migration in ausgewählten Ländern und Hauptstädten Westeuropas. Für die Datenanalyse wird auf zwei verschiedene internationale und repräsentative Umfragen zurückgegriffen: (1) den Perception Survey on the Quality of Life in European Cities 2019 und (2) den European Social Survey (aus 2002, 2014 und 2018). Der Zeitraum beinhaltet damit die Zeit vor der „europäischen Flüchtlingskrise“ 2015 und 2016. Somit können Hinweise auf Effekte der neueren Fluchtmigration auf die allgemeinen Einstellungstrends zu Migration identifiziert werden. Die Vergleichsländer und deren Hauptstädte wurden aufgrund der Datenverfügbarkeit sowie weiterer Überlegungen (u.a. deutschsprachige Nachbarländer und Entfernung) ausgewählt. Sie umfassen die deutschsprachigen Nachbarländer Deutschland und Schweiz sowie Belgien, Niederlande und Schweden.

2.1 DEMOGRAFISCHE BASISDATEN ZU MIGRATION

Bevor die Einstellungstrends untersucht werden, werden vorab demografische Basisdaten zu Migration in den Vergleichsländern und deren Hauptstädten präsentiert (siehe Tab. 1). Diese Informationen sind als wichtiges Hintergrundwissen zu verstehen. Die Metropole Wien (1,9 Mio. EinwohnerInnen) ist hinsichtlich der Bevölkerungsgröße vor allem mit Groß Amsterdam und Brüssel vergleichbar. Hinsichtlich des Anteils an AusländerInnen an der Bevölkerung ist Wien (30 %) ebenfalls am ehesten mit Brüssel, aber auch mit der Schweizer Hauptstadt Bern zu vergleichen. Mit Blick auf den Zeitraum 2014 bis 2018 ist der Anteil an AusländerInnen vor allem in Berlin (plus 38 %) und Wien (plus 25 %) gestiegen, während er in den anderen Vergleichshauptstädten relativ konstant geblieben ist, ein wichtiger objektiver Befund zu den demografischen Rahmenbedingungen der Einstellungstrends.¹⁷

Tab. 1: Demografische Basisdaten zu Migration in den europäischen Vergleichsländern und deren Hauptstädten 2014–2018

	Bevölkerungsgröße	Nicht-StaatsbürgerInnen (AusländerInnen) als	
	(in Mio.)	Anteil der Bevölkerung (in %)	
	2018	2014	2018
Österreich	8,8 ²	13 ⁵	16 ⁶
Wien	1,9 ³	24 ⁵	30 ⁷
Deutschland	82,8 ²	9 ⁵	12 ⁵
Berlin	3,6 ³	13 ⁵	18 ⁵
Schweiz	8,5 ²	24 ⁵	26 ⁸
Bern	0,1 ¹	24 ⁵	25 ⁵
Niederlande	17,2 ²	5 ⁵	6 ⁹
Groß Amsterdam ^a	1,4 ⁴	13 ⁵	- ¹²
Belgien	11,4 ²	11 ⁵	12 ⁵
Brüssel	1,2 ³	34 ⁵	35 ⁵
Schweden	10,1 ²	8 ¹⁰	9 ⁵
Stockholm	0,9 ¹	10 ¹¹	11 ⁵

Quelle: ¹ Eurostat (d), ² Eurostat (e), ³ Eurostat (f), ⁴ Eurostat (g), ⁵ Eurostat (h), ⁶ Statistik Austria (b), ⁷ Statistik Austria (c), ⁸ Bundesamt für Statistik (BFS), ⁹ CBS – Statistics Netherlands, ¹⁰ SCB – Statistics Sweden (a), ¹¹ SCB – Statistics Sweden (b), ¹² nicht verfügbar. ^a Bei Eurostat genannt: Greater Amsterdam.

ERGEBNISSE DES PERCEPTION SURVEY ON THE QUALITY OF LIFE IN EUROPEAN CITIES 2019 2.2

Die von der Europäischen Kommission durchgeführte Meinungsbefragung Perception Survey on the Quality of Life in European Cities 2019 hat mehrere Fragen im Bereich Migration erhoben, die einen ersten Blick auf die Einstellungen in den verschiedenen Vergleichshauptstädten geben (siehe Tab. 2). Für die allgemeine Bevölkerung in diesen Städten zeigt sich zunächst, dass die positive Bewertung der eigenen Stadt in Wien vergleichsweise hoch ausfällt (95 %, Rang 2). Nur Zürich schneidet in dieser Hinsicht noch besser ab. Am wenigsten positiv wird die eigene Stadt von der Brüsseler Bevölkerung beurteilt, aber auch dort vertreten 91 % die Auffassung, dass sie im Allgemeinen ein lebenswerter Platz ist.

Tab. 2: Allgemeine Einstellungen zur Lebensqualität der eigenen Stadt für Leute im Allgemeinen, ethnische Minderheiten und Zugewanderte. Ergebnisse in Vergleichshauptstädten 2019 (in %, in Rangfolge)

„Ist die Stadt, in der Sie leben, ein guter Platz oder kein guter Platz zu leben für die folgenden Gruppen?						
	„Leute im Allgemeinen“ „Ein guter Platz zu leben“		„Ethnische Minderheiten“ „Ein guter Platz zu leben“		„Zugewanderte aus anderen Ländern“ „Ein guter Platz zu leben“	
	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang
Wien	95	(2)	75	(5)	72	(5)
Berlin	95	(2)	81	(3)	81	(4)
Zürich ¹	100	(1)	82	(2)	82	(3)
Amsterdam	93	(3)	91	(1)	86	(1)
Brüssel	91	(4)	77	(4)	71	(6)
Stockholm	95	(2)	81	(3)	84	(2)

Quelle: Perception Survey on the Quality of Life in European Cities 2019 (Eurostat (i)); eigene Berechnungen (Fälle der Kategorie „weiß nicht, keine Antwort, Weigerungen“ wurden von der Analyse ausgeschlossen, um zwischen den positiven und negativen Bewertungen klar trennen zu können; gewichtete Analyse mit „reslnweight“). ¹ Bern nicht verfügbar, daher Zürich. Stichprobengröße der Surveys („Total number of complete interviews“): jeweils N = 700 (vgl. European Commission (a), European Commission (b)).

Die beiden vorhandenen Fragen mit Migrationsbezug, ob die eigene Stadt einerseits für ethnische Minderheiten und andererseits für Zugewanderte aus anderen Ländern ein guter oder kein guter Platz zu leben ist, wurde im Städtevergleich ähnlich bewertet, wie die Rangfolge offenbart: So ist Amsterdam bei beiden Fragen der Spitzenreiter (jeweils Rang 1). Auch Zürich (Ränge 2 und 3) und Stockholm (Ränge 3 und 2) weisen sehr positive Bewertungen auf. Am wenigsten positiv wird das Leben für ethnische Minderheiten in Wien (Rang 5) und für Zugewanderte aus anderen Ländern in Brüssel (Rang 6) gesehen. Weil Wien aber bei der letzten Frage quasi auf demselben Niveau wie Brüssel liegt (nur ein Prozentpunkt Unterschied), fällt die Bewertung der Wiener Bevölkerung, inwieweit Wien ein guter oder kein guter Platz zum Leben für MigrantInnen ist, somit vergleichsweise schlecht aus.¹⁸

ERGEBNISSE DES EUROPEAN SOCIAL SURVEY 2002–2018 2.3

Im Folgenden wird die allgemeine Einstellung von Personen ohne Migrationshintergrund zu Zuwanderung in den Vergleichsländern und -hauptstädten anhand der European Social Survey-Befragung im Zeitraum 2002–2018 analysiert (siehe Tab. 3). Die Analyse wurde auf Nicht-MigrantInnen des jeweiligen Landes beschränkt, um einen deutlicheren Blick auf die Einstellungen der aufnehmenden Bevölkerungsgruppe zu haben.

Für Österreich insgesamt zeigt sich, dass sich die Bewertung der Frage, ob Österreich durch ZuwanderInnen zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben wird, im Zeitraum 2002 bis 2018 nicht signifikant verändert hat. Auch die „europäische Flüchtlingskrise“ 2015 und 2016 scheint den Ergebnissen zufolge somit keinen signifikanten Effekt auf die allgemeine Migrationseinstellung gehabt zu haben, denn zwischen 2014 und 2018 zeigt sich ebenfalls kein signifikanter Einstellungstrend. Statistisch signifikante Einstellungstrends, und zwar allesamt positiv ausgeprägt, sind hingegen in Deutschland, Schweiz, Niederlande und Belgien festzustellen. Des Weiteren ist zu beobachten, dass die Stadtbevölkerungen im Durchschnitt allesamt positivere Bewertungen vornehmen als die restliche Bevölkerung und die Gesamtbevölkerung in den jeweiligen Ländern.¹⁹ Passend dazu haben auch frühere Studien positivere Einstellungen gegenüber Migration in Wien als in Restösterreich (vgl. Riederer, Buber-Ennsner & Haindorfer 2020: 17–18) und Gesamtösterreich identifiziert (vgl. Friesl, Renner & Wieser 2010: 27). Bringt man die durchschnittlichen Bewertungen in den Städten in eine Rangfolge, so zeigt sich, dass Wien im Jahr 2018 den sechsten und letzten Platz belegt. Relativierend muss aber gesagt werden, dass die Mittelwerte allesamt nah beieinander liegen. Die Provinz Stockholm sowie Berlin liefern insgesamt, d.h. über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg, die positivsten Bewertungen von Zuwanderung unter ihren Personen ohne Migrationshintergrund.

Tab. 3: Allgemeine Einstellung von Personen ohne Migrationshintergrund¹ zu Zuwanderung. Ergebnisse in Vergleichsländern und -hauptstädten 2002–2018 (Mittelwerte, Rangfolge in Klammern)

„Wird das Land durch ZuwanderInnen zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?“			
	(0 Wird zu einem schlechteren Ort zum Leben, 10 Wird zu einem besseren Ort zum Leben)		
	2002	2014	2018 (ref.)
Österreich gesamt	4,64	4,36	4,50
N ²	1.917	1.495	2.101
Wien	5,32 (3)	5,29 (4)	5,38 (6)
N	386	236	377
Rest-Österreich	4,50	4,17	4,26
N	1.531	1.259	1.724
Deutschland gesamt	4,70***	5,21	5,18
N	2.586	2.672	1.977
Berlin	5,65 (2)	5,66 (2)	5,97 (2)
N	169	136	73
Rest-Deutschland	4,65***	5,19	5,14
N	2.417	2.536	1.904
Schweiz gesamt	5,06***	5,27	5,49
N	5,13	5,26	5,49
Espace Mittelland³	4,96 (4)	5,31 (3)	5,52 (5)
N	301	278	233
Rest-Schweiz	5,09**	5,26	5,48
N	1.306	764	764
Niederlande gesamt	4,61***	5,16***	5,55
N	2.163	1.688	1.451
Provinz Noord-Holland⁴	4,80*** (6)	5,18** (5)	5,88 (3)
N	118	255	190
Rest-Niederlande	4,60***	5,16***	5,50
N	2.045	1.433	1.261
Belgien gesamt	4,08***	4,59***	5,09
N	1.657	1.490	1.416

Region Brüssel-Hauptstadt⁵	4,81 (5)	4,86 (6)	5,63 (4)
N	62	71	52
Rest-Belgien	4,02***	4,57***	5,07
N	1.595	1.419	1.364
Schweden gesamt	6,18	6,54	6,36
N	1.705	1.508	1.271
Provinz Stockholm⁶	6,83 (1)	6,87 (1)	6,69 (1)
N	278	319	263
Rest-Schweden	6,04	6,46	6,27
N	1427	1189	1008

Quelle: European Social Survey (ESS), gepoolter Datensatz: Round 1 (2002), Round 7 (2014), Round 9 (2018) (European Social Survey); gewichtete Berechnungen (Gewicht: anweight); ¹ die Berechnungen inkludieren nur Personen ohne Migrationshintergrund (definiert als Personen, deren Mutter oder Vater im jeweiligen Land geboren wurde); eigene Berechnungen. Signifikanztests bei Einstellungstrends: Statistische Differenzen zwischen den Mittelwerten aus 2002 und 2014 zu den Mittelwerten aus 2018 (Referenzkategorie) wurden auf Signifikanz geprüft, mittels Tukey-HSD- (bei Varianzgleichheit) und Games-Howell- (bei Varianzungleichheit) Post-hoc-Tests; Signifikanzniveaus: *p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001. ² N (Stichprobengröße) bei ungewichteter Datensatz angeführt. ³ Bern nicht verfügbar, daher Espace Mittelland. ⁴ Amsterdam nicht verfügbar, daher Provinz Noord-Holland (im ESS genannt: „Noord-Holland“). ⁵ Brüssel nicht verfügbar, daher Region Brüssel-Hauptstadt (im ESS genannt: „Région de Bruxelles-Capitale/Brussels Hoofdstedelijk Gewest“). ⁶ Stockholm nicht verfügbar, daher Provinz Stockholm (im ESS genannt: „Stockholms län“). Regionale Abweichungen: Zwischen 2002 gegenüber 2014 und 2018 gibt es gewisse regionale Abweichungen in den Stichproben (Schweiz: „Zentrales Mittelland“ statt „Espace Mittelland“; Schweden: „Stockholm“ statt „Stockholms län“; Niederlande: „Groot-Amsterdam“ statt „Noord-Holland“).

DISKUSSION UND EINBETTUNG DER NEUEN ERGEBNISSE DES „ZUSAMMENLEBEN-MONITORINGS“ **3**

Die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung verfügt über einen breiten Fundus an theoretischen Konzepten und empirischen Befunden. Damit liefert sie eine hervorragende Grundlage zur Einbettung der neuen Ergebnisse zu den Einstellungen zu Migration und Integration in Wien. Im folgenden Kapitel werden zuerst die etablierten Befunde zur Erklärung von Einstellungen gegenüber Migration auf individueller Ebene präsentiert. Vor dem Hintergrund der etablierten Wirkungszusammenhänge sowie der aktuellen Forschungsergebnisse aus nationalen und internationalen Studien werden in einem zweiten Schritt einige der wichtigsten Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ diskutiert und in den Kontext der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung eingebettet.²⁰

ETABLIERTE BEFUNDE ZUR ERKLÄRUNG VON EINSTELLUNGEN GEGENÜBER MIGRATION AUF INDIVIDUELLER EBENE **3.1**

Erst kürzlich wurde im Rahmen eines Forschungsartikels (vgl. Heath et al. 2020: 478) die etablierte Literatur zur Erklärung von Einstellungen gegenüber Migration zusammengefasst. Auf der Individualebene – also der Ebene des „Zusammenleben-Monitorings“, die auf die subjektiven Einstellungen und Wahrnehmungen der Wiener Bevölkerung fokussiert – sind mehrere Wirkungszusammenhänge zu beachten. So steigt die Opposition gegenüber Zuwanderung mit der sozialen Distanz zu MigrantInnen, der wahrgenommenen Größe der zugewanderten Bevölkerung und mit der symbolischen oder wirtschaftlichen Bedrohung, die MigrantInnen zugeschrieben wird. Individuen, die fühlen, dass ihre eigene ethnische Gruppe im Vergleich zu MigrantInnen benachteiligt ist, jene, die sich rassistischer zeigen, und jene, die stärkere nationalistische Gefühle haben, sind ebenfalls ablehnender eingestellt gegenüber Zuwanderung. Außerdem tendieren konservative Personen zu einer kritischeren Haltung gegenüber Zuwanderung. Demgegenüber sind universalistisch geprägte Individuen positiver hinsichtlich Zuwanderung gestimmt und auch Kontakt mit Zugewanderten reduziert die Widerstandshaltung gegenüber Migration.²¹



3.2

DIE NEUEN ERGEBNISSE DES „ZUSAMMENLEBEN-MONITORINGS“ (2020) IM LICHT DER SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN MIGRATIONS-FORSCHUNG

Migration als Problem für Wien? Aktuelle Problembewertung und Trend

Eine wichtige Frage ist, inwiefern Migration im Vergleich zu anderen Herausforderungen für Wien als Problem gesehen wird. Das „Zusammenleben-Monitoring“ zeigt, dass die Wiener Bevölkerung den Wohnungsmarkt als vergleichsweise größte Herausforderung ansieht. 48 % der Befragten bewerten diesen als „sehr großes Problem“ für Wien. Die Migration, erhoben mit den Fragen „die Zuwanderung aus dem Ausland“ sowie „Aufnahme/Unterbringung von Flüchtlingen“ ist subjektiv betrachtet eine ebenso vergleichsweise große Herausforderung für die Stadt („sehr großes Problem“: 39 bzw. 37 %). Zuwanderung und Flucht zählen damit – aus einer Reihe von zehn abgefragten möglichen Herausforderungen für Wien – zu den Top-3-Herausforderungen aus Sicht der WienerInnen. Als deutlich weniger kritisch wird „das Zusammenleben in Wien“ eingeschätzt („sehr großes Problem“: 27 %), eine Frage, die implizit auch die Effekte der Migration umfasst. Beobachtet man die Problembewertung der „Zuwanderung aus dem Ausland“ im Zeitverlauf, so ist zu erkennen, dass diese zwischen 2005 und 2013 gesunken ist, sich aber seit den Jahren der „europäischen Flüchtlingskrise“, und zwar gemessen im Jahr 2016, wieder deutlich erhöht hat. Zwischen 2016 und 2018 ist sie wieder etwas gesunken, im Jahr 2020 ist sie in etwa auf diesem Niveau geblieben. In einer ähnlichen Weise hat eine Studie (vgl. Ennser-Jedenastik & Gahn 2018: 2) anhand von repräsentativen Eurobarometer-Befragungen für Österreich im Zeitverlauf 2006–2018 festgestellt, dass sich mit dem Anstieg der Asylanträge im Jahr 2015 auch die Bedeutung des Themas Zuwanderung schlagartig erhöht hat.²² (Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ im Detail: siehe Teil II, Kapitel 2.1).

Soziale Differenzen in der Problembewertung. Die wichtige Rolle von Bildung und persönlichen Zukunftserwartungen

Die Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ geben auch Aufschluss darüber, welche sozialen Gruppen die Zuwanderung aus dem Ausland als besonders problematisch betrachten („sehr großes Problem“). Es sind vor allem Personen mit einer geringen formalen Bildung (Pflichtschule) und Personen, die über einen Lehrabschluss verfügen, welche die Zuwanderung mit Anteilen von knapp über 50 % als problematisch erachten. Ähnliche Bildungsunterschiede zeigen sich auch in anderen Studien. Zum Beispiel belegen Analysen der repräsentativen Befragung Sozialer Survey Österreich (SSÖ) 2016 – anhand einer Reihe von migrationsbezogenen Einstellungen –, dass ÖsterreicherInnen mit einer höheren formalen Bildung gegenüber Migration offener eingestellt sind (vgl. Hofmann 2019: 284–285). Außerdem erweisen sich im „Zusammenleben-Monitoring“ 60 % der Personen, die eine Verschlechterung ihrer persönlichen Lebenssituation erwarten, als sehr kritisch bezüglich der Zuwanderung. Personen mit Migrationshintergrund sehen die Zuwanderung aus dem Ausland – sicherlich auch aufgrund ihrer eigenen Migrationsbiografie – weniger problematisch als Personen ohne Migrationshintergrund (32 vs. 43 %). (Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ im Detail: siehe Teil II, Kapitel 2.1).

Einstellungen zum Zusammenleben zwischen „Einheimischen“ und Zugewanderten und der positive Einfluss von persönlichen Kontakten

Ein ebenfalls sehr relevantes Thema des „Zusammenleben-Monitorings“ sind die Einstellungen zum Zusammenleben zwischen „Einheimischen“ und Zugewanderten. Die Frage, wie gut das Zusammenleben von „Einheimischen“ und Zugewanderten in Wien, dem eigenen Eindruck nach, funktioniert, haben 55 % als (sehr) gut eingeschätzt, 39 % hingegen als (sehr) schlecht. Es ist bemerkenswert, dass die Beurteilungen mit jeder der abgefragten örtlichen Annäherungsstufe positiver ausfallen. So wird das Zusammenleben im Wohnbezirk von 63 % als (sehr) gut eingestuft, bei der Nachbarschaft sind es sogar 68 %. Dieses Bewertungsmuster kann bereits als Hinweis gewertet werden, dass sozialer Kontakt mit Zugewanderten einen positiven Effekt auf die Einstellungen gegenüber Migration hat (vgl. Heath et al. 2020: 478). Das „Zusammenleben-Monitoring“ hat einen solchen Zusammenhang aber auch klar identifiziert. So wurden die subjektiven Beurteilungen zum Funktionieren des interethnischen Zusammenlebens und zum Zuwanderungsanteil in Wien zwischen jenen Befragten, die persönliche Kontakte zu Zugewanderten²³ haben, und jenen ohne Kontakte verglichen. In unterschiedlichen Facetten beschreibt die vorliegende Studie, dass Personen, die über persönliche Kontakte mit Zugewanderten verfügen, positivere Sichtweisen vertreten als jene, die keine entsprechenden Kontakte haben.²⁴ Hinsichtlich der Fluchtmigration befürchten 51 % der WienerInnen, dass die derzeitige Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Wien das friedliche Zusammenleben der Menschen in Wien gefährden wird. Auch eine – ebenfalls in der Corona-Pandemie und zwar im Mai 2020 durchgeführte – Studie (Austrian Corona Panel Project) errechnet für Österreich insgesamt eine relativ starke Ablehnung von Geflüchteten: 53 % der befragten ÖsterreicherInnen sprechen sich hier gegen die Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Flüchtlingslagern aus, 22 % sind dafür (vgl. Bacher 2020). (Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ im Detail: siehe Teil II, Kapitel 2.3 und 2.4).

Wahrnehmungen von Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft (ethnische Diskriminierung)

Im Rahmen des „Zusammenleben-Monitorings“ wurden Befragte mit

Migrationshintergrund gefragt, ob sie in den letzten zwölf Monaten wegen ihrer ethnischen Herkunft (Nationalität) in Wien diskriminiert worden sind. 22 % der befragten MigrantInnen bejahen diese Frage. Die wahrgenommene Diskriminierung variiert dabei je nach Anlass bzw. Örtlichkeit. Am häufigsten genannt wird der öffentliche Raum (10 % der Befragten haben hier eine ethnische Diskriminierung wahrgenommen), gefolgt vom Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz (8 %) und von Behörden und Ämtern (5 %). Demgegenüber wurde ethnische Diskriminierung bei der Arbeits- und Wohnungssuche sowie anderswo etwas weniger oft beobachtet (je 4 %). Wie in den Jahren zuvor nehmen von den größeren Migrationsgruppen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund ethnische Diskriminierung am stärksten wahr. 43 % der türkischen Zugewanderten haben eine solche in den letzten zwölf Monaten wahrgenommen. An dieser Stelle sei auch auf den neuesten Rassismus Report 2019 verwiesen, der rassistische Übergriffe und Strukturen in Österreich analysiert (ZARA 2019). (Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ im Detail: siehe Teil II, Kapitel 2.13).

Einstellungen zu arbeitsmarktbezogenen, rechtlichen und sozialpolitischen Aspekten der Migration

Unter den WienerInnen herrscht weitgehend Einigkeit darüber²⁵, dass in Wien jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft, die gleichen Chancen auf eine gute Ausbildung haben sollte (Zustimmungsanteil: 86 %), dass viele Zugewanderte seit Langem in Wien leben und sie daher auch gleiche Rechte und Chancen bekommen sollten (75 %), und dass jugendliche Asylsuchende, die eine Lehre machen, wichtige Fachkräfte darstellen und sie jedenfalls in Österreich bleiben sollten (73 %). Sozialpolitische Aspekte der Zuwanderung werden allerdings relativ kritisch betrachtet. Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) ist der Meinung, dass Zugewanderte einen gleichberechtigten Zugang zu sozialen Leistungen haben sollten.²⁶ Außerdem vertreten im Jahr 2020 43 % die Ansicht, dass Zugewanderte den Lohn und die sozialen Arbeitsbedingungen drücken, im Jahr 2018 waren 52 % dieser Meinung.²⁷ Für Österreich insgesamt stellen Untersuchungen der repräsentativen European Values Study im Jahr 2018 fest, dass 74 % einer ähnlich gelagerten Aussage zustimmen, dass Zugewanderte das österreichische Sozialsystem belasten (vgl. Aichholzer 2019: 185). (Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ im Detail: siehe Teil II, Kapitel 2.6).

Einstellungen zum Wien-Wahlrecht

Bei der demokratiepolitisch wichtigen Frage, ob zugewanderte Personen, die zumindest schon fünf Jahre in Wien arbeiten bzw. hier wohnhaft sind, bei Gemeinderatswahlen wahlberechtigt sein sollen, zeigt sich, dass im Jahr 2020 nur 45 % der Befragten mit Ja, aber 42 % mit Nein antworten.²⁸ Im Jahr 2013 belief sich die Zustimmungsquote noch auf 70 %, seitdem ist ein konstanter Rückgang zu verzeichnen. Wie in Kapitel 1.2.1 beschrieben, verfügen im Jahr 2020 bereits 30,8 % der Wiener Bevölkerung nicht über die österreichische Staatsbürgerschaft.²⁹ Weil aber das Wahlrecht bei den Wiener Gemeinderatswahlen (und auch bei den Nationalratswahlen) an die österreichische Staatsbürgerschaft gekoppelt ist, darf damit rund ein Drittel der Stadtbevölkerung nicht wählen. Demokratiepolitisch ist das ein Problem: Es entsteht ein Defizit in der Legitimitätsfunktion von Wahlen, weil das Verhältnis zwischen jenen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, und jenen, die diese Entscheidungen legitimieren, immer ungleicher ausfällt (vgl. Stadlmair 2018: 151). (Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ im Detail: siehe Teil II, Kapitel 2.10 und 2.11).

Einstellungen zu kultureller Vielfalt

Insgesamt herrscht eine hohe Akzeptanz der kulturellen Vielfalt in Wien. Unter anderem sagen 69 % der Befragten des „Zusammenleben-Monitorings“, dass die kulturelle Vielfalt die Stadt belebt und 75 % stimmen der Aussage zu, dass die Religion und die kulturellen Gepflogenheiten einzelner Zuwanderergruppen zu respektieren sind, solange sie nicht gegen die Gesetze hierzulande verstoßen. Festzuhalten ist allerdings, dass sich mit Blick auf die letzten Erhebungswellen ein Negativtrend in der Akzeptanz kultureller Vielfalt beobachten lässt. Analysen der repräsentativen European Values Study für Österreich zeigen ebenfalls, dass die Zustimmung zur vergleichbaren Aussage „ZuwanderInnen sollen Bräuche und Traditionen beibehalten“ zwischen 2008 (32 %) und 2018 (25 %) abgenommen hat. Das Bedürfnis nach Integration durch kulturelle Anpassung von Zugewanderten ist also auch auf der österreichischen Gesamtebene gestiegen (vgl. Aichholzer 2019: 184–185).³⁰ (Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ im Detail: siehe Teil II, Kapitel 2.7).

Einstellungen zu Integration und Integrationspolitik

Hinsichtlich der allgemeinen Integrationswahrnehmung ist zu beobachten, dass nur 45 % der Meinung sind, dass der Großteil der in Wien lebenden Zugewanderten gut integriert ist. 50 % stimmen dieser Aussage nicht zu, 5 % haben sich nicht deklariert. Bei der allgemeinen Wahrnehmung über das Gelingen von Integration in Wien scheiden sich somit die Geister. 2018 haben dieser Aussage noch 50 % der Befragten zugestimmt. Eigene Analysen des repräsentativen Urban Audit Perception Survey 2015 errechnen einen vergleichbaren Wert: Dem Statement, dass die AusländerInnen, die in der Stadt leben, gut integriert sind, stimmten in Wien 47 % zu, ein im europäischen Städtevergleich unterdurchschnittlicher Wert (europäischer Durchschnitt: 56 %) (vgl. Haindorfer et al. 2018: 32–33). Das Haupthindernis für die Integration sehen die Befragten in mangelnden Sprachkenntnissen (83 %).³¹ Hinsichtlich der Diskriminierung der Zugewanderten aufgrund der Herkunft meinen hingegen nur 54 %, dass dies die Integration erschwert. Menschen mit Migrationshintergrund sehen den Effekt der Diskriminierung auf die Integration problematischer als Menschen ohne Migrationshintergrund (63 % vs. 50 %).

Die WienerInnen beurteilen die Integrationspolitik der Bundesregierung schlechter als die Integrationspolitik der Stadt Wien. Während 44 % die Integrationspolitik der Bundesregierung als gut (sehr gut und eher gut) bewerten, summieren sich die guten Bewertungen der Stadt Wien hinsichtlich ihrer Integrationspolitik auf 52 %. Es ist also sowohl mit Blick auf die Zufriedenheit im Bund und in der Stadt Luft nach oben, wenn es um die Integrationspolitik geht. (Ergebnisse des „Zusammenleben-Monitorings“ im Detail: siehe Teil II, Kapitel 2.7, 2.9 und 2.12).





Zusammenleben- Monitoring 2020: Zusammenleben von verschiedenen Bevölkerungsgrup- pen in Wien



EINLEITUNG TEIL II

Das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) führte im Auftrag der Stadt Wien (Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Stadt Wien Integration und Diversität) eine repräsentative Befragung der Wiener Bevölkerung zum Thema „Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Wien“ durch.

Die Erhebung erfolgte vom 28. Februar bis zum 31. März 2020 bei Personen ab 16 Jahren. In der zweiten Hälfte der Befragungsperiode wurden auch in Österreich durch den Ausbruch der COVID 19 Pandemie und den dramatischen Folgen für die Wirtschaft und für das Zusammenleben der Menschen alle anderen Themen in den Hintergrund gedrängt. Die Interviews zu dieser Studie konnten in dieser Zeit problemlos weitergeführt wer



den – die Bereitschaft zur Teilnahme war ungebrochen groß, auch wenn sich die Fragen nicht auf die aktuelle Pandemie und deren Auswirkungen bezogen. Zwischenauswertungen haben ergeben, dass die einsetzende Krise bei den meisten Fragen zu keinen signifikanten Änderungen bei den Einstellungsverteilungen geführt hat. Das ist insofern durchaus plausibel, als die grundsätzliche Thematik des Zusammenlebens mit anderen Bevölkerungsgruppen davon letztlich nicht tangiert wird. Das zwischenmenschliche Zusammenleben hat sich hingegen ab Mitte März 2020 aufgrund von Verordnungen, Erlässen und gesetzlichen Regelungen (Grenzsicherungen, Reisebeschränkungen, Ausgangsbeschränkungen, Versammlungsverbote, temporäre Schließung fast aller Handelsgeschäfte und Betriebe usw.) weitgehend auf jenes in den eigenen Haushalten beschränkt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der aktuellen Studie sind u.a.:

- Angenommene Problembereiche für Wien
- Kontakte zu Personen mit Zuwanderungshintergrund
- Einstellung zur zugewanderten Wohnbevölkerung
- Wahrnehmung und Akzeptanz kultureller Vielfalt
- Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Aspekte der Zuwanderung
- Akzeptanz von Integrations- und Diversitätsmaßnahmen
- Fragen zum Zusammenleben der Ethnien in Wien
- Informationsverhalten in Bezug auf Zuwanderung und Integration
- Zufriedenheit mit wichtigen Lebensbereichen
- Fragen zur Diskriminierung infolge der ethnischen Herkunft
- Verwendete Umgangssprachen und längere Auslandsaufenthalte

Der vorliegende Teil II des Werkstattberichts beinhaltet eine schriftliche und grafisch aufbereitete Zusammenfassung der wichtigsten Studienergebnisse.

DATEN ZUR UNTERSUCHUNG

Thema	Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Wien
Auftraggeber	Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung Stadt Wien – Integration und Diversität
Grundgesamtheit	Männer und Frauen ab 16 Jahren
Erhebungsgebiet	Wien
Stichprobenumfang	1.000 Personen
Zielpersonenauswahl	CATI: Zufallsauswahl
Fragenprogramm	mit den Auftraggebern abgestimmt
Art der Befragung	Methodenmix CATI/CAWI (75:25)
Befragungszeitraum	28. Februar bis 31. März 2020
Projektleiter	Dr. Gert Feistritzer
Projektassistenz	Julia Birke, MA
Auswertung	Mag. ^a Claudia Pflügl
Endbericht	Juni 2020

1 HAUPTERGEBNISSE IN KURZFORM

Knapp vor der Zuspitzung der Corona-Pandemie wurden von der Wiener Bevölkerung die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt bzw. die durch die wachsende Nachfrage steigenden Preise als vergleichsweise größte Herausforderung angesehen („sehr großes Problem“: 48 %). Vier von zehn Befragten bezeichneten die Zuwanderung aus dem Ausland als sehr problematisch, damit verbunden auch die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Wien („sehr großes Problem“: 37 %). Ein Drittel der Befragten bezeichnete die Arbeitslosigkeit in Wien als brisant (die mittlerweile stark angestiegen ist). Danach folgten die Umweltsituation (29 %), die Kriminalität in der Stadt (28 %) und das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (27 %), die Verkehrssituation und das politische Klima in Wien (je 25 %) sowie die soziale Sicherheit (19 %). Gegenüber der Vergleichsstudie aus dem Jahr 2018 bildete sich im Februar und März 2020 bei keinem der erhobenen Themen eine nennenswerte Erhöhung der empfundenen Problemlage ab.

Die meisten WienerInnen haben entweder am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld oder im privaten Umkreis persönliche Kontakte zu zugewanderten Menschen. Dies gilt vor allem in Bezug auf jene vergleichsweise großen Zuwanderergruppen, die aus den früheren jugoslawischen Ländern, aus der Türkei, aus Deutschland und aus den anderen westlichen oder

östlichen EU-Ländern kamen. Deutlich weniger Kontakt hat man – auch infolge deren relativ geringer Anzahl – mit Zugezogenen aus asiatischen, vorderorientalischen und afrikanischen Ländern respektive mit jenen Asylsuchenden, die in den letzten Jahren in Wien angekommen sind. Die persönlichen Kontakte umfassen fast gleichermaßen die Arbeitsumgebung, die Nachbarschaft und das private Umfeld. Vor allem private Kontakte mit Zugewanderten zeigten durchwegs positive Effekte auf die Beurteilung des Zusammenlebens.

Das Zusammenleben zwischen den in Wien lebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wird von 55 % der Befragten als durchaus gut eingeschätzt; drei von zehn haben da eher Zweifel, 10 % erachten es als sehr problematisch. Die Zufriedenheit damit nimmt mit jeder örtlichen Annäherungsstufe zu: Bezogen auf den eigenen Wohnbezirk halten dasselbe 63 % für konfliktfrei; im Hinblick auf die engere Wohnumgebung bestätigen das 68 %.

Je nach Herkunftsregion der Zugezogenen fällt allerdings der Eindruck, den man sich vom Zusammenleben macht, recht unterschiedlich aus. Kaum Probleme sieht man mit den aus Deutschland, aus anderen westeuropäischen Ländern und aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten zugezogenen Bevölkerungsgruppen. Bezüglich der aus den östlichen EU-Ländern und aus dem fernerer Asien zugezogenen Menschen hat nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten das Gefühl, dass dieses ganz problemlos sei. Noch verbreiteter sind die diesbezüglichen Vorbehalte gegenüber den MitbürgerInnen türkischer Herkunft: Nur 36 % meinen, dass hier das Zusammenleben reibungslos funktioniert; deutlich höher ist hier der Anteil der SkeptikerInnen (53 %). Noch kritischer wird das Zusammenleben der ansässigen Wohnbevölkerung mit jenen Bevölkerungsgruppen perzipiert, die aus dem Vorderen Orient, aus Nordafrika oder aus dem übrigen Afrika zugewandert sind. Nur knapp ein Viertel der Bevölkerung glaubt, dass mit diesen Gruppen das Zusammenleben gut funktioniert.

Gegenüber dem Jahr 2018 haben sich die positiven Nennungsanteile im Hinblick auf die hier lebenden Deutschen, auf die aus anderen EU-Ländern und auf die aus den jugoslawischen Nachfolgeländern Zugezogenen weiter erhöht. Rückgänge bei den schon bisher recht mäßig ausgefallenen Zufriedenheitswerten zeigen sich hingegen in Bezug auf die hier lebenden Menschen mit türkischen, vorderorientalischen und afrikanischen Wurzeln.

Selbst die Frage, ob man bei der derzeitigen Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden (deren Anzahl nicht allzu hoch ist) befürchtet, dass damit das friedliche Zusammenleben der Menschen in Wien gefährdet wird, wurde von der Hälfte der Befragten bejaht.

So wie vor zwei Jahren haben 43 % der Bevölkerung den Eindruck, dass es in Wien schon jetzt zu viele Zugewanderte gibt. Knapp ebenso viele halten deren Anteil für gerade richtig; 13 % meinen, dass Wien auch mit noch mehr Zuwanderung gut leben könnte. Die aktuellen Vorbehalte sind etwas größer als im Schnitt der letzten 25 Jahre.

In Summe werden die Auswirkungen der Zuwanderung für Wien nach wie vor positiv gesehen. Breiter Konsens besteht darüber, dass die schon länger hier lebenden Zugezogenen die gleichen Rechte und Chancen haben sollten (75 %). Dies gilt insbesondere auch in Bezug auf die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen (86 %). Knapp drei Viertel der Befragten sind dafür, dass jugendliche Asylsuchende, die in einer Lehre sind, in Österreich

bleiben dürfen. Zwei Drittel meinen, dass wir froh über die Zuwanderung sein müssen, da ansonsten in einigen Branchen Arbeitskräfte fehlen würden. Ebenso viele votieren dafür, dass Wien als Wirtschaftsstandort auch zugewanderten Arbeitskräften längerfristige Aufstiegsperspektiven bietet. Etwas weniger überzeugt ist man davon, dass unsere Pensionen nur durch Zuwanderung gesichert bleiben (49 %). 54 % sind dafür, dass ZuwanderInnen einen gleichberechtigten Zugang zu sozialen Leistungen haben. Bei den beiden letztgenannten Aspekten ist ein leichter Nennungs-rückgang zu verzeichnen. 43 % der Befragten befürchten, dass sich infolge der Zuwanderung das Lohnniveau und die sozialen Arbeitsbedingungen in gewissen Branchen verschlechtern (-9 Prozentpunkte gegenüber 2018).

Auch im Hinblick auf das weltstädtische Flair Wiens überwiegen für die große Mehrheit der WienerInnen die positiven Aspekte der Zuwanderung. Dies gilt vor allem in Bezug auf die kulturelle und kulinarische Vielfalt und die daraus resultierende Buntheit der Stadt (69 %). Somit meinen auch drei Viertel der Befragten, dass die kulturellen und religiösen Gepflogenheiten der Zugewanderten zu respektieren sind, solange nicht gegen unsere Gesetze verstoßen wird. Zugleich haben 56 % der Befragten den Eindruck, dass sich ein Teil der ZuwanderInnen nicht so recht anpassen will und durch Umgangsformen oder ihre Bekleidung negativ auffällt. Von den Befragten ohne Migrationshintergrund teilen diese Sicht 62 %; von jenen mit Migrationshintergrund sind es 44 %. Sieben von zehn Befragten hätten aber persönlich kein Problem damit, wenn zugewanderte Personen in ihre Hausanlage ziehen bzw. zu ihren NachbarInnen werden würden. Dies trifft gleichermaßen auf jene zu, die in einem Wiener Gemeindebau wohnen. Tendenziell bildet sich bei den genannten Einstellungsmustern allerdings ein leichter Rückgang der positiven Nennungsanteile ab.

Darüber, ob der Großteil der hier lebenden ZuwanderInnen gut integriert ist, gehen die Meinungen nach wie vor auseinander. 45 % der Befragten halten das für zutreffend; 50 % sind gegenteiliger Meinung. Seitens der ‚einheimischen‘ Bevölkerung haben 40 % diesen Eindruck; bei jener mit Migrationshintergrund sind es allerdings auch nicht mehr als 57 %, wobei sich die diesbezüglichen Einschätzungen je nach Herkunftsland nicht sehr voneinander unterscheiden.

Im Rahmen dieser Erhebung wurden auch wieder konkrete Integrations- und Diversitätsmaßnahmen auf ihre Akzeptanz hin abgefragt. Diese werden durchgängig von einer Mehrheit als zweckmäßig und sinnvoll erachtet, wobei es je nach Maßnahme aber relativ große Unterschiede bei den Zustimmungsquoten gibt. Breiter Konsens (86 %) besteht darüber, dass ZuwanderInnen ab dem ersten Tag in Wien Integrationshilfen bekommen sollen (z.B. einen Deutschkurs). Acht von zehn Befragten sind dafür, sogenannten ‚Brennpunktschulen‘ in Wien zusätzliche Unterstützungen zu geben, etwa durch mehr Lehr- und Betreuungspersonal. Knapp zwei Drittel der Befragten halten es für sinnvoll, in Schulen und Kindergärten die Mehrsprachigkeit zu fördern – also neben dem Deutschunterricht möglichst auch die Herkunftssprache zu vertiefen, um damit dieses Potenzial an Sprachkompetenzen möglichst auszuschöpfen. Rund ebenso viele sind dafür, die im Ausland erworbenen Ausbildungen auch in Österreich anzuerkennen. 63 % sehen eine zweckmäßige Integrationshilfe darin, Kultureinrichtungen, die das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund fördern, zu unterstützen bzw. weiter auszubauen. Sechs von zehn Befragten sind der Auffassung, dass hier geborene Kinder von zugezogenen Eltern Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft haben sollten. Ebenfalls sechs von zehn Befragten halten es für eine

gute Sache, MigrantInnen mit entsprechenden Kompetenzen auch in ihrer Muttersprache in der Wiener Stadtverwaltung und in den städtischen Informations- und Beratungseinrichtungen einzustellen. 58 % sprechen sich ganz generell für einen weiteren Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten für die in Wien lebenden Menschen aus, etwa in Form von Bürgerräten. 54 % der Bevölkerung sind dafür, den Arbeitsmarkt auch für Asylsuchende zu öffnen. Ebenfalls nur etwas mehr als jede und jeder Zweite ist dafür, die politische Vertretung von Zugewanderten im Gemeinderat zu erhöhen bzw. zu verstärken. Bei der Mehrzahl dieser Maßnahmen ist rezent ebenfalls ein leichter Rückgang der positiven Einstellungen zu konstatieren.

Nach wie vor werden fehlende Sprachkompetenzen als das Haupthindernis für eine gelungene Integration gesehen (83 %). Zwei Drittel der Befragten halten generell Schul- und Ausbildungsdefizite für integrationser-schwerend. Knapp ebenso viele gehen davon aus, dass das Vorliegen einer starken Verbundenheit mit der Kultur des Herkunftslandes die Integration nicht gerade erleichtert. Etwas mehr als die Hälfte ist davon überzeugt, dass auch Diskriminierungen von Zugezogenen aufgrund ihrer Herkunft sowie die fehlende Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt deren Integration erschwert.

Darüber, ob zugewanderte Personen, die schon fünf Jahre oder länger in Wien arbeiten und wohnen, bei Gemeindewahlen stimmberechtigt sein sollen, ist man geteilter Meinung: 45 % der Befragten sprechen sich dafür aus, knapp ebenso viele dagegen. Selbst seitens der Befragten mit Zuwanderungshintergrund fällt die Akzeptanzquote mit 56 % eher mäßig aus. Innerhalb der letzten acht Jahre zeigt sich hier ein konstanter Rückgang.

Von den Befragten ohne österreichische Staatsbürgerschaft (13 % der Stichprobe) strebt ein Drittel den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft an. 44 % verneinten diese Frage; die Restgruppe ist noch unentschieden. Von den befragten EU-StaatsbürgerInnen möchte nur ein





Fünftel die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben; seitens derer mit einer anderen Staatsbürgerschaft beläuft sich der entsprechende Anteil auf rund die Hälfte.

Die WienerInnen befürworten in höherem Maße die Integrationspolitik der Stadt Wien als jene der Bundesregierung. 52 % der Befragten beurteilen den Integrationszugang seitens der Wiener Stadtregierung dezidiert positiv; in Bezug auf jenen der Bundesregierung sind es 44 %. Innerhalb der letzten beiden Jahre hat sich an der Akzeptanz der Wiener Integrationspolitik wenig geändert. Im Hinblick auf die Bundesregierung fielen die diesbezüglichen Akzeptanzwerte im Jahr 2018 noch deutlich schwächer aus (zum damaligen Zeitpunkt regierte eine ÖVP-FPÖ-Koalition, die einen sehr rigiden Zuwanderungskurs verfolgte).

Erhoben wurde auch wieder, welchen Eindruck man im Hinblick auf die Bemühungen zur Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Wien seitens der Bundesregierung, der Stadt Wien und der damit befassten NGOs hat. Die höchsten Zustimmungswerte von der Bevölkerung erhalten auch hier die Integrationsbemühungen der Stadt Wien (60 %). Annähernd ebenso viele goutieren auch die Flüchtlingsarbeit der NGOs (57 %). Die Zufriedenheit mit den Bemühungen seitens der Bundesregierung ist mit 39 % nach wie vor deutlich geringer. Innerhalb der letzten zwei Jahre haben sich die Zustimmungswerte bei allen drei erhobenen Instanzen um jeweils 6 Prozentpunkte erhöht.

Von den Befragten mit Zuwanderungshintergrund gaben 22 % an, innerhalb der letzten zwölf Monate in Wien aufgrund der Herkunft diskriminiert bzw. benachteiligt worden zu sein – dies passierte ihren Angaben zufolge vor allem im öffentlichen Raum (Beschimpfungen etc.). Vor zwei Jahren

war der entsprechende Anteil noch um ein Drittel höher (31 %). Die Diskriminierungserfahrungen sind je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich ausgeprägt: 43 % der Befragten mit türkischem Hintergrund machten solche Erfahrungen in den letzten zwölf Monaten – ebenfalls vor allem im öffentlichen Raum. An zweiter Stelle folgen bei den Diskriminierungsoffern Menschen, die aus Ländern außerhalb der EU nach Wien gezogen sind (betroffen: 34 %), an dritter Stelle Zugezogene aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten (29 %).

Zum Erhebungszeitpunkt hat sich die Zufriedenheit der Wiener Bevölkerung innerhalb der letzten beiden Jahre im Hinblick auf die wichtigsten Lebensbereiche so gut wie nicht verändert. Die Zufriedenheit war sowohl in Bezug auf die Nachbarschaft, die berufliche Situation und auf das Leben insgesamt sehr ausgeprägt (Durchschnittsnoten: 1,9–2,0). Die Zufriedenheit mit der finanziellen Lage des Haushaltes war immer schon etwas geringer (MW im Schnitt: 2,3). Insbesondere dürfte die Zufriedenheit mit der beruflichen Situation und damit verbunden mit dem Einkommen infolge des Wirtschaftsstillstandes inzwischen stark erodiert sein.

Auch die Antworten auf die Frage nach den eigenen Zukunftsperspektiven sind mittlerweile sicher überholt. Rund ein Drittel der Befragten war zum Erhebungszeitpunkt zuversichtlich, dass sich ihre Lebenssituation innerhalb der kommenden zehn Jahre verbessern wird. Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Jahr 2018 zwar etwas verringert, liegt damit aber immer noch in etwa im Schnitt der letzten Jahre. Knapp ein Viertel befürchtete umgekehrt eine Verschlechterung der Lage. Vier von zehn Personen gingen von keinen nennenswerten Veränderungen aus.

Die von der Nutzungsverbreitung her gesehen wichtigsten Informationsmedien zum Thema Zuwanderung und Integration sind: ORF (71 %), österreichische Printmedien (ohne Krone und Gratiszeitungen: 56 %), andere TV-Sender (55 %), soziale Netzwerke (43 %), Gratiszeitungen (33 %), Kronen Zeitung (32 %) und fremdsprachige Printmedien aus den Herkunftsländern (20 %).

Englisch ist in Wien die mit Abstand am häufigsten im Alltag oder im Beruf verwendete Fremdsprache (46 %). Bei allen übrigen Sprachen gibt es eine breite Streuung. Von Personen mit türkischem Hintergrund sprechen drei Viertel regelmäßig auch in ihrer Herkunftssprache; seitens der aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten Zugezogenen sind es acht von zehn.

Auch diese Erhebung zeigt, dass simple Gegenüberstellungen von Einstellungsmustern von in Wien lebenden Menschen mit und ohne Zuwanderungsbiografie vielfach irreführend sind – die diesbezüglichen Abweichungen zwischen einzelnen Zuwanderergruppen respektive je nach Herkunftsregion sind oft größer als jene zwischen der Gesamtgruppe der MigrantInnen und der ‚einheimischen‘ Bevölkerung.

2 DIE ERGEBNISSE IM EINZELNEN

2.1 PROBLEMBEREICHE FÜR WIEN

Die Befragten sollten zu einer Reihe von Themenbereichen angeben, ob sie diese in Bezug auf Wien für ein großes, für ein mittelmäßiges oder für kaum ein Problem halten. Diese Frage wurde seit dem Jahr 1994 in regelmäßigen Abständen erhoben, sodass dazu Zeitreihenergebnisse über eine Periode von mittlerweile 27 Jahren vorliegen.

Da mit der aktuellen Befragung schon vor Beginn der Corona-Krise begonnen wurde, bildet sich diese Problematik, die infolge der Kontakteinschränkungen und des damit verbundenen Herunterfahrens der meisten Wirtschaftsbereiche zumindest kurz- und mittelfristig immense negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, in den vorliegenden Ergebnissen nicht ab. Es ist natürlich davon auszugehen, dass diese so gut wie alle Lebensbereiche tangierende Pandemie längst als das mit Abstand größte Problem gesehen wird.

Die Daten zur vorliegenden Studie legen zugleich nahe, dass bei den meisten erhobenen Themen die COVID-19-Pandemie offenkundig keine sonderlich großen Effekte auf die Einschätzung der Problematik derselben zeitigte. Ausnahmen bilden die Arbeitslosigkeit und – in einem etwas geringeren Ausmaß – die Beurteilung der sozialen Sicherheit (hier bildet sich gegen Ende der Interviewperiode eine zunehmende Problemsicht ab). Bei allen anderen Themenbereichen halten sich die Verschiebungen der Problemwahrnehmung von der Erhebungsperiode bis zum 9. März 2020 und jener ab dem 10. März, an dem erste Reisebeschränkungen in Kraft traten (einen Tag später wurde die Schließung von Schulen und Universitäten angekündigt, kurz darauf kam das Verbot von Veranstaltungen), in engen Grenzen.

Knapp die Hälfte der Befragten bezeichnete den Wohnungsmarkt in Wien als ein sehr großes Problem (48 %). Diese Nennungsquote fällt deutlich höher als bei allen anderen erhobenen Bereichen aus. Dies resultiert letztlich daraus, dass Wien eine wachsende Stadt ist und damit auch die Nachfrage nach Wohnraum steigt.

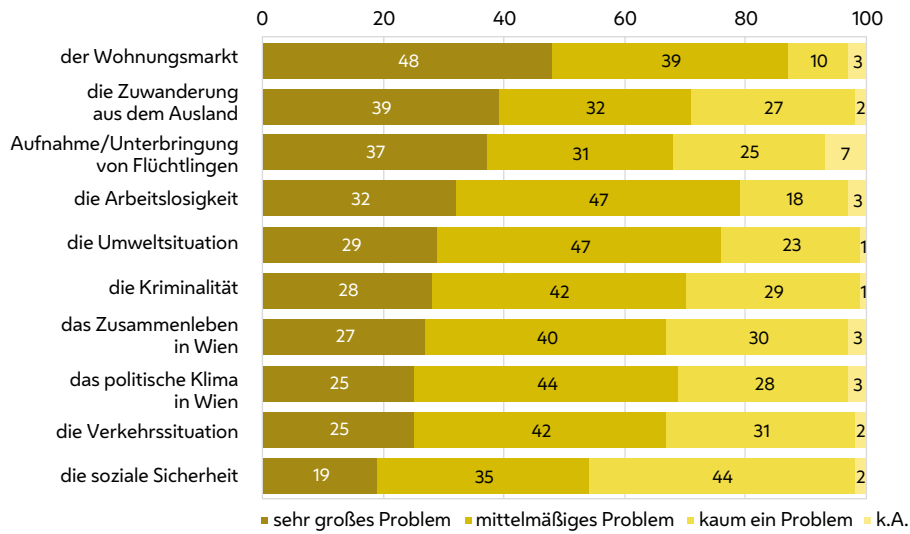
Danach folgen nach Anzahl der Nennungen die Zuwanderung aus dem Ausland („sehr großes Problem“: 39 %) sowie die nach der großen Flüchtlingsaufnahme in den Jahren 2015/2016 damit offenkundig immer noch in Verbindung gebrachte Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Wien („sehr großes Problem“: 37 %). Ein Drittel der Befragten bezeichnete die Arbeitslosigkeit in Wien als brisant (bis zum 9. März: 27 %; danach: 39 %). Jeweils knapp drei von zehn WienerInnen sehen die Umweltsituation und die Kriminalität in der Stadt als sehr problematisch an. Je rund ein Viertel meint dies im Hinblick auf das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, auf die Verkehrssituation sowie auf das politische Klima in Wien. Große Besorgnis über die soziale Sicherheit in Wien äußerte ein Fünftel der Befragten.

Relativ hoch ist bei allen diesen Themenbereichen der Anteil derer, die von einer eher nur mittelmäßigen Problemlage sprachen; so gut wie kein Problem sah man zum Erhebungszeitpunkt zu relativ hohen Anteilen hinsichtlich der sozialen Sicherheit (44 %), der Verkehrssituation (31 %) und des Zusammenlebens in Wien (30 %). Aber auch die Zuwanderung aus dem Ausland sowie das Ausmaß der Kriminalität in der Stadt wurden von knapp drei von zehn Befragten als wenig problematisch angesehen; im Hinblick auf den Wohnungsmarkt waren es demgegenüber nur 10 %.

Die nachstehende Grafik illustriert die Einschätzungen der WienerInnen in den Monaten März und April 2020:

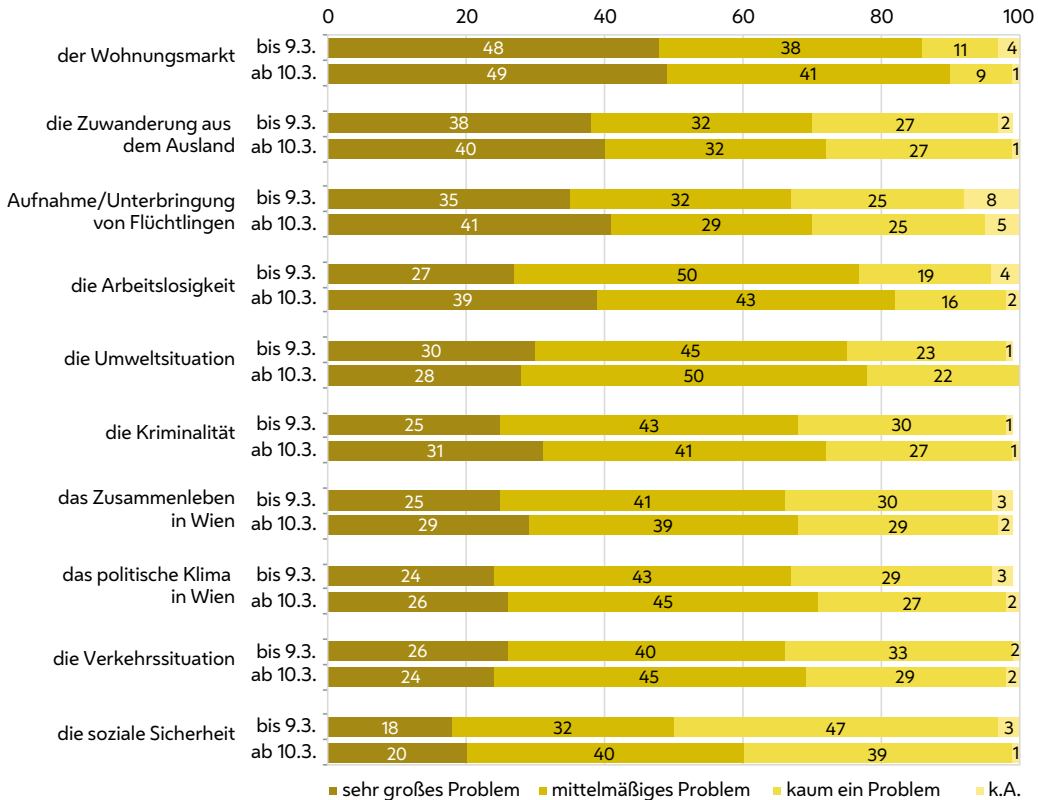
Abb. 1: Themen in Wien

Frage: Ich lese Ihnen einige Themen vor, über die heute viel geschrieben und geredet wird. Sagen Sie bitte zu jedem Punkt, ob Sie das für Wien als sehr großes Problem, als mittelmäßiges Problem oder kaum als Problem empfinden. (in Prozent)



Die folgende Grafik stellt die entsprechenden Einschätzungen im Zeitraum bis zum 9. März und ab dem 10. März gegenüber:

Abb. 2: Themen in Wien nach Corona-Erhebungszeitraum



Gegenüber der Vergleichsstudie aus dem Jahr 2018 bildet sich bei keinem der erhobenen Themen eine nennenswerte Erhöhung der empfundenen Problemlage ab. Die Problematik des Wohnungsmarktes wird ähnlich wie vor zwei Jahren gesehen; dasselbe gilt für die Zuwanderung aus dem Ausland, für die Aufnahme von Flüchtlingen, für die Umwelt- und Verkehrssituation, für die soziale Sicherheit und für das politische Klima in der Stadt. Rückläufig ist die Problemsicht im Hinblick auf das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und auf die Kriminalität. Dies traf zum Erhebungszeitpunkt auch für die damals noch sehr positiv gewesene Entwicklung des Arbeitsmarktes in Wien zu.

Im Jahr 2016 wurde die Arbeitslosigkeit in Wien noch von zwei Drittel der Befragten, also von mehr als doppelt so vielen als 2020, als sehr großes Problem bezeichnet (66 % versus 32 %). Viel verbreiteter war damals auch die Problemeinschätzung in Bezug auf die Zuwanderung aus dem Ausland (48 % versus 39 % derzeit).

Wie sich aus den folgenden Zeitreihengrafiken ersehen lässt, gab es bei den Problemwahrnehmungen im Lauf der letzten 27 Jahre zum Teil deutliche Schwankungen in die eine oder andere Richtung. Dies betrifft vor allem die Arbeitslosigkeit, aber auch die Besorgnis in Bezug auf die Kriminalität sowie die Umwelt- und Verkehrssituation. Die Flüchtlingsthematik wurde aus damals aktuellen Gründen erstmals im Jahr 2016 abgefragt – seit diesem Jahr hat sich die wahrgenommene Brisanz deutlich verringert („sehr großes Problem“: Rückgang von 51 % auf derzeit 37 %), was aber noch nichts daran ändert, dass das Zusammenleben mit Flüchtlingen und Asylsuchenden von relativ vielen als problematisch erachtet wird (siehe dazu Kap. 4).

Bei der Zeitreihe zum „Wohnungsmarkt“ ist anzumerken, dass dieser Begriff erst seit dem Jahr 2018 verwendet wurde – bis dahin wurde bei der Befragung vom Problembereich „Wohnungsmangel“ gesprochen, mit dem noch stärker die Knappheit von Wohnungen assoziiert wird, als dies beim Begriff „Wohnungsmarkt“ der Fall sein mag, mit dem man vermutlich in einem höheren Ausmaß die Preise bzw. die Kosten und damit die Leistbarkeit konnotiert.

Aus der nachstehenden Zeitreihengrafik lässt sich ersehen, dass sich in den Augen der WienerInnen die Problemlage bei allen Bereichen, die bereits Mitte der 90er Jahre erhoben wurden, deutlich verringert hat.

Abb. 3: Themen in Wien – Zeitverlauf I

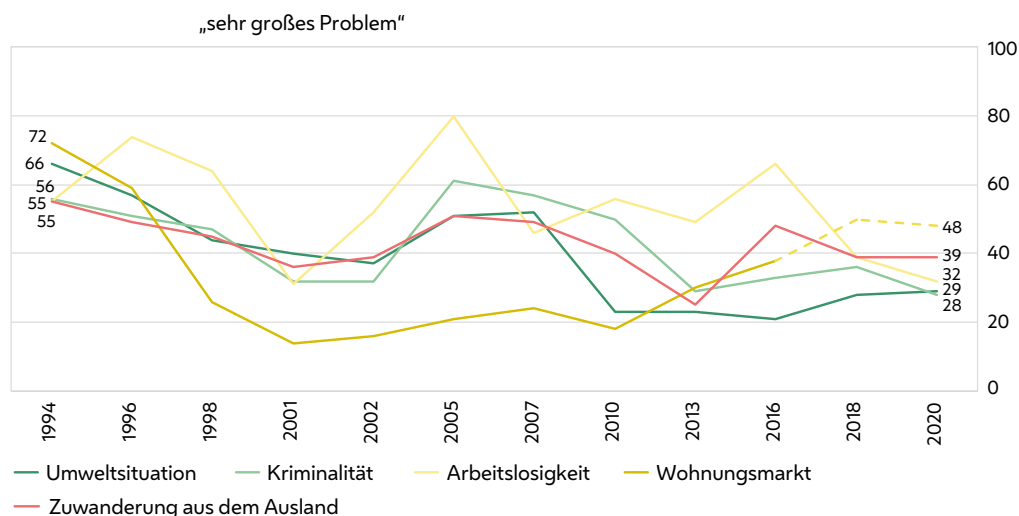
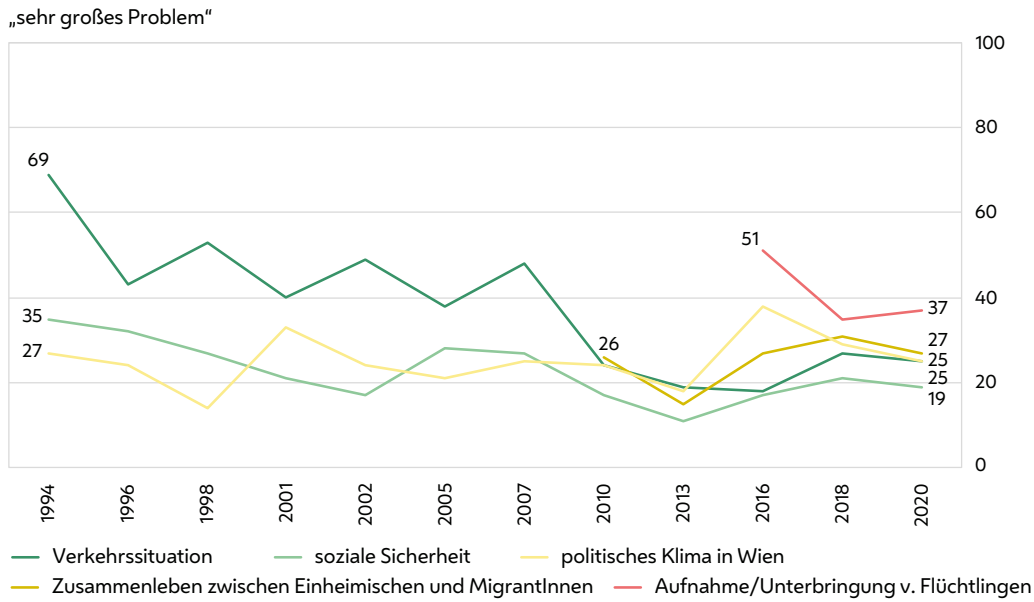


Abb. 4: Themen in Wien – Zeitverlauf II



Differenziert nach einzelnen Bevölkerungssegmenten zeigen sich bei der aktuellen Erhebung folgende Spezifika:
 Die Entwicklung des Wohnungsmarktes wird vor dem Hintergrund der steigenden Bevölkerungszahl bzw. einer wachsenden Stadt nach wie vor zu hohen Anteilen von allen Bevölkerungsgruppen als große Herausforderung gesehen. Davon sind viele auch persönlich bzw. innerhalb des engeren Familienkreises betroffen (z.B. Auszug von Kindern), womit sich abweichende Problemeinschätzungen je nach Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen in engen Grenzen halten. Dasselbe trifft – auf einem deutlich niedrigeren Problemniveau – auch für die Umwelt- und die Ver-



kehrssituation in Wien zu. Hinsichtlich der sozialen Sicherheit machen sich die unteren Bildungsschichten und die derzeit Arbeitslosen in überdurchschnittlichem Ausmaß Sorgen.

Der Arbeitsmarkt bzw. die Arbeitslosigkeit wird neben der Gruppe der Arbeitslosen selbst vor allem von Personen ohne Matura (zu 41 %) sowie von den 50- bis 59-Jährigen (zu 38 %) als besonders großes Problem bezeichnet; also von jenen, die davon selbst oder in ihrem Umfeld betroffen sind oder sich zu höheren Anteilen von einem Stellenverlust bedroht fühlen. Diese zum Erhebungszeitpunkt noch relativ moderat ausgefallene Problemsicht hat sich innerhalb der letzten Wochen infolge der rezent extrem angestiegenen Arbeitslosenzahlen (die Arbeitslosenquote in Wien lag Anfang Mai bei ca. 12 %) und der verordneten Kurzarbeit – wobei viele nicht wissen, ob es nach Auslaufen derselben ihren Arbeitsplatz noch gibt – sicher deutlich erhöht.

Inwieweit man die derzeitige Zuwanderung aus dem Ausland bzw. die Flüchtlingsthematik als problematisch empfindet, hängt in erster Linie von der grundlegenden Einstellung zur Migration ab, die wiederum je nach formalem Bildungshintergrund und damit zusammenhängend auch je nach Lebenslage und Zukunftsperspektive sehr unterschiedlich ausfällt. Derselbe Konnex besteht im Hinblick auf die wahrgenommene Kriminalitätsproblematik, die von vielen mit der Zuwanderung aus anderen Ländern in Verbindung gebracht wird. In überdurchschnittlichem Maße als problematisch werden diese Themen nach wie vor von den unteren Bildungsschichten und insbesondere von jenen erachtet, die mit ihrer derzeitigen Lebenssituation nicht sonderlich zufrieden sind und diesbezüglich auch pessimistisch in die Zukunft blicken.

Personen, die selbst einen Migrationshintergrund haben (das sind Personen, die entweder selbst zugewandert sind oder die zwar in Österreich geboren, deren beide Elternteile aber aus einem anderen Land zugezogen sind), sehen in der Zuwanderung aus dem Ausland erwartungsgemäß zu geringeren Anteilen ein sehr großes Problem als jene ohne Migrationsbiografie (32 % versus 43 %). In Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen manifestieren sich hier ähnliche Abweichungen: Von den in Wien lebenden Menschen mit einer Zuwanderungsbiografie sehen hier 28 % eine große Problemlage, bei jenen ohne eine solche sind es 43 %.

Noch größer ist die Kluft je nach Herkunft hinsichtlich der Beurteilung des allgemeinen Zusammenlebens unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Wien. Von jenen, die selbst einen Zuwanderungshintergrund haben, empfindet nur eine relativ kleine Minderheit das Zusammenleben als sehr problematisch (18 %); seitens der Kontrastgruppe hat hingegen rund ein Drittel diesen Eindruck (32 %). Besonders groß ist die Problemeinschätzung wiederum bei jenen, die eher pessimistisch in die Zukunft blicken und mit einer Verschlechterung ihrer Lebenssituation rechnen. Überdurchschnittlich ausgeprägt ist die Problemsicht im Hinblick auf das Zusammenleben auch bei Personen, die im Gemeindebau oder in einer Genossenschaftswohnung leben. Zumindest bei Ersteren resultiert dies auch aus Schichtspezifika (v.a. Bildung und Einkommen).

Die folgende Tabelle weist die Nennungsquoten („sehr großes Problem“) einzelner Bevölkerungssegmente zu den Themen Wohnungsmarkt, Zuwanderung aus dem Ausland und Zusammenleben aus.

Tab. 1: Problemwahrnehmung von Zuwanderung nach ausgewählten Merkmalen

Frage: Ich lese Ihnen einige Themen vor, über die heute viel geschrieben und geredet wird. Sagen Sie bitte zu jedem Punkt, ob Sie das für Wien als sehr großes Problem, als mittelmäßiges Problem oder kaum als Problem empfinden.
„sehr großes Problem“ (in Prozent)

	Wohnungsmarkt	Zuwanderung aus dem Ausland	Zusammenleben
GESAMT	48	39	27
GESCHLECHT			
männlich	47	38	28
weiblich	49	40	27
ALTER			
16 bis 29 Jahre	45	34	24
30 bis 39 Jahre	54	39	34
40 bis 49 Jahre	50	49	34
50 bis 59 Jahre	47	37	22
60 Jahre und älter	46	38	23
SCHULBILDUNG			
Pflichtschule (ab 20 Jahren)	57	53	41
Lehrabschluss	44	54	39
Fachschule/mittlere Schule	54	40	28
AHS-/BHS-Matura	52	32	19
Uni, Hochschule, FH-Lehrgang	46	20	13
ÄQUIV. HAUSHALTSEINKOMMEN			
bis unter 1.000 Euro	43	41	30
1.000 bis 1.499 Euro	47	41	28
1.500 bis 1.999 Euro	55	36	24
2.000 bis 2.499 Euro	55	47	41
2.500 Euro und mehr	43	31	21
PERSÖNL. ZUKUNFTSERWARTUNG			
Verbesserung	46	36	25
keine Änderung	47	29	19
Verschlechterung	57	60	48
WOHNFORM			
Gemeindebau	48	50	37
Eigentum	40	34	20
Genossenschaftsmiete	53	48	35
Privatmiete	52	27	18
MIGRATIONSHINTERGRUND			
ja	42	32	18
nein	52	43	32

PERSÖNLICHE KONTAKTE ZU PERSONEN AUSLÄNDISCHER HERKUNFT

2.2

Seit dem Jahr 2010 wird im Rahmen dieses Monitorings auch erhoben, ob man mit in Wien lebenden Personen ausländischer Herkunft persönliche Kontakte im Bereich der Arbeit bzw. der Ausbildung, in der Nachbarschaft und im privaten Bereich bzw. bei den Freizeitaktivitäten hat.

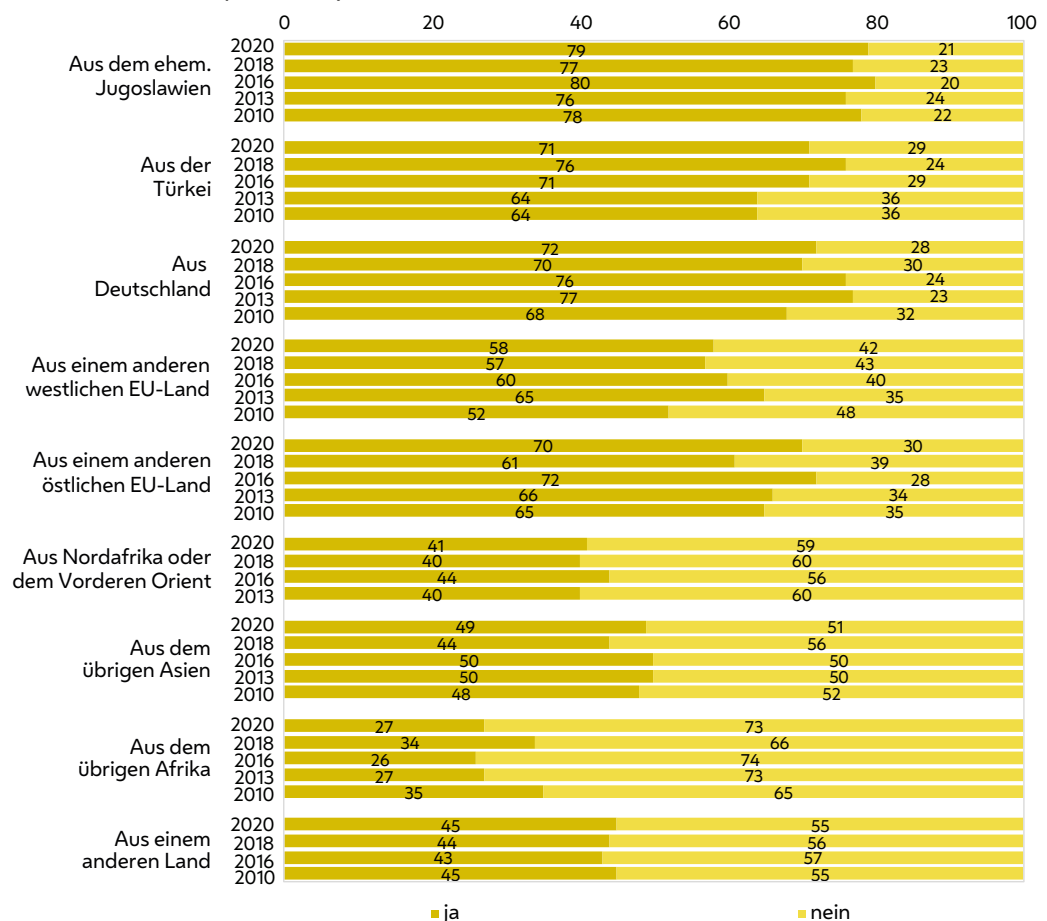
Persönliche Kontakte haben so wie bisher schon die meisten zu MitbürgerInnen aus den früheren jugoslawischen Ländern. Rund acht von zehn Befragten bestätigten solche Beziehungen, sei es am Arbeits- oder Ausbildungsplatz, als NachbarInnen oder im privaten Umfeld. Jeweils rund sieben von zehn WienerInnen haben auch persönliche Bezüge zu den in Wien wohnenden MitbürgerInnen aus der Türkei, aus Deutschland und

aus einem östlichen EU-Land. Danach folgen anteilmäßig (58 %) Kontakte mit Menschen, die aus einem (anderen) westlichen EU-Land nach Wien gezogen sind. Rund die Hälfte der Befragten bestätigte solche mit Zugewanderten aus einem asiatischen Land. Vier von zehn sagten, dass sie Zugezogene aus Nordafrika oder aus dem Vorderen Orient kennen. Persönliche Kontakte mit MigrantInnen aus dem übrigen Afrika gab rund ein Viertel der Befragten zu Protokoll. Die erstaunlich hohen Kontaktanteile bei den zwei letztgenannten Herkunftspopulationen lassen vermuten, dass dabei auch ein häufiges Sehen bzw. gelegentliche Kurzkontakte – etwa bei Botendiensten – impliziert sind. Insgesamt 45 % sagten, dass sie auch aus anderen bzw. fernerer Ländern Zugewanderte kennen. Die Kontaktquoten hängen natürlich vor allem auch davon ab, wie viele Menschen aus den jeweiligen Herkunftsländern in Wien leben.

Die nachstehende Grafik illustriert die Kontaktquoten im Zeitverlauf. Dabei manifestieren sich zwar gewisse Schwankungen, nicht jedoch ein klarer Trend in die eine oder andere Richtung.

Abb. 5: Kontakte mit Zugewanderten im Zeitverlauf

Frage: Haben Sie in Wien persönlichen Kontakt zu Personen ... aus dem ehemaligen Jugoslawien ... an Ihrem Arbeitsplatz bzw. Ausbildungsplatz, mit Nachbarn und in Ihrem privaten Bereich bzw. in Ihrer Freizeit? (in Prozent)



Die Kontakte mit Menschen aus den ehemaligen jugoslawischen Ländern, aus der Türkei, aus dem Vorderen Orient und aus Afrika verteilen sich annähernd gleichförmig auf den Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz, auf

die Nachbarschaft und auf das private Umfeld. Bei den Kontakten mit Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien etwa gaben jeweils zwischen 45 und 47 % an, dass sie an diesen Orten bzw. in diesem Umfeld mit ihnen persönlich zu tun haben. Im Hinblick auf den persönlichen Umgang mit Zugewanderten aus der Türkei liegt die entsprechende Bandbreite zwischen 32 und 37 %. Vielfach handelt es sich dabei also um Beziehungen nicht nur mit einer Person.

Kontakte mit hier lebenden Deutschen fokussieren sich stärker auf den privaten Umkreis und auf die Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte – deutlich geringer sind die Kontakte in der unmittelbaren Nachbarschaft. Ähnlich verteilt sich auch der persönliche Umgang mit Zugewanderten aus einem anderen westlichen EU-Land, aus einem östlichen EU-Land und aus einem asiatischen Land.

Bei den Kontaktkonstellationen zeigen sich so wie schon bei den vorangegangenen Erhebungen keine allzu großen Abweichungen zwischen Personen mit und ohne Zuwanderungshintergrund. Auch in Bezug auf andere soziodemografische Merkmale (z.B. Geschlecht, Alter, Bildung) fallen die jeweiligen Kontaktquoten angesichts der Vielzahl der in Wien lebenden Menschen mit dem einen oder anderen Zuwanderungshintergrund und der Vielzahl an Kontaktgelegenheiten an unterschiedlichen Örtlichkeiten in Summe recht homogen aus.

Die folgende Tabelle bildet die persönlichen Kontakte mit den einzelnen Zuwanderungsgruppen ab.

Tab. 2: Kontakte mit Zugewanderten

Frage: Haben Sie in Wien persönlichen Kontakt zu Personen ... aus dem ehemaligen Jugoslawien ... an Ihrem Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz, als Nachbarn und in Ihrem privaten Bereich bzw. in Ihrer Freizeit? (in Prozent)

Kontakte zu Personen:	am Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz	als Nachbarn	im privaten Bereich, in der Freizeit	nein, weder noch
aus dem ehemaligen Jugoslawien	45	45	47	21
aus Deutschland	38	17	49	28
aus der Türkei	37	32	35	29
aus einem östlichen EU-Land	37	26	41	30
aus einem anderen westlichen EU-Land	29	17	38	42
aus dem übrigen Asien	24	15	25	51
aus Nordafrika oder dem Vorderen Orient	18	15	19	59
aus dem übrigen Afrika	13	8	11	73
aus einem anderen Land	23	13	28	55

Persönliche Kontakte im Beruf, in der Ausbildung, in der Nachbarschaft und vor allem im privaten Umfeld tragen dazu bei, die Zuwanderung und das Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien deutlich positiver und konfliktfreier wahrzunehmen, als dies seitens derer der Fall ist, die keinen näheren Umgang mit zugezogenen Menschen haben (siehe dazu Kap. 3 und 5).

BEURTEILUNG DES ZUSAMMENLEBENS

2.3

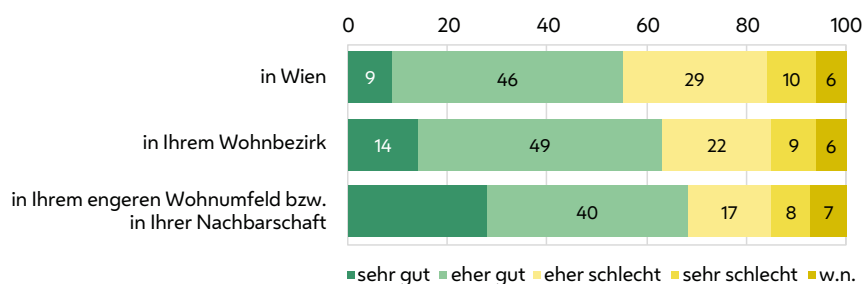
Im Rahmen der aktuellen Erhebung wurde in Bezug auf die Gesamtgruppe der hier lebenden Menschen mit Zuwanderungshintergrund gefragt, wie man das Zusammenleben zwischen den Zugewanderten und den WienerInnen ohne Migrationsbiografie, also den sogenannten Einheimischen, beurteilt. Diese Frage bezog sich auf das städtische Miteinander insgesamt

gesehen, auf den eigenen Wohnbezirk und auf die engere Nachbarschaft bzw. auf das eigene Wohnumfeld.

Dabei zeigt sich, dass die Beurteilung des Zusammenlebens mit jeder örtlichen Annäherungsstufe positiver ausfällt. Bezogen auf die ganze Stadt Wien haben 55 % der Befragten einen (sehr) guten Eindruck vom Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen. Im Hinblick auf den eigenen Wohnbezirk beläuft sich die entsprechende Nennungsquote schon auf knapp zwei Drittel (63 %); und hinsichtlich des Miteinanders in der engeren Wohnumgebung bzw. in der Nachbarschaft bezeichnen sogar knapp sieben von zehn Befragten das Zusammenleben als durchaus erfreulich.

Abb. 6: Zusammenleben in Wien

Frage: Wie gut funktioniert Ihrem Eindruck nach das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten in Wien, in Ihrem Wohnbezirk und in Ihrer Nachbarschaft?



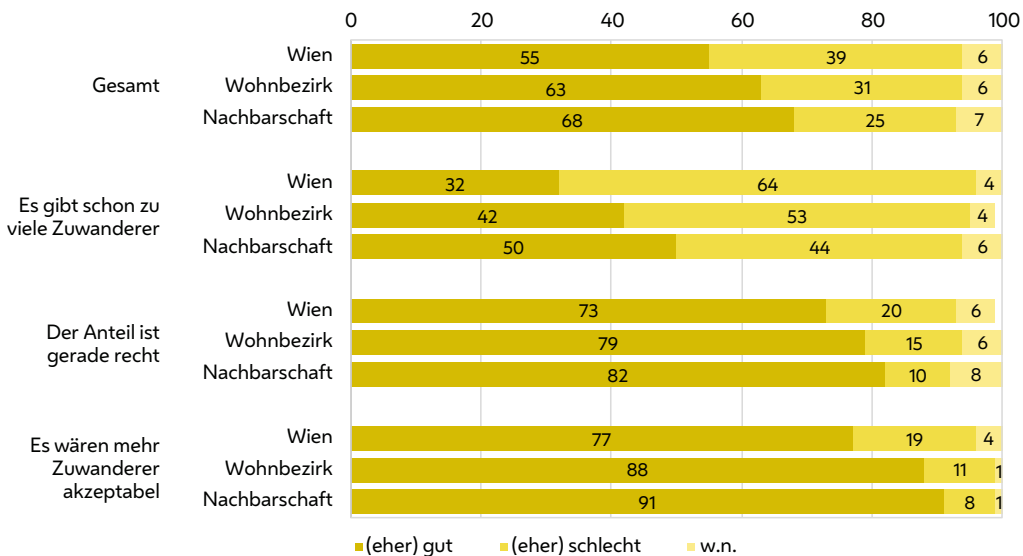
Diese Bewertungen hängen natürlich sehr davon ab, ob bzw. inwieweit man das Miteinander aus unmittelbarer eigener Erfahrung heraus zu beurteilen vermag. So gut wie niemand wird auf persönliche Erfahrungen über das Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in ganz Wien zurückgreifen können. Die diesbezügliche Beurteilung speist sich somit stärker aus den im Regelfall einschlägig negativen Berichten bzw. Einzelfällen in den Massenmedien und in den sozialen Netzwerken. Bezogen auf den Wohnbezirk wirken diese Medienberichte in schon eher verdünnter Form, da dieser räumliche Aspekt dabei nicht so im Vordergrund steht bzw. es hier auch keine größeren Bezirksfokussierungen gibt. Hinzu kommt, dass bei der Eingrenzung der Frage auf den eigenen Wohnbezirk der Aspekt potenzieller (oft vermutlich gar nicht vorhandener) persönlicher Betroffenheit etwas stärker in den Vordergrund rückt. Im engeren Wohnumfeld spielt die Medienberichterstattung so gut wie keine Rolle mehr – hier erfolgt die Beurteilung des Zusammenlebens entweder aus eigener Anschauung bzw. Erfahrung oder aus Gesprächen mit anderen Leuten, die in der Nachbarschaft wohnen.

Noch stärker wirkt bei der Beurteilung des Zusammenlebens aber offenkundig die allgemeine Einstellung zur Zuwanderung, also der ideologisch unterfütterte Aspekt, ob man diesen MitbürgerInnen grundsätzlich wohlwollend, indifferent oder negativ gegenübersteht. Auch jene, die der Meinung sind, dass es schon zu viele ZuwanderInnen in Wien gibt, beurteilen zwar das Zusammenleben mit jeder räumlichen Annäherung positiver – von einem wirklich guten Zusammenleben selbst in der engeren Nachbarschaft spricht von dieser Einstellungsgruppe aber nur rund jede und jeder Zweite. Bei Personen, die der Auffassung sind, dass der Anteil an zugewanderten Menschen in Wien durchaus adäquat sei, ist die entsprechende Nennungsquote fast doppelt so hoch. Und bei jenen, die sich sogar gut vorstellen können, dass es in Wien auch eine stärkere Zuwanderung gibt,

bezeichnen rund neun von zehn das Miteinander mit Zugewanderten in ihrer engeren Wohnumgebung als (sehr) gut.

Abb. 7: Beurteilung des Zusammenlebens nach Einstellung zur Zuwanderung

Frage: Wie gut funktioniert Ihrem Eindruck nach das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten in Wien, in Ihrem Wohnbezirk und in Ihrer Nachbarschaft?



Positive Effekte, die allfällige ideologische Ressentiments freilich nur zum Teil zu neutralisieren vermögen, resultieren aus persönlichen Kontakten mit ZuwanderInnen. Für die Einschätzung des Zusammenlebens in Wien spielt vor allem auch eine Rolle, ob man private Kontakte zu jenen hat, die aufgrund ihrer Herkunftsregion (und des angenommenen Flüchtlings- bzw. Asylwerberstatus) bislang generell eher mit Skepsis betrachtet werden. Seitens der Personen, die etwa mit ZuwanderInnen aus Nordafrika bzw. aus dem Vorderen Orient im privaten Umfeld zu tun haben, bezeichnen 63 % das Zusammenleben von ‚Einheimischen‘ und Zugewanderten als gut; bei jenen ohne jeden Kontakt zu jemandem aus diesen Ländern beläuft sich die entsprechende Quote auf nur 48 %. Von der Relation ähnlich fällt bei diesen beiden gegensätzlichen Kontaktgruppen die Einschätzung des Zusammenlebens im Wohnbezirk aus: „(sehr) gut“: 70 % versus 58 %.

Was nun die engere Nachbarschaft betrifft, wirken sich persönliche Kontakte auch zu allen anderen Zuwanderergruppen positiv auf die Beurteilung des Zusammenlebens aus. Die positiven Antwortquoten bei jenen, die private Kontakte zu NachbarInnen aus dem entsprechenden Herkunftsland haben sowie bei Personen ohne solche Kontakte lauten im Hinblick auf das Zusammenleben in der eigenen Wohnumgebung: Kontakte zu Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien: 70 % versus 60 %, aus der Türkei: 69 % versus 62 %, aus Deutschland: 73 % versus 54 %, aus der westlichen EU: 74 % versus 60 %, aus der östlichen EU: 70 % versus 62 %, aus Nordafrika bzw. aus dem Vorderen Orient: 75 % versus 63 %, aus dem übrigen Asien: 73 % versus 62 % und aus dem übrigen Afrika: 70 % versus 66 %.

Auf die Frage, welchen Eindruck man insgesamt gesehen vom Zusammenleben der ‚einheimischen‘ Bevölkerung mit den hier lebenden Zuwanderer-

gruppen aus den unterschiedlichen Herkunftsländern hat, ergibt sich nach wie vor ein eher divergierendes Bild.

Sehr zufrieden ist man diesbezüglich alleine schon aufgrund des kulturellen Naheverhältnisses und der gemeinsamen Sprache mit den in Wien lebenden Deutschen. 82 % der Befragten erleben da ein problemloses Miteinander; nur 7 % signalisierten gewisse Vorbehalte – die Restgruppe war überfragt.

Jeweils rund drei Viertel der Befragten empfinden auch das Zusammenleben mit ZuwanderInnen aus westlichen EU-Ländern sowie mit Personen aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten als (sehr) erfreulich.

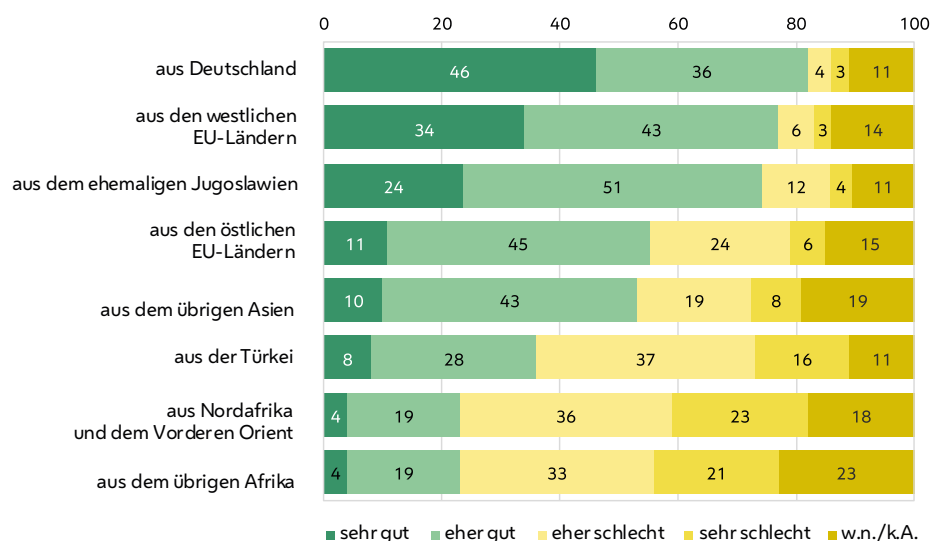
Im Hinblick auf die in Wien lebenden ZuwanderInnen aus den östlichen EU-Ländern und aus dem fernerem Asien hat nur etwas mehr als jede und jeder Zweite den Eindruck, dass das Zusammenleben großteils gedeihlich und konfliktfrei ist.

Nach wie vor recht verbreitet sind die diesbezüglichen Vorbehalte auch gegenüber den (vielfach schon seit Jahrzehnten) hier lebenden Menschen mit türkischen Wurzeln: Nur 36 % der Befragten glauben, dass mit ihnen das Zusammenleben alles in allem gut und reibungslos funktioniert; deutlich verbreiteter ist der gegenteilige Eindruck (53 %).

Für noch problematischer hält man das Zusammenleben von ‚Einheimischen‘ und jenen Bevölkerungsgruppen, die aus dem Vorderen Orient, aus Nordafrika oder aus dem übrigen Afrika nach Wien gekommen sind. Diese Gruppen umfassen vor allem jene, die in den Jahren 2015 und 2016 in Wien aufgenommen wurden. Da man davon ausgehen kann, dass angesichts der relativ geringen Anzahl dieser Population die wenigsten persönliche Erfahrungen über das Zusammenleben mit diesen haben, manifestiert sich in dieser Einschätzung in erster Linie wohl deren Wahrnehmung im öffentlichen Raum und darüber hinaus das Image bzw. die generell eher positive oder negative Einstellung gegenüber Flüchtlingen aus diesen Herkunftsregionen. Rund ein Viertel der Bevölkerung beurteilt das Zusammenleben mit diesen Zuwanderergruppen positiv, zum Teil deutlich mehr als die Hälfte bezeichnet dasselbe hingegen als zumindest eher schlecht. Hoch ist hier aber mit rund einem Fünftel der Anteil derer, die sich kein Urteil zutrauen.

Abb. 8: Funktionierendes Zusammenleben

Frage: Wie ist Ihr Gesamteindruck: Wie funktioniert das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten aus folgenden Ländern?
(in Prozent)





Das Zusammenleben wird von den meisten der jeweils angesprochenen Bevölkerungsgruppen positiver gesehen als seitens der WienerInnen ohne Zuwanderungshintergrund. Nur die in Wien lebenden Deutschen und sonstigen Westeuropäer beurteilen dasselbe annähernd so wie die sogenannte ‚einheimische‘ Bevölkerung.

Die große Mehrzahl der hier lebenden Menschen aus den früheren jugoslawischen Ländern ist bezüglich des Zusammenlebens mit der übrigen Bevölkerung durchaus zufrieden (84 %); seitens der ‚Einheimischen‘ ist der entsprechende Anteil ebenfalls sehr hoch (73 %).

Von den Befragten aus östlichen EU-Ländern beurteilen zwei Drittel das Zusammenleben positiv; seitens der WienerInnen ohne Zuwanderungsbiografie bestätigt das rund die Hälfte.

Demgegenüber liegt die diesbezügliche Wahrnehmung der Bevölkerung türkischer Herkunft und den ‚einheimischen‘ WienerInnen weit auseinander. Während 68 % der Befragten dieser Zuwanderergruppe von einem (sehr) guten Miteinander sprechen, sind es bei jenen ohne Migrationshintergrund nur drei von zehn.

Diese Gegenüberstellungen haben allerdings nur Hinweischarakter – angesichts der eher geringen Fallzahlen bei den in der Stichprobe vertretenen Zuwanderergruppen (je nach Herkunftsland: zwischen 48 und 77 Personen) sind hier natürlich größere statistische Schwankungsbreiten in Betracht zu ziehen.

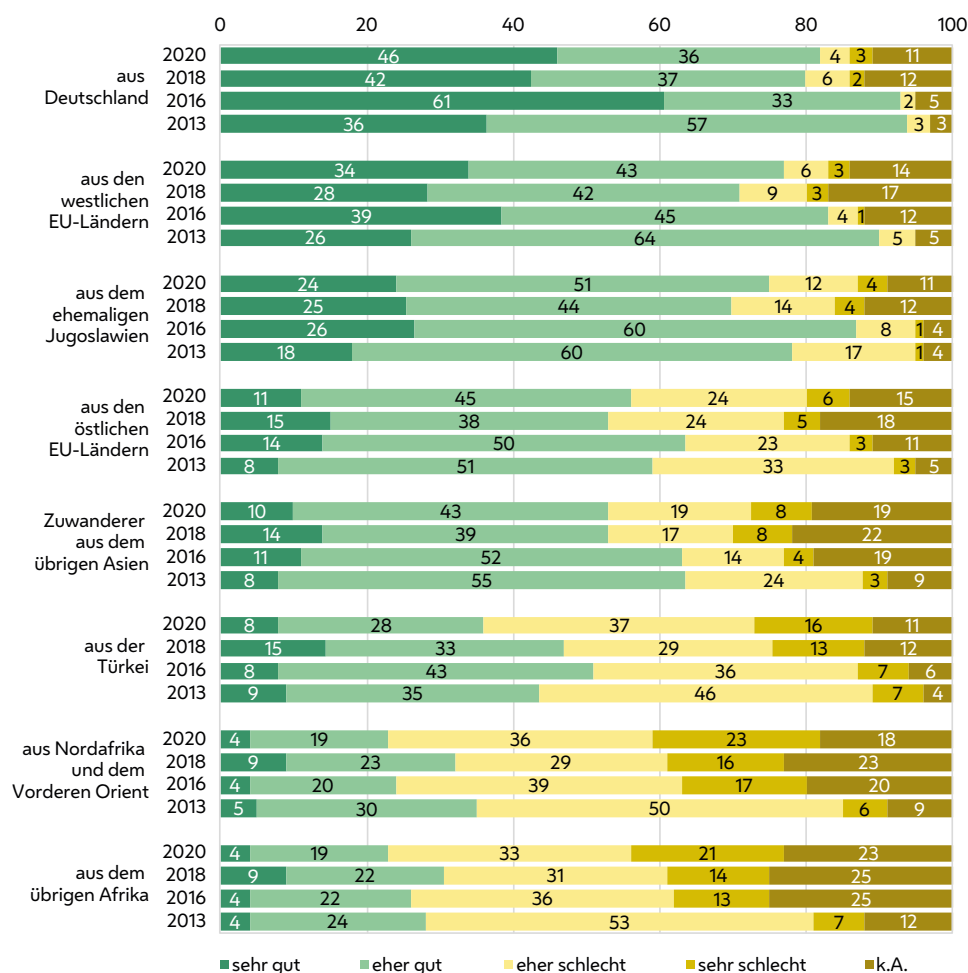
Jene WienerInnen ohne Zuwanderungshintergrund, die persönliche Kontakte mit Menschen der jeweiligen Zuwandererpopulation haben, beurteilen das diesbezügliche Zusammenleben durchgängig positiver als die jeweilige Kontrastgruppe. Das Zusammenleben mit Zugewanderten aus den ehemaligen jugoslawischen Ländern bezeichnen 80 % derer, die private Kontakte bestätigen, als (sehr) gut. Seitens derer ohne persönlichen Bezug sind es demgegenüber nur 64 %. Im Hinblick auf die türkische Wohnbevölkerung lautet das Verhältnis: 32 % versus 21 %, auf ZuwanderInnen aus Osteuropa: 64 % versus 40 %, auf ZuwanderInnen aus Nordafrika bzw. aus dem Vorderen Orient: 32 % versus 15 %, auf jene aus dem übrigen Asien: 65 % versus 44 % und auf jene aus dem übrigen Afrika: 35 % versus 17 %.

Gegenüber dem Jahr 2018 haben sich die positiven Nennungsanteile nur in Bezug auf die hier lebenden Deutschen, auf die aus anderen EU-Ländern und auf die aus den jugoslawischen Nachfolgeländern Zugezogenen etwas erhöht. Relativ deutliche Rückgänge manifestieren sich hingegen im Hinblick auf die hier lebenden Menschen mit türkischen, vorderorientalischen und afrikanischen Wurzeln.

Die nachstehende Grafik illustriert die Veränderungen in den Beurteilungen des Zusammenlebens im Laufe der letzten acht Jahre.

Abb. 9: Funktionierendes Zusammenleben – Zeitverlauf

Frage: Wie ist Ihr Gesamteindruck: Wie funktioniert das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten aus folgenden Ländern?
(in Prozent)



VERMUTETE FOLGEN DER FLÜCHTLINGSAUFNAHME

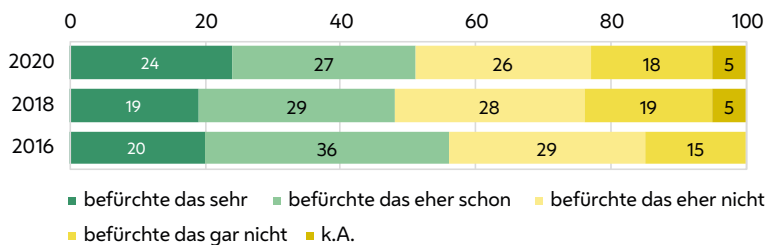
2.4

Im Rahmen der aktuellen Studie wurde auch wieder erhoben, ob bzw. in welchem Ausmaß man sich infolge der derzeitigen Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden Sorgen in Richtung einer Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens macht.

Rund die Hälfte der Bevölkerung hegt die mehr oder weniger starke Befürchtung, dass es durch die derzeitige Aufnahme von Schutzbedürftigen aus anderen Ländern zu größeren Konflikten im Zusammenleben kommen könnte. Innerhalb der letzten beiden Jahre hat sich dieser Anteil sogar noch etwas erhöht – und das, obwohl die Anzahl der aufgenommenen Flüchtlinge und Asylsuchenden seit den Jahren 2015 und 2016 vergleichsweise sehr gering war. Dass ungeachtet dessen die diesbezügliche Besorgnis in der Bevölkerung immer noch sehr verbreitet ist, ist zumindest zum Teil wohl auch der Erinnerung an diese Jahre und den Ängsten geschuldet, dass sich ein solches Szenario auch in absehbarer Zeit wiederholen könnte. Zum anderen mag der leichte Anstieg der Befürchtungen auch daraus resultieren, dass einige bei einem Teil der damals Aufgenommenen noch nicht den Eindruck gewonnen haben, dass diese sich selbst um eine möglichst gute Integration bemühen.

Abb. 10: Friedliches Zusammenleben – Zeitverlauf

Frage: Wenn Sie nun an die derzeitige Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Wien denken, befürchten Sie, dass dies das friedliche Zusammenleben der Menschen in Wien gefährden wird? (in Prozent)

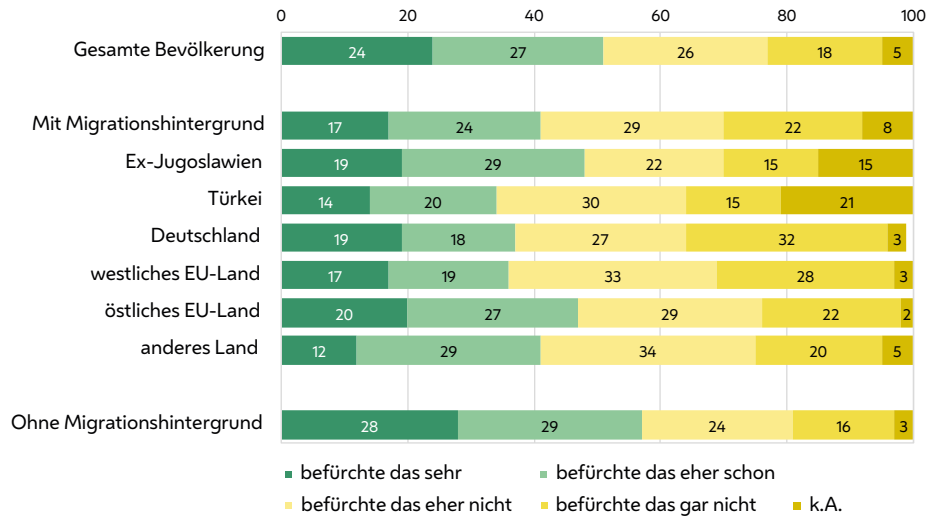


Zwischen Frauen und Männern weichen die Antwortmuster zu dieser Frage nicht sonderlich stark voneinander ab, dasselbe gilt für die einzelnen Altersgruppen. Große Unterschiede gibt es hier aber je nach formalem Bildungshintergrund: Von jenen mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss signalisieren rund zwei Drittel Befürchtungen; unter den UniversitätsabsolventInnen sind es drei von zehn.

Wie sich aus der folgenden Grafik ersehen lässt, ist diese Besorgnis innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weniger verbreitet – immerhin rund vier von zehn dieser Befragten haben allerdings ebenfalls die Befürchtung, dass dadurch das friedliche Miteinander gefährdet sein könnte. Innerhalb der in Wien ansässigen Zuwanderergruppen weichen die entsprechenden Sichtweisen aber relativ stark voneinander ab, wobei auch zu berücksichtigen ist, dass seitens der Befragten aus der Türkei und aus den früheren jugoslawischen Ländern hier relativ viele keine konkrete Antwort gaben.

Abb. 11: Friedliches Zusammenleben

Frage: Wenn Sie nun an die derzeitige Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Wien denken, befürchten Sie, dass dies das friedliche Zusammenleben der Menschen in Wien gefährden wird? (in Prozent)



2.5 AKZEPTANZ DES ANTEILS DER NACH WIEN ZUGEWANDERTEN

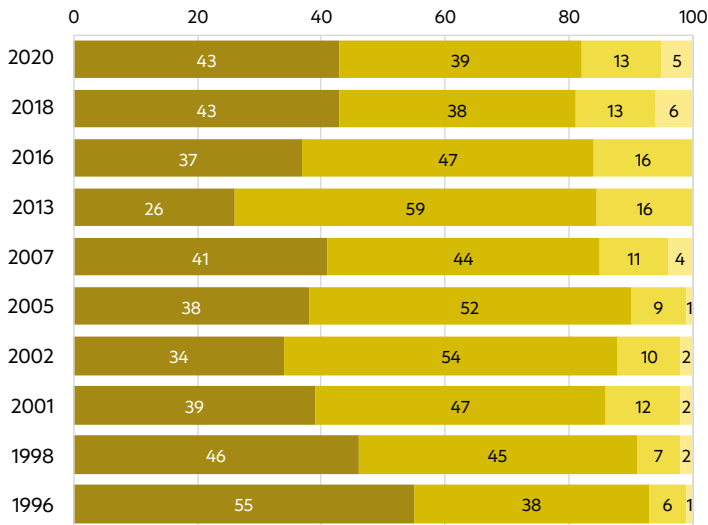
Derzeit meinen 43 % der Bevölkerung, dass in Wien schon zu viele Menschen mit ausländischer Herkunft wohnen. Knapp ebenso viele sind der Auffassung, dass der Anteil der Zugewanderten in Wien gerade recht ist; 13 % haben den Eindruck, dass Wien auch gut mit einer stärkeren Zuwanderung leben könnte. Innerhalb der letzten beiden Jahre hat sich an dieser Einstellungsverteilung so gut wie nichts verändert. Vor 25 Jahren, also Mitte der 90er Jahre, überwog bei den WienerInnen noch deutlich das Gefühl, dass in Wien schon zu viele Menschen mit Zuwanderungshintergrund leben (55 %). Der entsprechende Nennungsanteil war in den Folgejahren rückläufig, stieg danach in den mittleren 2000er Jahren wieder an und lag im Jahr 2013 auf dem bisherigen Tiefststand.

Sechs von zehn Personen hielten damals den Anteil an MitbürgerInnen ausländischer Herkunft für gerade recht, weitere 16 % meinten, Wien könnte auch gut noch mehr ZuwanderInnen aufnehmen. Bemerkenswert ist, dass sich die Stimmungslage selbst in den Jahren 2015/2016, als im Zuge der großen Flüchtlingswanderungen sehr viele Asylsuchende von Wien aufgenommen wurden, nicht sonderlich verschlechtert hat. In dieser Zeit ist die Besorgnis zwar gewachsen, zugleich gab es in Wien aber eine breite und öffentlich sichtbare humanitäre Strömung, die sich neben den stadtpolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme auch in einem großen und damit auch medial höchst wirksamen Freiwilligenengagement der Zivilgesellschaft manifestierte.

Dass sich in den Jahren danach ungeachtet des weitgehenden Versiegens der Flüchtlingsaufnahme infolge der europäischen Grenzschließungen die Auffassung noch etwas verbreitet hat, wonach es in Wien schon zu viele ZuwanderInnen gibt, hat zweifellos auch damit zu tun, dass bei dieser Thematik stimmungsmäßig sozusagen wieder der Alltag eingekehrt ist. Das aktuelle Einstellungsmuster liegt durchaus im Schnitt der letzten 20 Jahre. Nur das Jahr 2013 fällt hier im positiven Sinne etwas aus dem Rahmen; blendet man dieses aus, zeigt sich eine überaus stabile Einstellungsverteilung seit Beginn der 2000er Jahre.

Abb. 12: Beurteilung des Zuwanderungsanteils in Wien

Frage: Welcher der drei folgenden Aussagen würden Sie am ehesten zustimmen? (in Prozent)



- Es gibt in Wien heute schon zu viele MitbürgerInnen mit ausländischer Herkunft.
- Der Anteil der nach Wien Zugewanderten ist gerade recht.
- Wien könnte gut mit einer stärkeren Zuwanderung leben. ■ Keine Angabe

Frauen und Männer weisen hier fast deckungsgleiche Einstellungsmuster auf. Bemerkenswert ist, dass die mittleren Altersgruppen – also die 30-50-Jährigen – in einem überdurchschnittlichen Maße den Eindruck haben, dass es schon zu viele ausländische MitbürgerInnen in Wien gibt. Die unter 30-Jährigen liegen annähernd im Gesamtschnitt, während die ab 60-Jährigen die vergleichsweise moderateste Sichtweise haben. Dies ist durchaus erstaunlich, da man größere Vorbehalte gegenüber der Zuwanderung eher unter der älteren Generation vermuten würde. Dies war zumindest vor rund 20 Jahren durchaus auch noch der Fall – im Jahr 2002 etwa meinten 41 % der ab 60-Jährigen, dass der Anteil der ZuwanderInnen in Wien schon zu hoch sei; von den Jüngeren stimmten dem deutlich weniger zu (28–33 %). Mittlerweile dürften die diesbezüglichen Einstellungen stärker als in früheren Zeiten vom Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt bestimmt sein. Dafür spricht auch, dass jene Bildungsschichten, die dabei am ehesten mit Konkurrenz durch ZuwanderInnen rechnen müssen, zu ganz überdurchschnittlichen Anteilen monieren, dass deren Anteil in Wien schon jetzt zu groß ist (PflichtschulabsolventInnen: 52 %; LehrabsolventInnen: 58 %). Seitens der Befragten mit Matura teilen 34 % diese Meinung, bei den HochschulabsolventInnen sind es nur 24 %.

Damit zusammenhängend werden die entsprechenden Einstellungsmuster auch von den persönlichen Zukunftserwartungen bestimmt. Von jenen, die eher pessimistisch in die Zukunft blicken, halten 62 % den derzeitigen Anteil der in Wien lebenden ZuwanderInnen für zu hoch.

Die Beurteilung des derzeitigen Anteils an ZuwanderInnen hängt auch stark davon ab, ob man selbst eine Migrationsbiografie hat oder nicht. Von den Befragten mit Migrationshintergrund sagten nur rund drei von zehn (29 %), dass es in Wien schon zu viele MitbürgerInnen ausländischer Herkunft gibt, während vier von zehn (41 %) den derzeitigen Anteil für gerade

recht halten, und 20 % auch kein Problem darin sehen würden, wenn die Zuwandererpopulation in Wien noch etwas größer wäre. Von jenen ohne Migrationshintergrund ist die Hälfte (51 %) der Auffassung, dass in Wien bereits jetzt zu viele zugewanderte Menschen leben. Annähernd ebenso viele (38 %) wie bei den Zugewanderten haben den Eindruck, dass der derzeitige Anteil gerade recht ist, und 9 % halten auch einen weiteren Zu-zug von Menschen aus dem Ausland für durchaus akzeptabel. Der Zukunftspessimismus ist seit Mitte März 2020 infolge des wirtschaftlichen Stillstandes und der daraus resultierenden Arbeitslosenzahlen stark im Ansteigen begriffen. Diese negative Grundstimmung wirkt sich offensichtlich auch auf die Beurteilung des Anteils an ZuwanderInnen aus. In der ersten Erhebungsperiode dieser Befragung sagten 39 %, dass es hier schon zu viele Menschen ausländischer Herkunft gibt; seit dem 10. März hat sich der entsprechende Anteil um 8 Prozentpunkte erhöht (47 %). Dabei zeichnete sich bis zum Ende der Befragungsperiode noch gar nicht ab, wie dramatisch der wirtschaftliche Einbruch ausfallen und welche existenziellen Folgen dieser für viele Menschen haben wird.

Auch bei dieser grundlegenden Frage zeigt sich aber, dass aus persönlichen respektive privaten Kontakten mit Menschen, die eine Migrationsbiografie haben, ein positiver Effekt auf die Beurteilung des Anteils an ZuwanderInnen in Wien resultiert. Dies gilt in Bezug auf alle Herkunftsgruppen. Dass es in Wien schon jetzt zu viele ZuwanderInnen gibt, meinen 42 % derer, die mit Zugewanderten aus dem früheren Jugoslawien Kontakte haben; seitens derer ohne jeden Kontakt sind es 55 %. Das diesbezügliche Verhältnis lautet im Hinblick auf ZuwanderInnen aus einem östlichen EU-Land: 41 % versus 54 %, aus Nordafrika oder aus dem Vorderen Orient: 37 % versus 52 %, aus dem übrigen Asien: 38 % versus 54 %, aus dem übrigen Afrika: 37 % versus 50 %, aus Deutschland: 42 % versus 58 %, aus einem anderen westlichen EU-Land: 36 % versus 56 % und aus der Türkei: 45 % versus 49 %.

2.6 EINSTELLUNGEN ZU ZUGEWANDERTEN UND ERWARTETE EFFEKTE

Den Befragten wurden zu arbeitsmarktbezogenen, rechtlichen und sozialpolitischen Aspekten, so wie in den Jahren zuvor, eine Reihe von Aussagen



vorgelesen, wobei jeweils angegeben werden sollte, wie sehr man diese Meinung teilt oder nicht teilt.

Darüber, dass jedes Kind in Wien – unabhängig von der Herkunft – die gleichen Chancen auf eine gute Ausbildung haben soll, besteht weitgehende Einigkeit. Dem stimmen 86 % der Befragten zu.

Einen breiten Konsens gibt es auch darüber, dass die vielfach schon lange hier in Wien lebenden Zugewanderten generell die gleichen Rechte und Chancen wie die ‚einheimische‘ Bevölkerung haben sollten. Diese grundsätzliche Gleichbehandlung befürworten drei Viertel der WienerInnen.

Rund ebenso viele sprechen sich dafür aus, dass jugendliche Asylsuchende, die hier eine Lehre machen, jedenfalls in Österreich bleiben dürfen und nicht abgeschoben werden sollen (73 %).

Zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, wonach wir froh sein müssen, dass es eine Zuwanderung gibt, da es in einigen Bereichen an Arbeitskräften fehlt.

Gleich verbreitet ist die Meinung, dass der Wirtschaftsstandort Wien auch zugewanderten Arbeitskräften längerfristige Aufstiegsperspektiven anbieten soll (65 %).

Mehrheitlich wird auch für richtig gehalten, dass ZuwanderInnen einen gleichberechtigten Zugang zu sozialen Leistungen haben (54 %). Vier von zehn Befragten sind gegenteiliger Meinung.

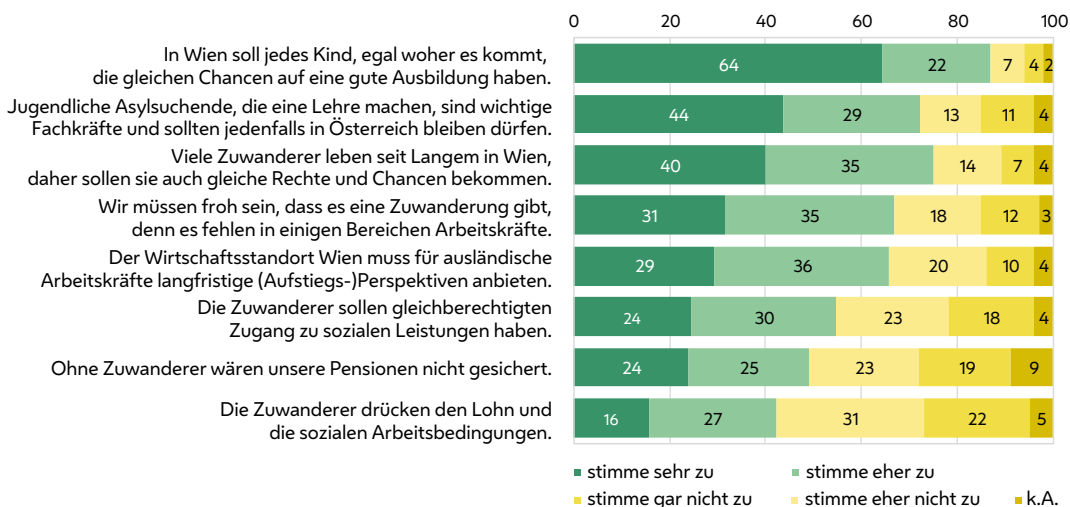
Wenig Konsens gibt es darüber hinaus bezüglich des Arguments, wonach angesichts der demografischen Entwicklung respektive der absehbaren Überalterung der ansässigen Bevölkerung unsere Pensionen ohne ZuwanderInnen, die hier arbeiten und damit in das Pensionssystem einzahlen, nicht gesichert sind. Dies wird von der Hälfte aller Befragten so gesehen; 42 % stimmen dem aber nicht zu.

Dass sich infolge der Zuwanderung das Lohnniveau und die sozialen Arbeitsbedingungen in Wien verschlechtern, meinen 43 %; mehrheitlich geht man davon nicht aus.

Die folgende Grafik bildet die aktuellen Einstellungsmuster zu den genannten Themenbereichen ab:

Abb. 13: Angenommene Zuwanderungseffekte

Frage: Ich lese Ihnen einige Behauptungen vor, die man über zugewanderte und hier zum Teil schon lange lebende Arbeitskräfte hören kann. Sagen Sie bei jeder Behauptung, ob Sie dem sehr zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. (in Prozent)



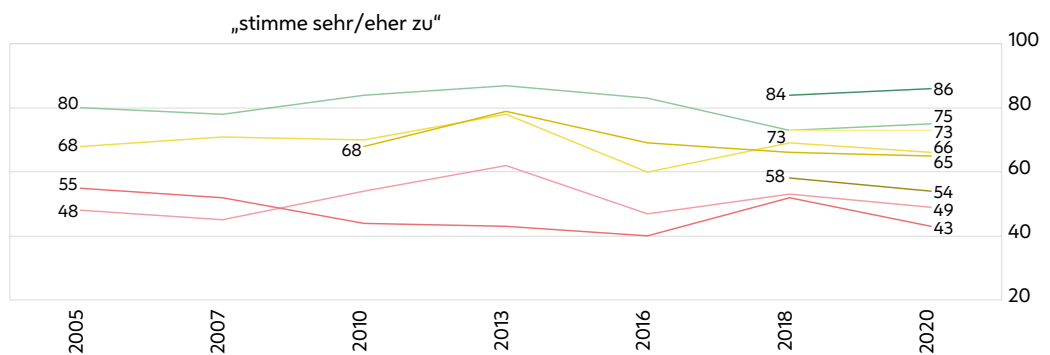
Die Haltung zu einigen dieser Aussagen wurde seit dem Jahr 2005 erhoben. Wie sich aus der folgenden Zeitreihentabelle ersehen lässt, bildet sich in diesem Zeitraum bislang kein klarer Trend in die eine oder andere Richtung ab. Dies auch deshalb, weil die Einstellungsmuster von der jeweiligen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation sowie generell von der Migrationsentwicklung und dem öffentlichen Diskurs darüber beeinflusst sind.

Gegenüber dem Jahr 2018 hat sich bei den meisten Einstellungsmustern nur wenig geändert. Am deutlichsten ist der Rückgang der Befürchtung, dass die Zuwanderung von Unternehmen dazu genutzt wird, den Lohn und die sozialen Arbeitsbedingungen zu drücken bzw. zu unterminieren (-9 Prozentpunkte); die aktuelle Nennungsquote rangiert damit wieder im langjährigen Durchschnitt.

Ein leichter Rückgang der Zustimmung manifestiert sich rezent auch bei der Zustimmungquote in Bezug auf einen gleichberechtigten Zugang der MigrantInnen zu den sozialen Leistungen (-4 Prozentpunkte). Dasselbe gilt hinsichtlich der Aussagen, wonach ohne Zuwanderung einerseits unsere Pensionen nicht gesichert wären und andererseits auch nötige Arbeitskräfte fehlen würden. Noch etwas erhöht hat sich hingegen der Konsens darüber, dass alle Kinder in Wien die gleichen Chancen auf eine gute Ausbildung haben sollen und dass die großteils schon lange hier lebenden Menschen aus anderen Ländern ebenfalls die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie die ‚einheimische‘ Bevölkerung haben sollten.

Abb. 14: Angenommene Zuwanderungseffekte im Zeitverlauf

Frage: Ich lese Ihnen einige Behauptungen vor, die man über zugewanderte und hier zum Teil schon lange lebende Arbeitskräfte hören kann. Sagen Sie bei jeder Behauptung, ob Sie dem sehr zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. (in Prozent)



- In Wien soll jedes Kind, egal woher es kommt, die gleichen Chancen auf eine gute Ausbildung haben.
- Viele Zuwanderer leben seit Langem in Wien, daher sollen sie auch gleiche Rechte und Chancen bekommen.
- Jugendliche Asylsuchende, die eine Lehre machen, sind wichtige Fachkräfte und sollten jedenfalls in Österreich bleiben dürfen.
- Wir müssen froh sein, dass es eine Zuwanderung gibt, denn es fehlen in einigen Bereichen Arbeitskräfte.
- Der Wirtschaftsstandort Wien muss für ausländische Arbeitskräfte langfristige (Aufstiegs-)Perspektiven anbieten.
- Die Zuwanderer sollen gleichberechtigten Zugang zu sozialen Leistungen haben.
- Ohne Zuwanderer wären unsere Pensionen nicht gesichert.
- Die Zuwanderer drücken den Lohn und die sozialen Arbeitsbedingungen.

Bei diesen Fragen unterscheiden sich die Einstellungsmuster nicht alleine je nach der generellen Einstellung ZuwanderInnen gegenüber; vielmehr spielt dabei die vermutete und tatsächliche Interessenlage eine wesentliche Rolle. Der Aussage etwa, dass infolge der Zuwanderung die Löhne und die sozialen Arbeitsbedingungen gefährdet seien, stimmen vor allem jene zu, die davon potenziell betroffen sind: ArbeiterInnen, damit zusammenhängend die unteren Bildungsschichten und Menschen, die im Gemeindebau wohnen. Bei diesen Gruppen ist deutlich mehr als die Hälfte darüber ernsthaft besorgt.

Dasselbe zeigt sich bei einzelnen Zuwanderergruppen. Insgesamt gesehen wird dies von Menschen mit Migrationshintergrund zwar zu geringeren Anteilen als von jenen ohne einen solchen befürchtet (36 % versus 46 %); je nach Herkunftsland fallen die Unterschiede aber beachtlich aus. Befragte aus den Nachfolgeländern Jugoslawiens teilen zu überdurchschnittlichen Anteilen diese Ansicht (48 %), MitbürgerInnen türkischer oder osteuropäischer Herkunft liegen hier in etwa im Gesamtschnitt, während die hier lebenden Deutschen und Westeuropäer deutlich darunter liegen, da sie wohl am wenigsten davon tangiert sind.

Auch bei der Aussage, wonach ZuwanderInnen einen gleichberechtigten Zugang zu sozialen Leistungen haben sollen, spielt die jeweilige Interessenlage eine Rolle. Auch dem stimmen Menschen ohne Migrationshintergrund zu deutlich geringeren Anteilen als jene mit einer Zuwandererbiografie zu (48 % versus 65 %), bei Letzteren besteht darüber aber auch



kein sonderlich breiter Konsens – von den aus dem früheren Jugoslawien Zugezogenen etwa votieren 57 % dafür, seitens der Deutschen sind es hingegen 75 %. Hier gibt es vermutlich auch unter den ZuwanderInnen gewisse Befürchtungen, dass die sozialen Leistungen insgesamt und damit auch zu ihrem eigenen Nachteil verringert werden könnten. Sehr klar manifestiert sich diese Besorgnis bei der Gruppe der Arbeitslosen: Von diesen befürwortet nur ein Drittel, ZuwanderInnen einen gleichberechtigten Zugang zur sozialen Versorgung zu geben.

Angesichts dieser sehr unterschiedlichen Sichtweisen je nach Herkunft und Interessenlage, die sich auch bei vielen anderen Fragen manifestieren, ist evident, dass auch bei Einstellungsfragen zur Migration bei einer simplen Dichotomisierung bzw. Gegenüberstellung der Meinungsmuster von Menschen mit oder ohne Zuwanderungshintergrund nicht nur keine großen Erkenntnisgewinne zu erwarten sind, sondern leicht auch ein falsches Bild der Realität gezeichnet wird. Die Meinungen, Präferenzen, Wünsche, Wertemuster, Lebensumstände und Interessen weichen zwischen den einzelnen Zuwanderergruppen nachweislich noch stärker ab als zwischen der Gesamtgruppe der MigrantInnen und der Wiener Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

2.7 INTEGRATIONSWAHRNEHMUNG UND AKZEPTANZ KULTURELLER VIELFALT

Ein ebenfalls auf das Zusammenleben bezogener Fragenkomplex behandelte unterschiedliche Integrationsaspekte und die kulturelle Vielfalt infolge der Zuwanderung aus anderen Ländern. Dabei wurden den Befragten einige Aussagen vorgelesen, wobei sie jeweils angeben sollten, wie sehr sie diesen zustimmen oder nicht zustimmen.

Die große Mehrzahl der WienerInnen sieht durch die Zuwanderung von Menschen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern durchaus einen Gewinn für die kulturelle Vielfalt der Stadt. Sieben von zehn Befragten halten diesen Migrationseffekt für durchaus positiv. Zwei Drittel schätzen dementsprechend das weltstädtische Flair Wiens, das sich auch den von Zugezogenen geführten Restaurants und Geschäften sowie den vielfältigen ethnischen Kulturveranstaltungen verdankt.

Noch breiter ist der Konsens darüber, dass in Wien die unterschiedlichen Religionen und die sonstigen kulturellen Gepflogenheiten von Zugewanderten aus anderen Kulturkreisen grundsätzlich respektiert werden sollen, solange damit nicht gegen unsere Gesetze verstoßen wird (75 %). Zugleich haben aber 56 % der Befragten den Eindruck, dass sich ein nicht unerheblicher Teil der ZuwanderInnen nicht so recht anpassen will und durch ihre Umgangsformen oder Bekleidungspräferenzen (z.B. die Kopfbedeckung) negativ auffällt. Von den Befragten ohne Migrationshintergrund teilen diese Sicht 62 %; von jenen mit Migrationshintergrund sind es 44 %. Dessen ungeachtet hätten sieben von zehn Befragten persönlich kein Problem damit, wenn zugewanderte Personen in ihre Hausanlage ziehen bzw. zu ihren NachbarInnen werden würden. Dies trifft auch auf jene zu, die in einem Wiener Gemeindebau wohnen. Der Anteil derer, die lieber keine ZuwanderInnen als NachbarInnen hätten, beläuft sich auf knapp ein Viertel. Seitens der WienerInnen ohne Migrationshintergrund bestätigten 68 %, dass ihnen auch MigrantInnen als NachbarInnen durchaus recht wären. Seitens der ZuwanderInnen selbst sind es 75 %.

Mehrheitlich wird davon ausgegangen, dass der Großteil der hier aufgewachsenen Kinder von Zugewanderten die deutsche Sprache beherrscht

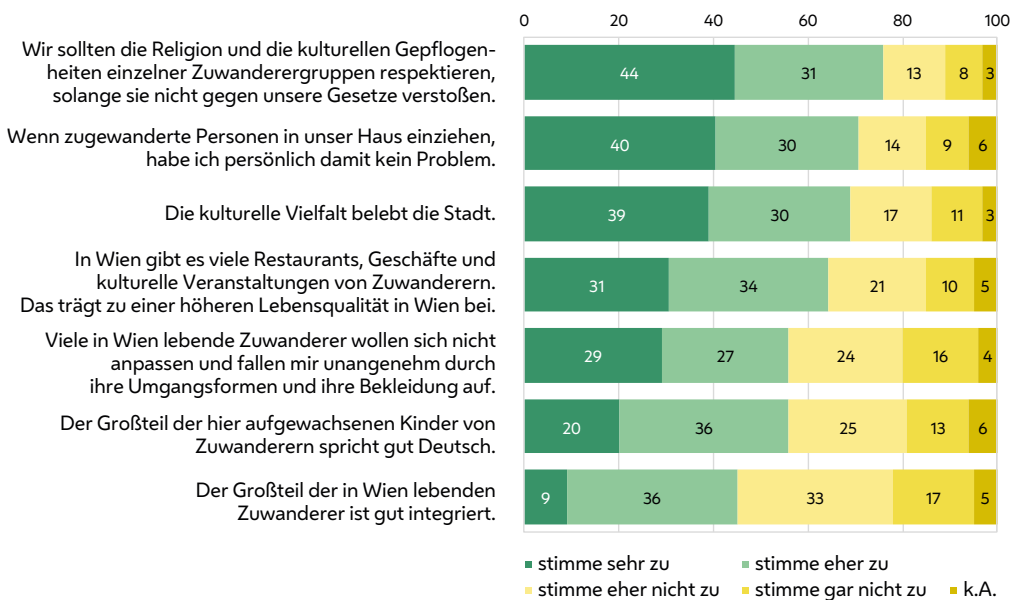
(56 %); knapp vier von zehn Befragten haben da ihre Zweifel. Auch hier unterscheidet sich die Wahrnehmung danach, ob man selbst einen Zuwanderungshintergrund hat oder nicht. Seitens der Ersteren sind davon sieben von zehn überzeugt, bei Letzteren trifft das auf nur knapp die Hälfte zu (48 %).

Darüber aber, ob der Großteil der hier lebenden ZuwanderInnen gut integriert ist, gehen die Meinungen sehr auseinander. 45 % der Befragten halten das für zutreffend; 50 % sind gegenteiliger Meinung. Selbst innerhalb der oberen Bildungsschicht (AkademikerInnen), die bei den meisten Migrationsfragen eine überdurchschnittlich wohlwollende, moderate Position vertritt, sehen vier von zehn Befragten da und dort Integrationsdefizite.

Seitens der WienerInnen ohne Zuwanderungsbiografie haben nur 40 % den Eindruck, dass der Großteil der hier lebenden MigrantInnen gut integriert ist. Aber auch bei den befragten Personen mit ausländischen Wurzeln besteht darüber kein klarer Konsens (Zustimmung: 57 %), wobei sich die diesbezüglichen Einschätzungen je nach Herkunftsland nicht sonderlich voneinander unterscheiden.

Abb. 15: Einstellungsmuster zu Zugewanderten

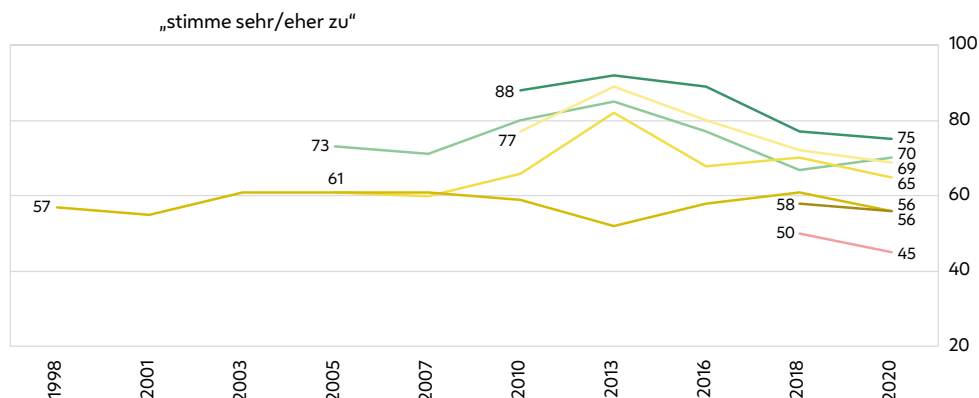
Frage: Ich lese Ihnen nun noch einige Meinungen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie dieser Meinung sehr zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. (in Prozent)



Innerhalb der letzten Jahre haben sich die Vorbehalte im Hinblick auf eine gelungene Integration von ZuwanderInnen zumindest tendenziell etwas erhöht. Wie aus der folgenden Zeitreihengrafik ersichtlich ist, bildet sich rezent bei einigen dieser Aussagen eine leichte Abschwächung der positiven Nennungsanteile ab. In Summe ist aber nach wie vor zu konstatieren, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung vor allem die kulturellen Einflüsse der Zuwanderung durchaus als Gewinn für die Stadt betrachtet.

Abb. 16: Einstellungsmuster zu Zugewanderten – Zeitverlauf

Frage: Ich lese Ihnen nun noch einige Meinungen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie dieser Meinung sehr zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. (in Prozent)



- Wir sollten die Religion und die kulturellen Gepflogenheiten einzelner Zuwanderergruppen respektieren, solange sie nicht gegen unsere Gesetze verstoßen.
- Wenn zugewanderte Personen in unser Haus einziehen, habe ich persönlich damit kein Problem.
- Die kulturelle Vielfalt belebt die Stadt.
- In Wien gibt es viele Restaurants, Geschäfte und kulturelle Veranstaltungen von Zuwanderern. Das trägt zu einer höheren Lebensqualität in Wien bei.
- Viele in Wien lebende Zuwanderer wollen sich nicht anpassen und fallen unangenehm durch ihre Umgangsformen und ihre Bekleidung (Kopfbedeckung etc.) auf.
- Der Großteil der hier aufgewachsenen Kinder von Zuwanderern spricht gut Deutsch.
- Der Großteil der in Wien lebenden Zuwanderer ist gut integriert.

2.8 INTEGRATIONS- UND DIVERSITÄTSMASSNAHMEN

Die Befragten sollten auch zu einer Reihe von Integrations- und Diversitätsmaßnahmen zur Situationsverbesserung und Integrationsunterstützung von nach Wien Zugewanderten angeben, ob bzw. inwieweit sie diese befürworten oder ablehnen.

Alle abgefragten Hilfestellungen und Maßnahmen werden mehrheitlich befürwortet, wobei es aber je nach Maßnahme wieder relativ große Unterschiede bei der Ausprägung der Zustimmung gibt.

Ein überaus breiter Konsens besteht unter den WienerInnen darüber, dass man allen nach Wien kommenden ZuwanderInnen aus dem Ausland unverzüglich Integrationsmaßnahmen anbieten soll, wie z.B. Deutschkurse. Dies halten 86 % der Befragten für sinnvoll.

Weitgehend einig ist man sich auch darüber, dass es mehr Unterstützung – etwa durch zusätzliches Lehr- und Betreuungspersonal – für jene Schulen in Wien geben sollte, die einen hohen Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund haben. Vermehrten Unterstützungen und Hilfen in den sogenannten ‚Brennpunktschulen‘ stimmen rund acht von zehn Befragten zu.

Knapp zwei Drittel der Befragten würden es befürworten, in den Schulen und Kindergärten die Mehrsprachigkeit zu fördern – also neben dem Deutschunterricht möglichst auch die Herkunftssprache zu vertiefen, um damit auch dieses Potenzial an späteren Sprachkompetenzen auszuschöpfen. Ebenfalls hoch ist die Zustimmungsquote im Hinblick auf die Anerkennungen von im Ausland erworbenen Ausbildungen (68 %).

63 % der Befragten sehen eine sinnvolle Integrationsunterstützung darin, Kultureinrichtungen, die das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund fördern, weiter auszubauen.

Sechs von zehn Befragten meinen, dass die hier geborenen Kinder von Zugewanderten Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft haben sollen. Seitens derer ohne Migrationshintergrund beläuft sich die Befürwortungsquote auf 56 %; bei jenen mit Zuwanderungsbiografie sind es 70 %. Auch hier gibt es gewisse Abweichungen je nach Herkunftsland. Von den Befragten mit türkischem oder ex-jugoslawischem Migrationshintergrund sind rund sechs von zehn für einen generellen Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft hier geborener Kinder; von den hier lebenden Deutschen und ZuwanderInnen aus anderen EU-Ländern befürworten dies sieben von zehn Personen.

Das Wiener Integrations- und Diversitätskonzept beinhaltet neben spezifischen Fördermaßnahmen von MigrantInnen zur Eingliederung in unsere Gesellschaft auch die Ambition, in der Stadtverwaltung eine adäquate personelle Einbindung und Vertretung der zugewanderten Menschen zu etablieren. Dieses Konzept wird nach wie vor von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen: Rund sechs von zehn WienerInnen halten es für eine gute Sache, MigrantInnen mit entsprechenden Kompetenzen auch in ihrer Muttersprache in der Wiener Stadtverwaltung und in den städtischen Informations- und Beratungseinrichtungen, die ja vielfach auch von zugewanderten Personen frequentiert werden, einzustellen.

Ebenso viele können sich ganz generell einen weiteren Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten – etwa in Form von Bürgerräten – für die WienerInnen vorstellen, ganz unabhängig davon, ob ein Migrationshintergrund vorliegt oder nicht.

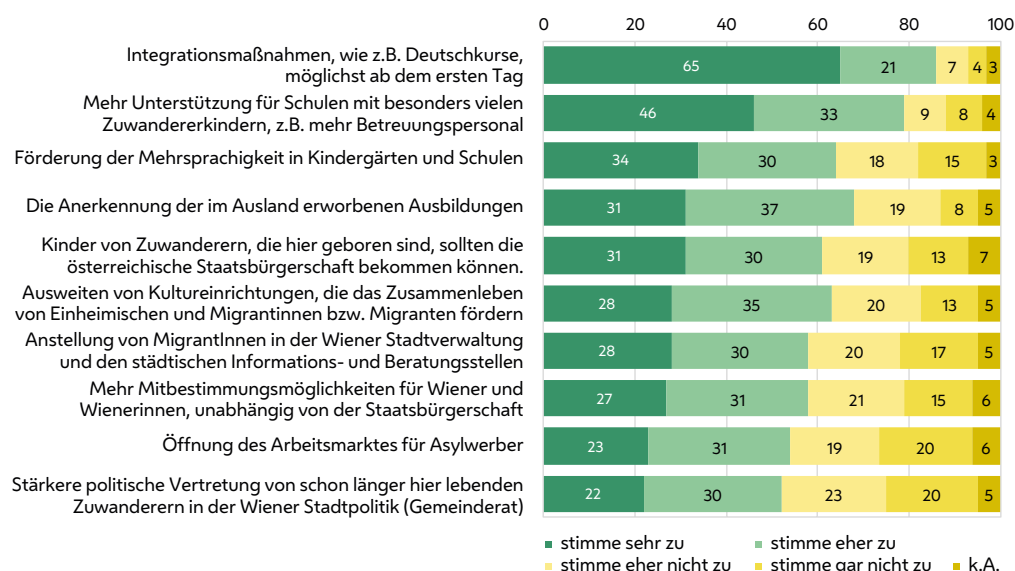
Nur knapp mehr als die Hälfte (54 %) der Bevölkerung ist dafür, den Arbeitsmarkt auch für Asylsuchende zu öffnen. Von den Befragten ohne Zuwanderungshintergrund hält das rund die Hälfte für sinnvoll, bei jenen mit Zuwanderungshintergrund sind es rund sechs von zehn Personen, wobei wiederum größere Akzeptanzabweichungen je nach Herkunftsland



aufscheinen. Von den ZuwanderInnen aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten halten das nur 47 % für akzeptabel, von jenen aus der Türkei 57 % und von den hier lebenden Deutschen 70 %. Auch dabei spielt wohl die potenzielle Betroffenheit einer solchen Öffnung eine wesentliche Rolle. Auf einem ähnlichen Level rangiert die Zustimmung (52 %) zu einer stärkeren politischen Vertretung von ZuwanderInnen in der Wiener Stadtpolitik bzw. im Gemeinderat. Jeweils rund vier von zehn Befragten sprachen sich dagegen aus. Während bei Personen mit ausländischen Wurzeln rund zwei Drittel eine stärkere Vertretung begrüßen würden, sind es seitens der WienerInnen ohne Migrationshintergrund nur 45 %.

Abb. 17: Einstellung zu Integrationsmaßnahmen

Frage: Ich lese Ihnen einige mögliche Maßnahmen vor, die zu einer Verbesserung der Lebenssituation bzw. besseren Einbindung von zugewanderten Menschen, die in Wien leben, beitragen könnten. Sagen Sie bitte zu jeder Maßnahme, ob Sie dieser sehr zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. (in Prozent)



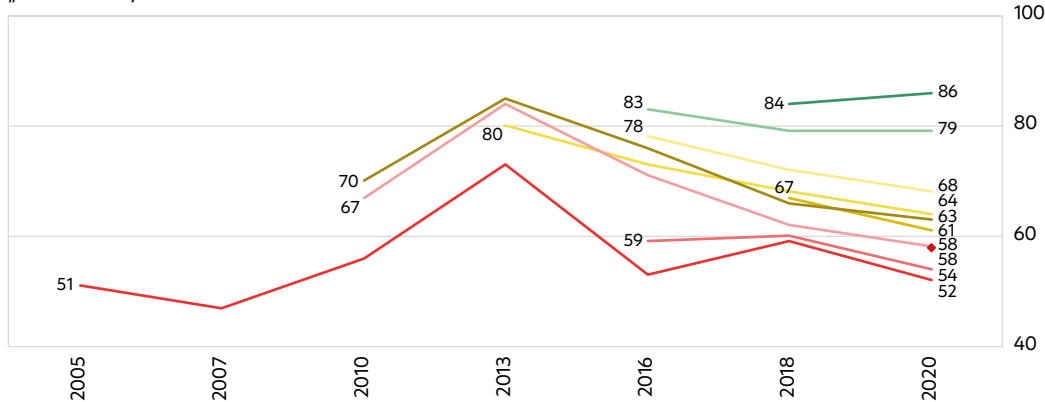
Von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit unverzüglicher Integrationsunterstützungen der neu Zugewanderten waren die meisten WienerInnen schon vor zwei Jahren überzeugt – hier hat sich die Zustimmung sogar noch leicht erhöht.

Gleichermaßen verbreitet wie damals ist die Befürwortung einer noch stärkeren Unterstützung von Schulen mit besonders vielen Kindern von ZuwanderInnen. Bei den meisten übrigen Maßnahmen hat sich die Befürwortung rezent etwas abgeschwächt. Dies betrifft vor allem die Öffnung des Arbeitsmarktes für AsylwerberInnen, das Recht auf eine österreichische Staatsbürgerschaft für die hier geborenen Kinder von ZuwanderInnen und eine Stärkung der politischen Vertretung von MigrantInnen im Wiener Gemeinderat.

Abb. 18: Einstellung zu Integrationsmaßnahmen im Zeitvergleich

Frage: Ich lese Ihnen einige mögliche Maßnahmen vor, die zu einer Verbesserung der Lebenssituation bzw. besseren Einbindung von zugewanderten Menschen, die in Wien leben, beitragen könnten. Sagen Sie bitte zu jeder Maßnahme, ob Sie dieser sehr zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. (in Prozent)

„stimme sehr/eher zu“



- Integrationsmaßnahmen, wie z.B. Deutschkurse, möglichst ab dem ersten Tag
- Mehr Unterstützung für Schulen mit besonders vielen Zuwandererkindern
- Die Anerkennung der im Ausland erworbenen Ausbildungen
- Förderung der Mehrsprachigkeit in Kindergärten und Schulen
- Kinder von Zuwanderern, die hier geboren sind, sollten die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen können
- Ausweiten von Kultureinrichtungen, die das Zusammenleben von Einheimischen und MigrantInnen fördern
- Anstellung von Migranten und Migrantinnen in der Wiener Stadtverwaltung und den städtischen Informations- und Beratungsstellen
- Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber
- Stärkere politische Vertretung von schon länger hier lebenden Zuwanderern in der Wiener Stadtpolitik (Gemeinderat)
- Mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Wiener und Wienerinnen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft

WODURCH WIRD INTEGRATION ERSCHWERT?

2.9

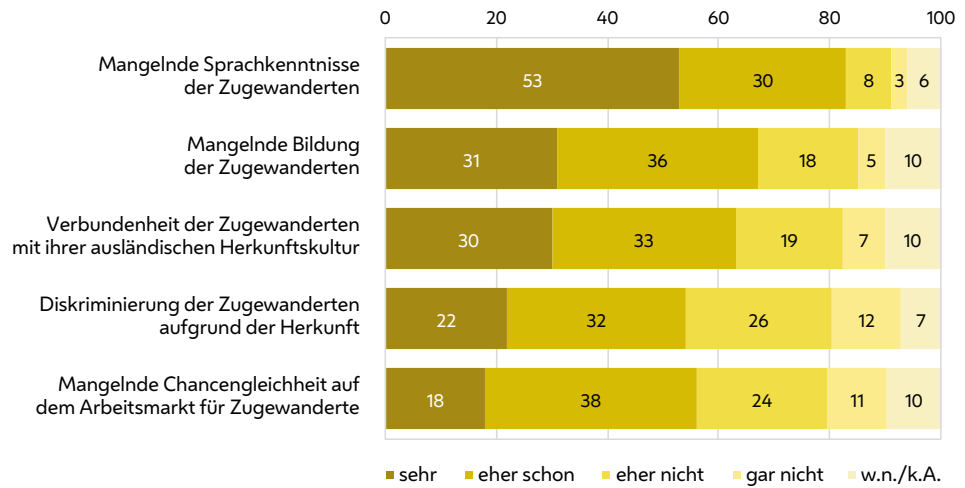
Die Befragten sollten anhand einiger vorgegebener Aspekte einschätzen, ob und inwieweit sich diese aus ihrer Sicht erschwerend auf die Integration von Zugewanderten auswirken.

Als größtes Integrationshindernis für ZuwanderInnen werden fehlende Sprachkompetenzen angesehen. 83 % der Befragten halten mangelnde Deutschkenntnisse jedenfalls für eine wesentliche Hürde. Zwei Drittel der Befragten erachten generell Schul- und Ausbildungsdefizite für integrationserschwerend. Knapp ebenso viele gehen davon aus, dass eine starke Verbundenheit mit der Kultur des Herkunftslandes die Integration eher schwierig macht (63 %).

Mehrheitlich meint man, dass auch die Diskriminierung von Zugezogenen aufgrund ihrer Herkunft sowie die fehlende Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt eine Integration erschwert (54 % bzw. 56 %).

Abb. 19: Ursachen für Integrationsprobleme

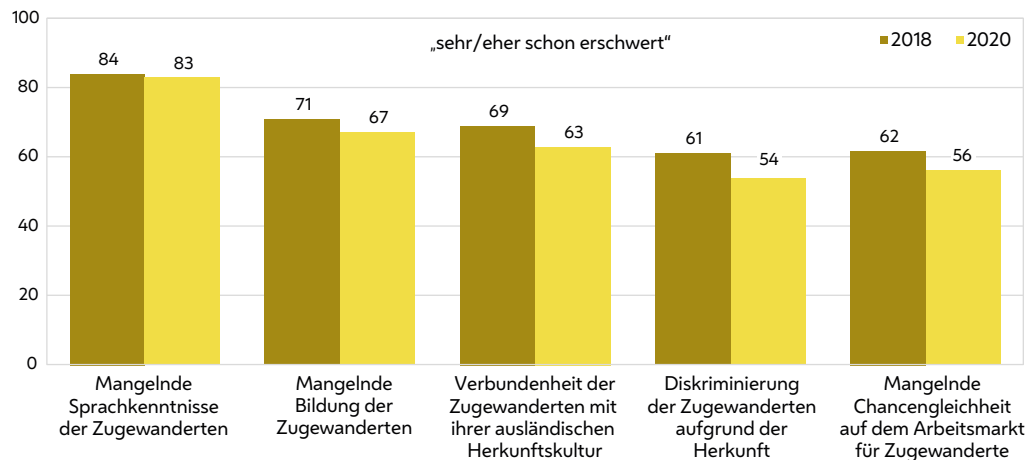
Frage: Wie sehr wird aus Ihrer Sicht die Integration von Zugewanderten in Wien durch folgende Umstände erschwert? Sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht? (in Prozent)



Auch die meisten MigrantInnen sind davon überzeugt, dass Sprachdefizite die Integration erschweren. Dasselbe gilt in Bezug auf eine mangelhafte Schulbildung bzw. berufliche Ausbildungen. Dass die Verbundenheit mit der Kultur des Herkunftslandes die Integration erschweren kann, meinen zu höheren Anteilen Personen ohne Zuwanderungsbiografie (67 % versus 56 %). Umgekehrt gehen sie zu geringeren Anteilen als ZuwanderInnen davon aus, dass auch Diskriminierungen von MigrantInnen aufgrund ihrer Herkunft kontraproduktiv für eine Integration sind (50 % versus 63 %). Innerhalb der letzten zwei Jahre sind die entsprechenden Nennungsanteile fast durchgängig relativ deutlich gesunken.

Abb. 20: Ursachen für Integrationsprobleme im Zeitverlauf

Frage: Wie sehr wird aus Ihrer Sicht die Integration von Zugewanderten in Wien durch folgende Umstände erschwert? Sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht? (in Prozent)



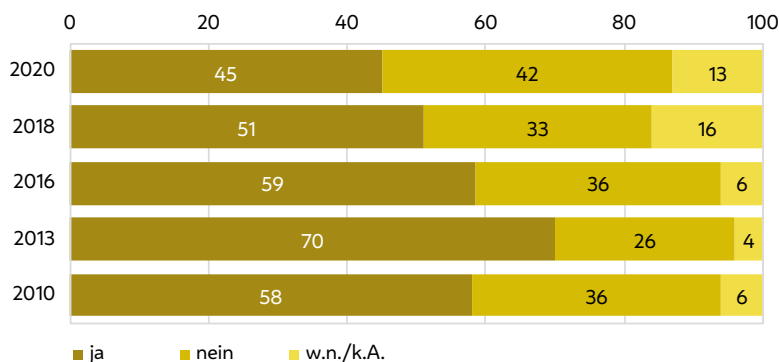
WIEN-WAHLRECHT FÜR ZUGEWANDERTE

2.10

Darüber, ob zugewanderte Personen, die schon fünf Jahre oder länger in Wien arbeiten und wohnen, das Wahlrecht für Gemeinderatswahlen bekommen sollen, gehen die Meinungen zunehmend auseinander. 45 % der Befragten sprechen sich dafür aus, knapp ebenso viele dagegen. Innerhalb der letzten acht Jahre bildet sich hier ein konstanter Rückgang ab.

Abb. 21: Wahlrecht von ZuwanderInnen bei Gemeinderatswahlen

Frage: Sollen zugewanderte Personen, die zumindest schon fünf Jahre in Wien arbeiten bzw. hier wohnhaft sind, bei Gemeinderatswahlen wahlberechtigt sein? (in Prozent)



Selbst unter den Befragten mit Zuwanderungshintergrund fällt die aktuelle Akzeptanzquote eher mäßig aus (56 %); daran hat sich in den letzten beiden Jahren nichts geändert. Rezent stark rückläufig ist hingegen die Befürwortung des Wahlrechts bei jenen, die keine Migrationsbiografie haben (38 %; -11 Prozentpunkte).

Bemerkenswert ist, dass sich auch innerhalb der großen traditionellen Zuwanderungsgruppen – wovon die meisten als österreichische StaatsbürgerInnen dieses Wahlrecht schon haben – die Zustimmung in Grenzen hält: Jeweils weniger als die Hälfte der Befragten aus der Türkei und aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten sprechen sich dafür aus (46 % bzw. 48 %). Anders die aus Deutschland Zugezogenen: Von ihnen stimmen dem sieben von zehn Personen zu.

ZUM ERWERB DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSBÜRGERSCHAFT

2.11

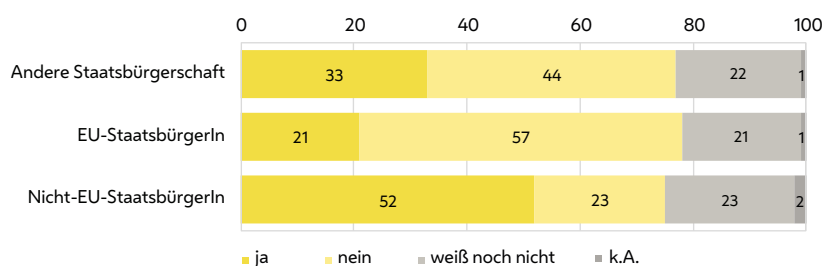
Rund sieben von zehn Befragten hatten von Geburt an die österreichische Staatsbürgerschaft; 15 % haben sie mittlerweile erworben, 13 % besitzen eine andere Staatsbürgerschaft. 80 dieser Personen haben die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes; 50 Personen sind StaatsbürgerInnen eines anderen Staates. Insgesamt strebt ein Drittel dieser Gesamtgruppe den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft an. 44 % verneinten diese Frage; die Restgruppe ist noch unklar.

Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den ZuwanderInnen aus der EU und jenen aus anderen Ländern. Seitens der EU-StaatsbürgerInnen hat von den Befragten nur ein Fünftel vor, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben; mehrheitlich schließt man das aus. Deutlich verbreiteter ist der Wunsch nach einer österreichischen Staatsbürgerschaft bei jenen, die aus einem anderen Land zugezogen sind. Rund die Hälfte von ihnen möchte die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben; nur knapp ein Viertel bekundet daran kein Interesse.



Abb. 22: Wunsch nach dem Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft

Frage: Möchten Sie die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben? (Basis: Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, n = 130) (in Prozent)



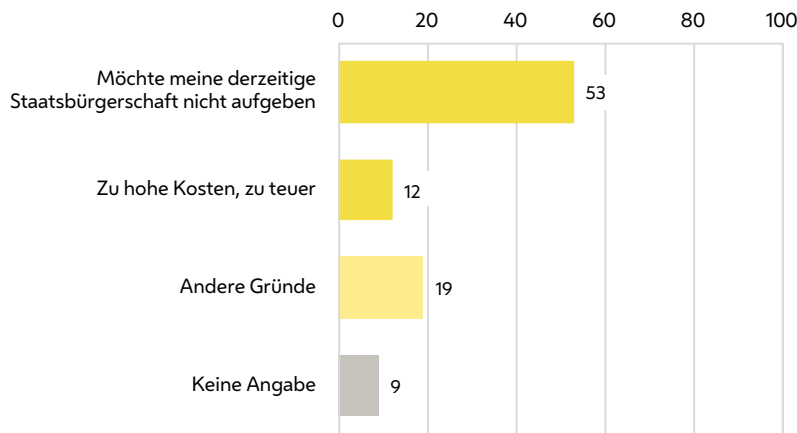
Für eine Auswertung nach einzelnen Herkunftsländern ist der jeweilige Personenkreis innerhalb der Stichprobe zu klein.

Diesmal wurden jene, die den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft ausschließen, nach den Gründen dafür befragt. Auch wenn hier die zugrundeliegende Fallzahl schon sehr gering ist, haben die Antworten zumindest Hinweischarakter. Rund die Hälfte dieser Personen möchte ihre derzeitige Staatsbürgerschaft nicht aufgeben.

Die dabei anfallenden Kosten sind demgegenüber nur für wenige ein Hindernis – auch sonstige Gründe (z.B. das sei kompliziert, umständlich, bürokratisch) wurden eher nur vereinzelt genannt. Seitens der StaatsbürgerInnen eines Nicht-EU-Landes gab bei dieser Frage rund ein Viertel an, die österreichische Staatsbürgerschaft aus Kostengründen nicht ins Auge zu fassen. Angesichts der kleinen Fallzahlen sind aber auch das nur erste Hinweise.

Abb. 23: Gründe gegen eine österreichische Staatsbürgerschaft

Frage: Warum möchten Sie die österreichische Staatsbürgerschaft nicht erwerben? (MF, Basis: Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, n = 57) (in Prozent)



EINSTELLUNG ZUR INTEGRATIONSPOLITIK

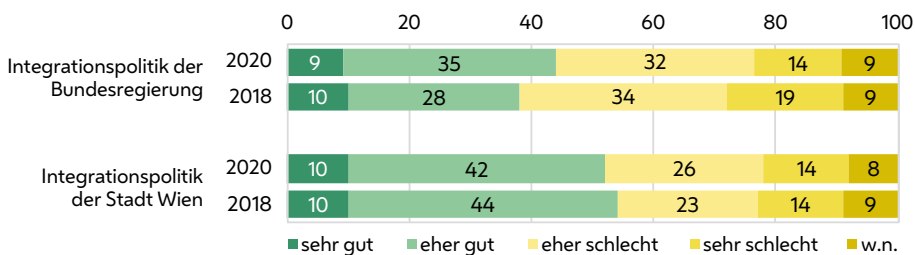
2.12

Die WienerInnen stehen in höherem Maße hinter der Integrationspolitik der Stadt Wien als hinter jener der Bundesregierung. 52 % der Befragten beurteilen den Integrationszugang seitens der Wiener Stadtregierung dezidiert positiv; im Hinblick auf die Integrationspolitik der Bundesregierung sind es 44 %.

Innerhalb der letzten beiden Jahre hat sich an der Befürwortung der Wiener Integrationspolitik so gut wie nichts geändert. Die diesbezüglichen Akzeptanzwerte der Bundesregierung fielen im Jahr 2018 noch deutlich schwächer aus. Dem liegt zugrunde, dass zum damaligen Zeitpunkt noch eine ÖVP-FPÖ-Koalition regierte, die eine überaus rigide Zuwanderungspolitik verfolgte.

Abb. 24: Zur Integrationspolitik von Bundesregierung und Stadt Wien

Frage: Wie beurteilen Sie ganz generell die Integrationspolitik der Bundesregierung? (in Prozent)



Die Integrationspolitik der Stadt Wien wird zu deutlich überdurchschnittlichen Anteilen von folgenden Bevölkerungssegmenten befürwortet (die sich zum Teil überschneiden):

- AkademikerInnen (67 %)
- Personen, die im Ausland geboren sind (69 %)
- Generell Personen mit Migrationshintergrund (65 %)

- Personen, die den derzeitigen Anteil an ZuwanderInnen für adäquat halten (70 %)
- Personen, die meinen, dass noch mehr ZuwanderInnen akzeptabel wären (75 %)
- SPÖ-Anhängerschaft (73 %)
- Grüne-Anhängerschaft (65 %)

Weniger abgewinnen konnten der Wiener Integrationspolitik folgende Gruppen (die sich z.T. ebenfalls überschneiden):

- PflichtschulabsolventInnen (39 %)
- LehrabsolventInnen (44 %)
- Arbeitslose (44 %)
- Personen mit pessimistischen persönlichen Zukunftserwartungen (38 %)
- Jene, die durch Flüchtlinge das Zusammenleben gefährdet sehen (26 %)
- WienerInnen ohne Migrationshintergrund (44 %)
- FPÖ-Anhängerschaft (17 %)

Innerhalb der ÖVP-Anhängerschaft besteht über die Wiener Integrationspolitik wenig Konsens: Jeweils rund die Hälfte beurteilt sie positiv oder negativ (48 % versus 49 %).

Hinsichtlich der Integrationspolitik der Bundesregierung gehen die Meinungen viel weniger stark auseinander – dies zweifellos auch deshalb, weil sich angesichts der beiden in dieser Frage höchst unterschiedlich positionierten Koalitionsparteien noch keine klare Haltung herauskristallisiert hat, die man befürworten oder ablehnen könnte.

Dementsprechend weichen selbst die Beurteilungen zwischen jenen, die für oder gegen eine restriktive Haltung bei der Zuwanderungs- und Integrationsthematik sind, nicht sehr voneinander ab. Von jenen etwa, die große Ängste vor weiteren Flüchtlingsaufnahmen haben, befürworten weniger als die Hälfte (47 %) die Integrationspolitik der Regierung; unter der Gegengruppe, die so gut wie keine diesbezüglichen Ängste signalisiert, sind es 35 % (das entsprechende Pro/Kontra in Bezug auf die Wiener Integrationspolitik lautet hingegen: 26 % versus 67 %).

Seiten der Befragten mit Zuwanderungshintergrund goutieren 48 % die Position der Regierung, bei den ‚Einheimischen‘ sind es 42 %. Abgesehen von der ÖVP-Anhängerschaft (Zustimmung: 75 %) bildet sich bei keiner der ausgewerteten Bevölkerungsgruppen eine besonders hohe Zustimmung zur Integrationspolitik der Bundesregierung ab.

Unter der Gefolgschaft der Grünen überwiegen klar die Vorbehalte (Zustimmung: 30 %).

Das Fazit dazu könnte lauten, dass die Integrationspolitik der Stadt Wien sehr klare Konturen hat und damit auch je nach Interessenlage und Besorgnis der Menschen befürwortet oder abgelehnt wird. Die Integrationsposition der Bundesregierung ist demgegenüber bislang eher diffus und evoziert damit auf der einen Seite keine große Zustimmung, auf der anderen aber auch keine größere Gegnerschaft.

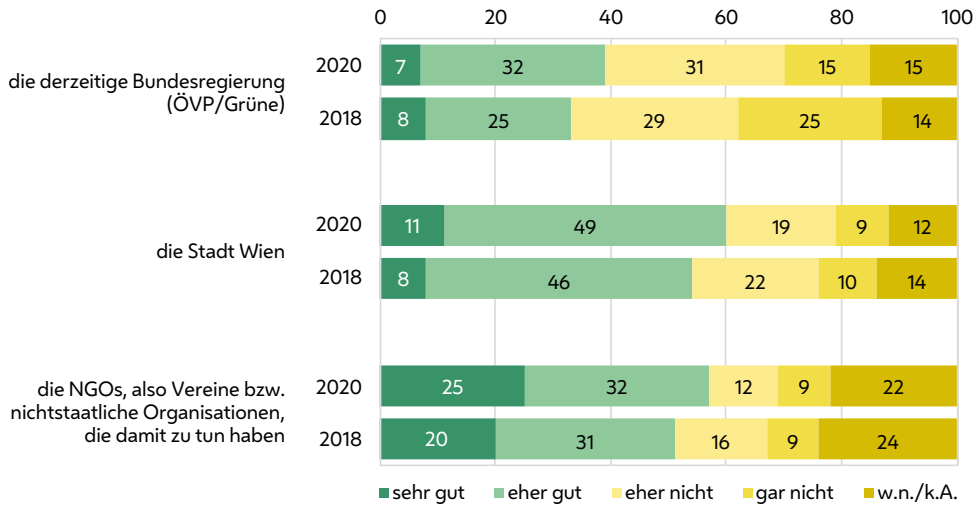
In diesem Kontext wurde auch wieder nach dem Eindruck gefragt, den man von den Bemühungen in Richtung einer Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Wien seitens der Bundesregierung, der Stadt Wien und der damit befassten NGOs hat.

Die vergleichsweise höchste Zustimmung entfällt auf die Integrations-

bemühungen der Stadt Wien (60 %). Annähernd ebenso viele goutieren auch die Flüchtlingsarbeit der NGOs (57 %). Der positive Eindruck, den die WienerInnen von den Integrationsbemühungen der Bundesregierung haben, hält sich demgegenüber eher in Grenzen (39 %). Innerhalb der letzten zwei Jahre haben sich die Zustimmungswerte aber bei allen drei erhobenen Instanzen um 6 Prozentpunkte erhöht.

Abb. 25: Bemühungen zur Flüchtlingsintegration

Frage: Wie sehr bemüht sich Ihrem Eindruck nach ... die derzeitige Bundesregierung (ÖVP/Grüne), ..., Flüchtlinge und Asylsuchende in Wien gut zu integrieren? (in Prozent)



Die Beurteilung der Integrationspolitik weicht zwischen Personen mit und jenen ohne Zuwanderungshintergrund insofern voneinander ab, als jene mit Zuwanderungsbiografie bemerkenswerterweise alle drei Instanzen im Hinblick auf deren Integrationsbemühungen bei Flüchtlingen und Asylsuchenden besser beurteilen, als dies seitens der Befragten ohne Zuwanderungsbiografie der Fall ist. Die entsprechenden Zustimmungswerte lauten: Bundesregierung: 44 % versus 36 %, Stadt Wien: 68 % versus 55 %, NGOs: 61 % versus 55 %.

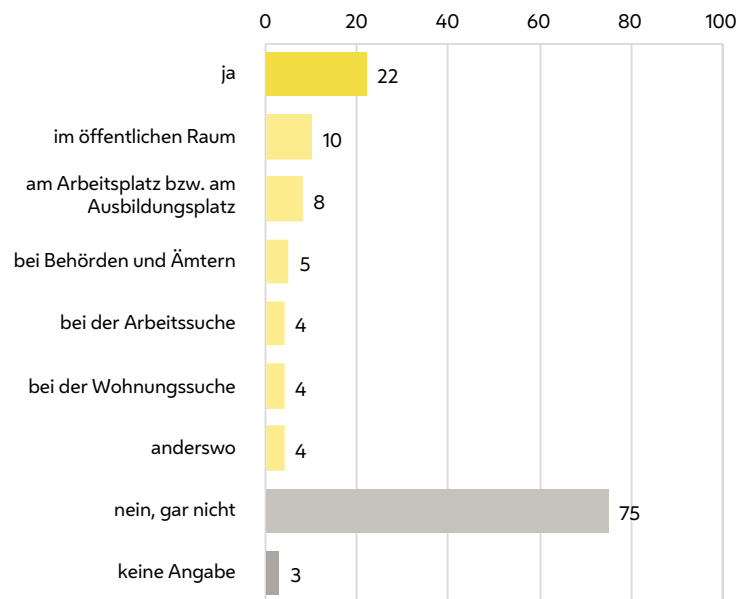
DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DER ETHNISCHEN HERKUNFT

2.13

Personen mit Migrationshintergrund (in dem Fall auch jene mit nur einem zugewanderten Elternteil, um die Ergebniszeitreihen fortführen zu können) wurden wieder gefragt, ob sie innerhalb der letzten zwölf Monate in Wien wegen ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert worden sind. Dies bestätigten 22 %, wobei die Anlässe bzw. die Örtlichkeiten der empfundenen Benachteiligung relativ breit streuen. Die vergleichsweise höchsten Nennungsquoten entfallen auf den Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz sowie auf den öffentlichen Raum, wobei es sich vermutlich vor allem um Diskriminierungserlebnisse in Form von Beschimpfungen bzw. empfundene Herabsetzungen handelt.

Abb. 26: Diskriminierung infolge ethnischer Herkunft

Frage: Sind Sie in den letzten zwölf Monaten wegen Ihrer ethnischen Herkunft (Nationalität) in Wien diskriminiert worden? (Basis: Personen, die entweder selbst oder bei welchen zumindest ein Elternteil aus dem Ausland zugezogen sind/ist, n = 441) (in Prozent)

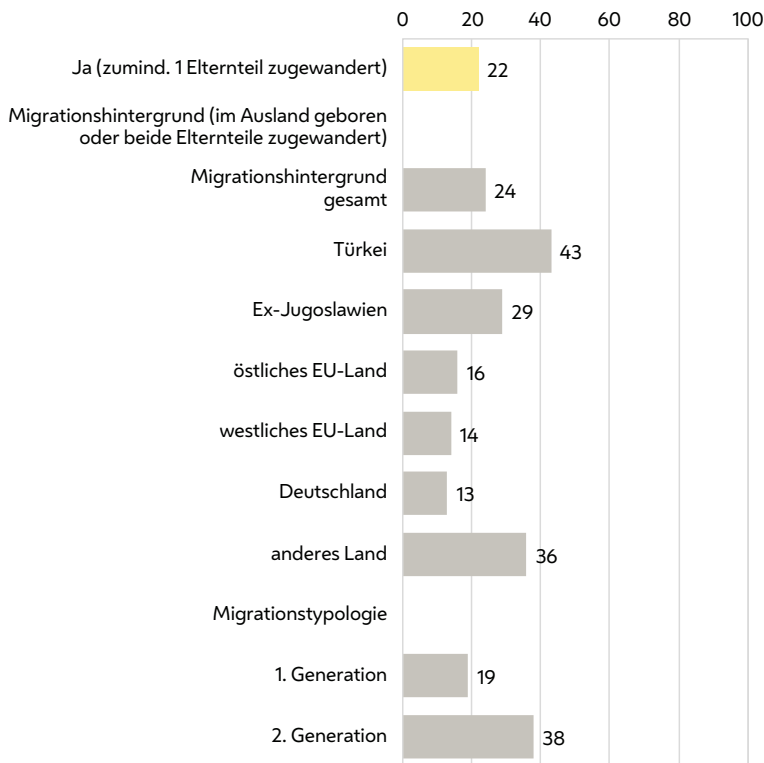


Differenziert nach der Herkunftsdestination ist so wie in den Jahren zuvor von den größeren Zuwanderergruppen die Wohnbevölkerung türkischer Herkunft mit Abstand am stärksten von Diskriminierung betroffen. 43 % von ihnen machten solche Erfahrungen in den letzten zwölf Monaten, vielfach im öffentlichen Raum. An zweiter Stelle folgen Befragte, die aus Ländern außerhalb der EU nach Wien gezogen sind (betroffen: 34 %), an dritter Stelle Zugezogene aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten (29 %).



Abb. 27: Diskriminierungserfahrungen nach Zuwanderergruppen

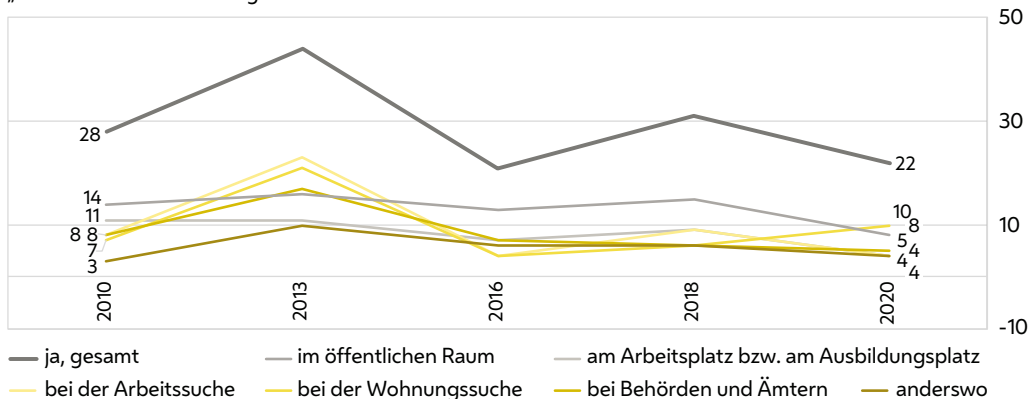
Frage: Sind Sie in den letzten zwölf Monaten wegen Ihrer ethnischen Herkunft (Nationalität) in Wien diskriminiert worden? (Basis: Personen, die entweder selbst oder bei welchen zumindest ein Elternteil aus dem Ausland zugezogen sind/ist, n = 441) (in Prozent)



Zwischen Frauen und Männern fallen die Diskriminierungswahrnehmungen gering aus. Viel relevanter ist hier das Alter: Seitens der unter 40-Jährigen bestätigten vier von zehn Personen einschlägige Erlebnisse; bei den 40- bis 49-Jährigen sind es nur halb so viele, und bei den ab 50-Jährigen liegt der Anteil unter der 10-Prozentmarke. Gegenüber dem Jahr 2018 haben sich die Diskriminierungserfahrungen bzw. die Wahrnehmungen der einen oder anderen Benachteiligung um ein Drittel verringert, nachdem in den Jahren zuvor ein Anstieg zu verzeichnen war. Dieser Rückgang bildet sich bei so gut wie allen Örtlichkeiten bzw. Anlässen ab. Am vergleichsweise höchsten waren die angegebenen Diskriminierungsquoten im Jahr 2013.

Abb. 28: Diskriminierung in den letzten zwölf Monaten

„in letzten 12 Monaten wegen Herkunft diskriminiert worden“



2.14 ZUFRIEDENHEIT MIT DER LEBENSITUATION IN WIEN

Zum Erhebungszeitpunkt hat sich die Zufriedenheit der Wiener Bevölkerung gegenüber dem Jahr 2018 im Hinblick auf die wichtigsten Lebensbereiche so gut wie nicht verändert. Dies dürfte sich inzwischen in deutlichem Ausmaß in eine negative Richtung hin verändert haben, zumindest was die berufliche Situation und die Einkommenslage derer betrifft, die vom mehrwöchigen wirtschaftlichen Lockdown infolge der Corona-Pandemie ihre Arbeit bzw. Einkommensquelle verloren haben oder zumindest durch die Kurzarbeitsregelung Einkommensverluste hinnehmen müssen. Dies hat sich während der Interviewperiode nicht mehr in den Ergebnissen niedergeschlagen, da zu diesem Zeitpunkt die Befragung schon weitgehend abgeschlossen war.

Drei Viertel der Befragten sagten, dass sie mit ihrer Lebenssituation insgesamt gesehen weitgehend zufrieden sind. Der Großteil der Restgruppe vergab die mittlere Note 3. Die Durchschnittsnote anhand der 5-stufigen Skala beläuft sich auf 1,9.

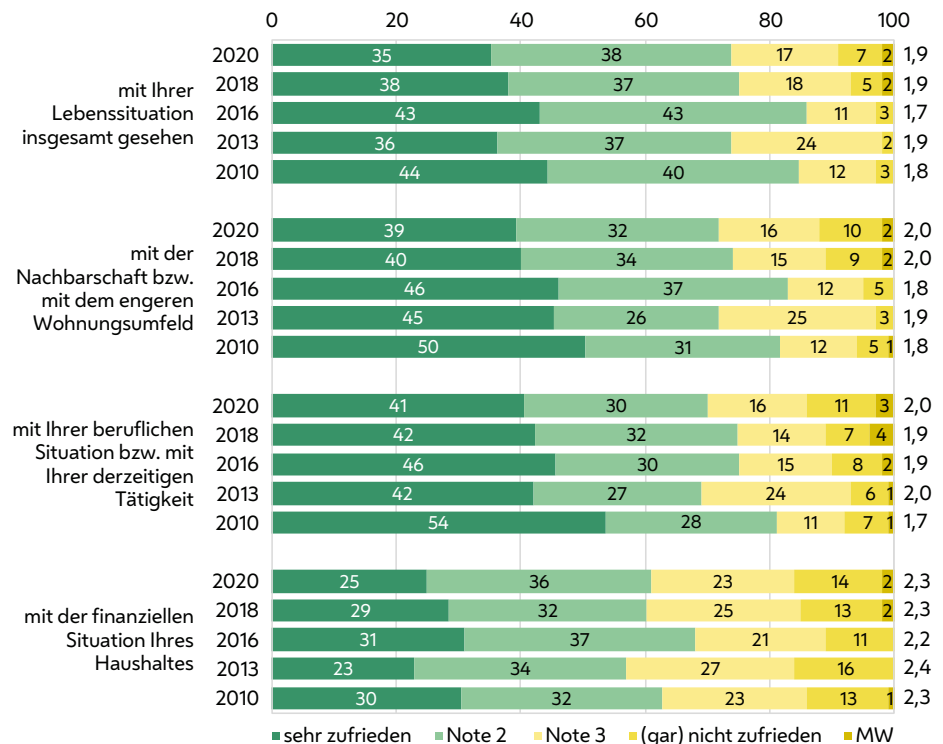
Jeweils rund sieben von zehn Befragten bestätigten eine ebensolche Zufriedenheit auch im Hinblick auf ihre berufliche Situation bzw. auf ihre Haupttätigkeit sowie auf die Nachbarschaft. Die Durchschnittsnoten liegen hier bei 2,0.

Demgegenüber schon deutlich geringer ist die Zufriedenheit mit der finanziellen Haushaltssituation. Rund sechs von zehn WienerInnen sind damit weitgehend zufrieden; bei einem Viertel fällt die Zufriedenheit eher nur mittelmäßig aus; 14 % sind dezidiert unzufrieden (Durchschnittsnote: 2,3).

Die folgende Grafik weist die diesbezüglichen Zufriedenheitswerte der letzten zehn Jahre aus:

Abb. 29: Zufriedenheit mit der Lebenssituation

Frage: Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Lebensbereichen? Geben Sie bitte eine Note: 1 = „sehr zufrieden“, bis 5 = „gar nicht zufrieden“. (in Prozent)



Auch aktuell zeigt sich, dass sich die Zufriedenheit mit den wichtigsten Lebensbereichen nicht allzu sehr zwischen Personen mit und solchen ohne Zuwanderungshintergrund unterscheidet. Eine Ausnahme bildet allerdings die Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Haushaltssituation: Diese ist – so wie auch in den vorangegangenen Jahren – vor allem bei den hier lebenden Menschen türkischer Herkunft deutlich geringer (Durchschnittsnote: 2,6) als bei der übrigen Bevölkerung.

Bei allen anderen Fragen der Lebenszufriedenheit unterscheidet sich aber auch diese Bevölkerungsgruppe kaum von den übrigen WienerInnen – dies gilt auch für die berufliche Situation. Generell manifestieren sich je nach Herkunftsland nur geringe Abweichungen in Bezug auf die Lebenszufriedenheit in Wien.

Die folgende Tabelle weist die entsprechenden Mittelwerte differenziert nach der Herkunft der Befragten aus:

Tab. 3: Zufriedenheit nach Herkunftsländern

<i>Frage: Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Lebensbereichen? (Mittelwerte)</i>				
	Lebenssituation insgesamt	Berufliche Situation	Nachbarschaft	Finanzielle Situation
Gesamt	2,0	2,0	2,0	2,3
Herkunft				
Migrationshintergrund gesamt	1,9	1,9	1,9	2,2
Ex-Jugoslawien	2,1	2,0	2,0	2,2
Türkei	2,1	1,9	2,0	2,6
Deutschland	1,8	2,0	1,7	2,1
westliches EU-Land	1,9	1,8	1,8	2,1
östliches EU-Land	1,8	1,7	1,7	2,1
anderes Land	1,8	2,0	2,1	2,4
Ohne Migrationshintergrund	2,1	2,1	2,1	2,4
Migrationstypologie				
1. Generation	1,8	1,9	1,8	2,2
2. Generation	2,1	1,9	2,1	2,4

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

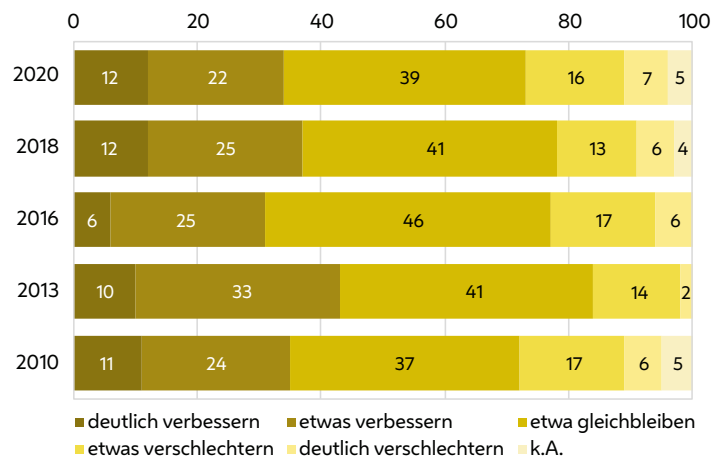
2.15

Auch bei dieser Frage ist darauf hinzuweisen, dass die nachstehenden Befragungsergebnisse infolge der Corona-Krise nur noch wenig Gültigkeit haben dürften.

Rund ein Drittel der Befragten war zum Erhebungszeitpunkt zuversichtlich, dass sich ihre Lebenssituation innerhalb der kommenden zehn Jahre verbessern wird. Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Jahr 2018 zwar etwas verringert, liegt damit aber immer noch in etwa im Schnitt der letzten Jahre. Knapp ein Viertel befürchtete umgekehrt eine Verschlechterung der Lage. Vier von zehn Personen gingen davon aus, dass sich in diesem Zeithorizont bei ihnen nicht allzu viel verändern wird.

Abb. 30: Persönliche Zukunftserwartungen im Zeitverlauf

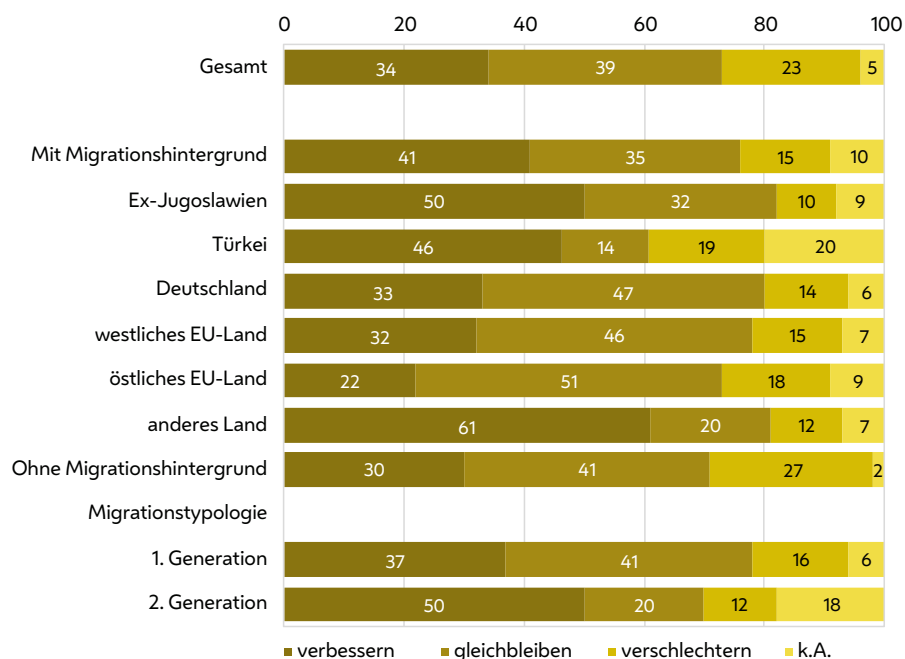
Frage: Wenn Sie an die kommenden zehn Jahre denken, womit rechnen Sie da – wird sich in diesem Zeitraum Ihre Lebenssituation insgesamt gesehen ...? (in Prozent)



Mit Zuversicht blicken der Zukunft erwartungsgemäß vor allem die Jüngeren entgegen. Bei den unter 30-Jährigen beläuft sich der entsprechende Anteil auf 63 %; bei den 30- bis 39-Jährigen auf 55 % und bei den 40- bis 49-Jährigen auf 30 %. Ab diesem Alter nimmt der Zukunftsoptimismus stark ab – mehrheitlich erwarten sich die höheren Altersgruppen keine gravierenden Veränderungen ihrer Lage. Personen mit Migrationshintergrund beurteilen ihre Zukunftsperspektiven merklich besser als jene ohne ausländische Wurzeln (erwartete Verbesserung: 41 % versus 30 %). Die folgende Tabelle weist die Erwartungshaltung zum Zeitpunkt der Befragung je nach Zuwanderungshintergrund aus:

Abb. 31: Persönliche Zukunftserwartungen nach Herkunftsländern

Frage: Wenn Sie an die kommenden zehn Jahre denken, womit rechnen Sie da – wird sich in diesem Zeitraum Ihre Lebenssituation insgesamt gesehen ...? (in Prozent)



MEDIENNUTZUNG ZUR FRAGE DER ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

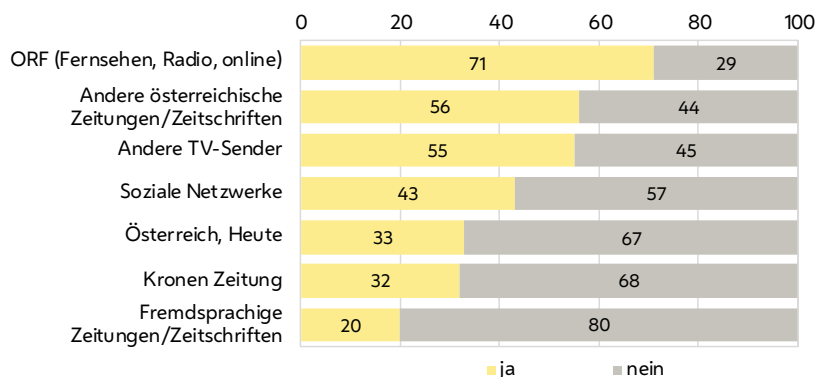
2.16

Die von der Nutzungsquote her gesehen wichtigsten Informationsmedien zum Thema Zuwanderung und Integration sind die Funkmedien (allen voran der ORF) und die österreichischen Tageszeitungen bzw. Zeitschriften, die nicht den Boulevardmedien zugerechnet werden. Ein Drittel der Bevölkerung bezieht dazu meinungsbildende Informationen durch die Lektüre der Kronen Zeitung; ebenso viele führen sich die beiden in der Stadt auf- und herumliegenden Gratisblätter zu Gemüte, um auch bei dieser Thematik auf dem Laufenden zu sein.

Noch höher ist der Anteil derer, die sich ihre Einstellung in diesen Fragen auch mittels Nutzung der unterschiedlichen sozialen Netzwerke (z.B. Facebook, Twitter, Blogs) aneignen oder festigen (43 %). Ein Fünftel der Befragten gab an, dazu auch fremdsprachige Printmedien (etwa aus ihrem Herkunftsland) zu Rate zu ziehen. Bei jenen mit Migrationshintergrund bestätigte dies ein Drittel.

Abb. 32: Mediennutzung zum Thema Zuwanderung

Frage: Nutzen Sie regelmäßig die folgenden Medien, um sich über das Thema Zuwanderung und Integration eine Meinung zu bilden? (in Prozent)



Der ORF ist bei so gut wie allen Bevölkerungsgruppen die meistverbreitete Informationsquelle zu diesen Themen. Dies trifft auch auf alle deutsch-sprechenden Zuwanderergruppen mit Ausnahme jener aus der Türkei zu – bei diesen ist die Nutzungsquote nur etwa halb so hoch. Zu überdurchschnittlichen Anteilen blättern sie aber in den Gratiszeitungen; dasselbe gilt für die aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten Zugezogenen. Dies mag auch daran liegen, dass sie zu höheren Anteilen in Wien die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen.

Ebenfalls deutlich über dem Schnitt ist bei diesen beiden Herkunftgruppen die Nutzung sozialer Netzwerke, um sich eine Meinung zu bilden.

Deren Anteil beläuft sich bei Personen mit ex-jugoslawischen Wurzeln auf 65 %, bei jenen mit türkischer Herkunft auf 55 %. Seitens der ‚einheimischen‘ Bevölkerung beläuft sich die entsprechende Quote auf 40 %.

Die Lektüre von Printmedien in ihrer Muttersprache bzw. aus ihrem Herkunftsland ist bei allen Zuwanderergruppen annähernd gleich verbreitet.

UMGANGSSPRACHEN IM ALLTAG

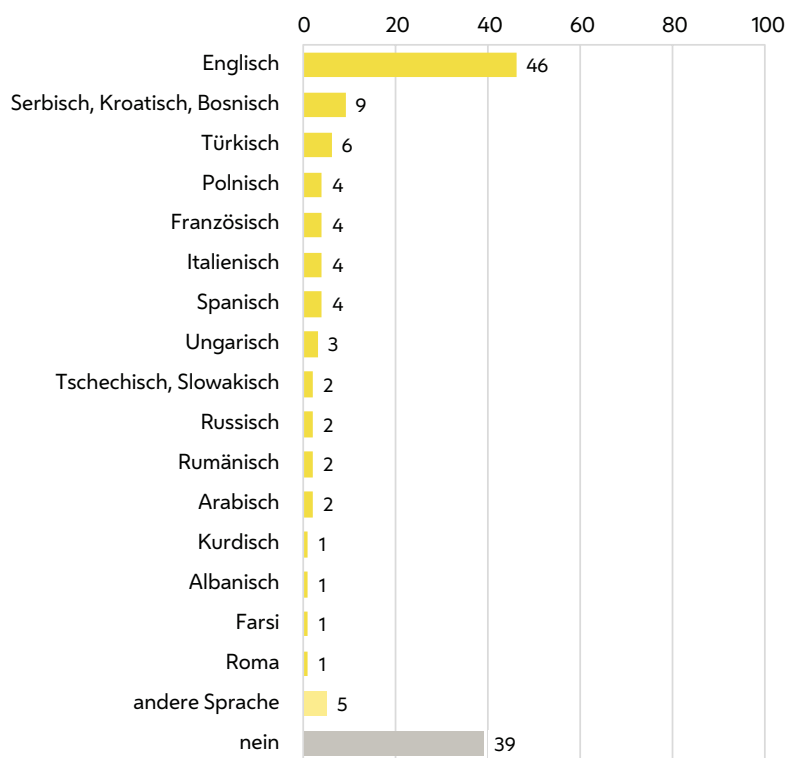
2.17

Englisch ist die mit Abstand am häufigsten im Alltag oder Beruf verwendete Fremdsprache. Dass fast die Hälfte der Befragten angab, regelmäßig in dieser Sprache zu kommunizieren, resultiert vermutlich daraus, dass damit vielfach auch die Auseinandersetzung mit englischen Texten und Anweisungen im Internet bzw. bei Computerspielen subsumiert wird. Bei allen

übrigen Sprachen bildet sich eine breite Streuung ab. Von den Befragten mit türkischen Wurzeln bestätigten drei Viertel, regelmäßig auch in ihrer Herkunftssprache zu kommunizieren. Seitens der aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten Zugezogenen verwenden acht von zehn auch ihre jeweilige Herkunftssprache.

Abb. 33: Umgangssprachen im Alltag

Frage: Verwenden Sie im Alltag – also im Familien- oder Freundeskreis oder bei der Arbeit – regelmäßig auch andere Umgangssprachen als Deutsch? Falls ja, welche?

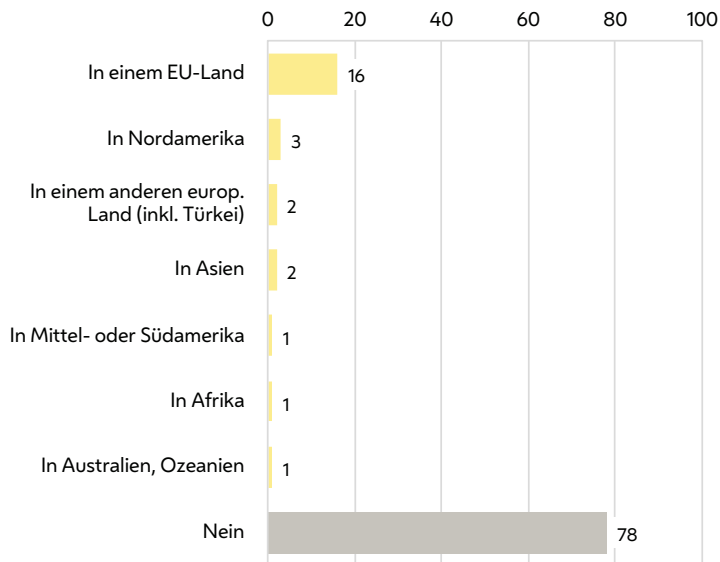


2.18 AUSLANDSERFAHRUNGEN

Erstmals wurde im Rahmen dieses Monitorings bei Personen, die in Österreich geboren sind, erhoben, ob man im Erwachsenenalter schon einmal zumindest ein halbes Jahr lang in einem anderen Land gelebt hat. Dies bestätigten 22 %, wobei wiederum der Großteil diese Zeit in einem EU-Land oder in einem anderen westeuropäischen Land verbracht hat (16 %). Dabei gibt es kaum Unterschiede nach Geschlecht und Alter. Relevant ist allerdings der Bildungshintergrund: Mit Abstand am verbreitetsten waren mit 38 % die Auslandsaufenthalte bei jenen, die inzwischen einen akademischen Abschluss haben.

Abb. 34: Auslandserfahrung von in Österreich Geborenen

Frage: Haben Sie im Erwachsenenalter zumindest ein halbes Jahr im Ausland gelebt? Falls ja, wo? (MF, Basis: in Österreich geboren, n = 752)

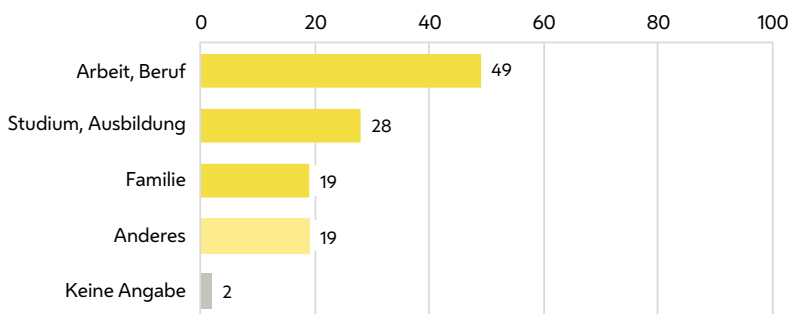


Bei 49 % der längeren Auslandsaufenthalte gab es dafür berufliche Gründe; 28 % sagten, dass sie einen Teil der Ausbildung (z.B. Auslandssemester) in einem anderen Land absolviert haben. Jeweils 19 % nannten Familien- oder sonstige Gründe (hier gab es Mehrfachantworten).

Abb. 35: Zweck des Auslandsaufenthaltes

Frage: Und was war der Zweck Ihres Aufenthaltes? (MF, Basis: zumindest ein halbes Jahr im Ausland gelebt, n = 169)

Längere Auslandsaufenthalte haben einen zumindest tendenziell positiven



Effekt auf die Akzeptanz fremder Kulturmuster und damit auf die Einstellung zur Zuwanderung bzw. auf die Einschätzung des Zusammenlebens. Dies zeigt sich auch innerhalb derselben Bildungsgruppen (ohne Matura, ab Matura). Noch stärker wirkt hier aber der Bildungsfaktor an und für sich, unabhängig von den Auslandserfahrungen der Personen. Als sehr großes Problem wird beispielsweise das Zusammenleben von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Wien von 29 % jener Personen ohne Matura erachtet, die eine längere Zeit im Ausland gelebt haben. Bei jenen ohne diese Erfahrungen sind es 39 %. Bei Personen mit einem Bildungsabschluss ab Matura sowie Auslandsaufenthalt sehen 16 % eine große Problemlage; bei jenen ohne Auslandsaufenthalt sind es 19 %.

Anhang

Teil I

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Anteil der Wiener Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft, mit einem ausländischen Geburtsort, mit ausländischer Herkunft oder mit Migrationshintergrund 2002 bis 2020 (in %)	4
Abb. 2: Entwicklung der Bevölkerungszusammensetzung Wiens nach Staatsbürgerschaft 2002 bis 2020 (in absoluten Zahlen)	18
Abb. 3: Zuzüge nach Wien aus dem Inland und Ausland nach Staatsbürgerschaft sowie rechtlicher Grundlage (in absoluten Zahlen)	19

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Demografische Basisdaten zu Migration in den europäischen Vergleichsländern und deren Hauptstädten 2014–2018	22
Tab. 2: Allgemeine Einstellungen zur Lebensqualität der eigenen Stadt für Leute im Allgemeinen, ethnische Minderheiten und Zugewanderte. Ergebnisse in Vergleichshauptstädten 2019 (in %, in Rangfolge)	23
Tab. 3: Allgemeine Einstellung von Personen ohne Migrationshintergrund zu Zuwanderung. Ergebnisse in Vergleichsländern und -hauptstädten 2002–2018 (Mittelwerte, Rangfolge in Klammern)	24

Quellenverzeichnis

- Aichholzer, Julian.** 2019. Diversität und Solidarität: Der Umgang mit sozialer Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in Österreich. In Quo vadis, Österreich? Wertewandel zwischen 1990 und 2018, herausgegeben von Julian Aichholzer, Christian Friesl, Sanja Hajdinjak und Sylvia Kritzingler, 174–205. Wien: Czernin.
- AMS.** 2020. Geflüchtete am Arbeitsmarkt in Österreich: Ergebnisse Arbeitsmarkterfolg. Letztverfügbare Daten August 2020 (auf Anfrage erhalten).
- Arbeiterkammer. Indexierung der Familienbeihilfe.** Zugriff am 16.10.2020. https://www.arbeiterkammer.at/beratung/berufundfamilie/BeihilfenundFoerderung/Indexierung_der_Familienbeihilfe.html.
- Asylkoordination Österreich (a).** Grundversorgung. Zugriff am 28.10.2020. <https://www.asyl.at/de/themen/grundversorgung/>.
- Asylkoordination Österreich (b).** Arbeitsmarktzugang. Zugriff am 28.10.2020. <https://www.asyl.at/de/themen/arbeitsmarkt/>.
- Bacher, Johann.** 2020. Ablehnende Haltung der Österreicher*innen zu Flucht und Asyl. Blogbeitrag im Corona-Blog des Austrian Corona Panel Projects der Universität Wien. Zugriff am 24.09.2020.

<https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog62/>.

Bartram, David, Maritsa V. Poros und Pierre Monforte. 2014. Key Concepts in Migration. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage.

BM.I. Grundversorgung. Zugriff am 28.10.2020. <https://www.bmi.gv.at/303/start.aspx>.

BM.I. 2019. Asylstatistik 2019. Bundesministerium für Inneres BM.I; Abteilung V/8. Zugriff am 19.10.2020. https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asyl-Jahresstatistik_2019.pdf.

Bundesamt für Statistik (BFS). Ständige Wohnbevölkerung in Privathaushalten nach Kanton und Haushaltsgrösse, am 31. Dezember 2019. Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, am Ende des Jahres. Zugriff am 02.11.2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/14407048/master> <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/13707208/master>.

CBS – Statistics Netherlands. Population; sex, age and nationality, 1 January. Zugriff am 03.11.2020. <https://opendata.cbs.nl/#/CBS/en/dataset/03743eng/table?ts=1604392873599>.

Ennser-Jedenastik, Laurenz und Christina Gahn. 2018. Die Zukunft der europäischen Integration ist untrennbar mit dem Thema Zuwanderung verknüpft. ÖGfE Policy Brief 18'2018. Wien: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

Esser, Hartmut. 2001. Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 40.

European Commission (a). Perception Survey on the Quality of Life in European Cities 2019. Technical Report. Zugriff am 03.11.2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/work/qol2020/technical_report.pdf.

European Commission (b). Perception Survey on the Quality of Life in European Cities 2019. Evaluation Report. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/maps/quality_of_life/

European Social Survey. Data and Documentation (Datensätze, Fragebögen etc.). Zugriff am 09.11.2020. <https://www.europeansocialsurvey.org/data/>.

Eurostat (a). Glossar: EU-Erweiterungen. Zugriff am 27.10.2020. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:EU_enlargements/de.

Eurostat (b). Glossar: Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). Zugriff am 27.10.2020. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:European_Free_Trade_Association_\(EFTA\)/de](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:European_Free_Trade_Association_(EFTA)/de).

Eurostat (c). Glossar: Europäischer Wirtschaftsraum (EWR). Zugriff am

28.10.2020. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:European_Economic_Area_\(EEA\)/de](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:European_Economic_Area_(EEA)/de).

Eurostat (d). Population on 1 January by age groups and sex – cities and greater cities. Zugriff am 02.11.2020. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/urb_cpop1/default/table?lang=en.

Eurostat (e). Population on 1 January. Zugriff am 02.11.2020. <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00001/default/table?lang=en>.

Eurostat (f). Population on 1 January by NUTS 2 region. Zugriff am 02.11.2020. <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tgs00096/default/table>.

Eurostat (g). Population on 1 January by age group, sex and NUTS 3 region. Zugriff am 02.11.2020. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/demo_r_pjangrp3/default/table.

Eurostat (h). Population by citizenship and country of birth – cities and greater cities. Zugriff am 02.11.2020. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/URB_CPOPCB_custom_147439/default/table?lang=en.

Eurostat (i). Perception survey on the quality of life in European cities, 2019 (Datensatz, Fragebogen etc.). Zugriff am 03.11.2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/maps/quality_of_life.

Eurostat (j). Einbürgerungsquote (Erwerb der Staatsangehörigkeit je 100 Nichtstaatsangehörige), 2018 (in %). Zugriff am 24.11.2020. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Einb%C3%BCrgerungsquote_\(Erwerb_der_Staatsangeh%C3%B6rigkeit_je_100_Nichtstaatsangeh%C3%B6rige\),_2018_\(in_%25\).png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Einb%C3%BCrgerungsquote_(Erwerb_der_Staatsangeh%C3%B6rigkeit_je_100_Nichtstaatsangeh%C3%B6rige),_2018_(in_%25).png).

Fonds Soziales Wien. 2020. Flüchtlinge, Asyl und Grundversorgung. Grafiken und Daten zu Wien, Österreich und der EU. September 2020. Zugriff am 19.10.2020. https://www.fsw.at/downloads/ueber-den-FSW/zahlen-daten-fakten/fakten/Fluechtlingsbericht_2020-09.pdf.

Friesl, Christian, Katharina Renner und Renate Wieser. 2010. »Wir« und »die Anderen«. Einstellungen zu »Fremden« und »Fremdenfeindlichkeit« in Österreich. SWS-Rundschau 50 (1):6–32.

Haindorfer, Raimund, Julia Dorner und Bernd Liedl. 2020. Lebensqualität in einer wachsenden Stadt: Bildung, Diversität und Integration: Teilbericht an die Stadt Wien [Quality of Life in a Growing City: Education, Diversity and Integration: Subreport to the City of Vienna]. Wien: Universität Wien, Institut für Soziologie.

Haindorfer, Raimund, Christina Liebhart, Roland Verwiebe und Bernd Liedl. 2018. Lebensqualität in einer wachsenden Stadt: Wien im Europa- und Zeitvergleich anhand von internationalen Umfragedaten. Bericht an die Stadt Wien.



Wien: Universität Wien, Institut für Soziologie.

Heath, Anthony, Eldad Davidov, Robert Ford, Eva G. T. Greene, Alice Ramos und Peter Schmidt. 2020. Introduction. Contested terrain: explaining divergent patterns of public opinion towards immigration within Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 46 (3):475–488. doi: 10.1080/1369183X.2019.1550145.

Hoesch, Kirsten. 2018. *Migration und Integration. Eine Einführung.* Wiesbaden: Springer VS.

Hofmann, Julia. 2019. Einstellungen und Vorurteile in Bezug auf Migration sowie Migrantinnen und Migranten in Österreich. In *Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Ergebnisse einer Umfrage unter Zugewanderten*, herausgegeben von Wolfgang Aschauer, Martina Beham-Rabanser, Otto Bodi-Fernandez, Max Haller und Johanna Muckenhuber, 271–293. Wiesbaden: Springer VS.

oesterreich.gv.at. Wahlrecht. Zugriff am 28.10.2020. https://www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/1/Seite.320210.html.

Riederer, Bernhard, Isabella Buber-Ennser und Raimund Haindorfer. 2020. Trends in Demography and Migration in Austria. In *Demography and Migration in Central and Eastern Europe*, herausgegeben von Péter Tálas and Alex Etl, 9–27. Budapest: Dialóg Campus.

SCB – Statistics Sweden (a). Population by region, marital status, age and sex. Year 1968 - 2019. Foreign citizens by region, age in ten year groups and sex. Year 1973 - 2019. Zugriff am 03.11.2020. https://www.statistikdatabasen.scb.se/pxweb/en/ssd/START_BE_BE0101_BE0101A/BefolkningNy/table/tableViewLayout1/ https://www.statistikdatabasen.scb.se/pxweb/en/ssd/START_BE_BE0101_BE0101F/UtlmedbTotNK/table/tableViewLayout1/.

SCB – Statistics Sweden (b). Population by region, marital status, age and sex. Year 1968 - 2019. Foreign citizens by region, age in ten year groups and sex. Year 1973 - 2019. Zugriff am 03.11.2020. https://www.statistikdatabasen.scb.se/pxweb/en/ssd/START_BE_BE0101_BE0101A/BefolkningNy/table/tableViewLayout1/ https://www.statistikdatabasen.scb.se/pxweb/en/ssd/START_BE_BE0101_BE0101F/UtlmedbTotNK/table/tableViewLayout1/.

Stadlmair, Jeremias. 2018. Demokratische Mitbestimmung von Fremden aus politikwissenschaftlicher Perspektive. In Demokratische Zukunft der (Salzburger) Landesgesetzgebung, herausgegeben vom Salzburger Landtag und Katharina Weiser, 121–155. Wien: Jan Sramek Verlag.

Stadt Wien – Integration und Diversität, ed. 2020. Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor 2020. Wien: Stadt Wien – Integration und Diversität.

Statistik Austria. 2020. Statistisches Jahrbuch. Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren 2020. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (a). Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund. Zugriff am 28.10.2020. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html.

Statistik Austria (b). Bevölkerung zu Jahresbeginn 2002–2020 nach detaillierter Staatsangehörigkeit. Zugriff am 02.11.2020. https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=071715.

Statistik Austria (c). Bevölkerung zu Jahresbeginn 2002–2020 nach detaillierter Staatsangehörigkeit – Wien. Zugriff am 02.11.2020. https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=023444.

Verwiebe, Roland, Raimund Haindorfer, Lena Seewann, Cornelia Dlabaja und Sina Lipp. 2015. Zusammenleben in Wien. Einstellungen zu Zuwanderung und Integration. In Werkstattbericht 152, herausgegeben von Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung Stadt Wien. Wien: Stadt Wien.

ZARA. 2019. Rassismus Report 2019. Analyse zu rassistischen Übergriffen & Strukturen in Österreich. Ausgabe März 2020. Verein ZARA – Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit. Zugriff am 16.11.2020. https://assets.zara.or.at/download/pdf/ZARA-Rassismus_Report_2019.pdf.

Endnoten

¹ Im Fall des Migrationshintergrundes auf Grundlage der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Statistik Austria.

² Definiert als Personen, die entweder nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen oder im Ausland geborene österreichische StaatsbürgerInnen waren.

³ Definiert als Personen, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Dies ist die Definition des Migrationshintergrundes der Statistik Austria (vgl. Statistik Austria (a)).

⁴ Nur österreichische StaatsbürgerInnen sind aktiv wahlberechtigt. Ausnahmen gibt es für nicht-österreichische EU-BürgerInnen: Diese dürfen bei Bezirksvertretungswahlen in Wien (sofern Hauptwohnsitz in Wien) und bei Europawahlen in Österreich (sofern Hauptwohnsitz in Österreich) wahlweise entweder die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments oder die Abgeordneten ihres Herkunftsmitgliedstaates wählen (vgl. oesterreich.gv.at).

⁵ Die „EFTA“ (European Free Trade Association) ist eine zwischenstaatliche Organisation mit dem Ziel, zum Nutzen ihrer Mitgliedstaaten den freien Handel und die wirtschaftliche Integration zu fördern. Derzeit gehören ihr vier Staaten an: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz (vgl. Eurostat (b)). Der Gruppe „Sonstige“ gehören alle anderen Personen an (alle anderen Staatsbürgerschaften, ohne Staatsbürgerschaft bzw. Staatenlose, ungeklärte Staatsbürgerschaften etc.). Mit 1. Februar 2020 ist das Vereinigte Königreich (UK) aus der Europäischen Union ausgetreten. Die EU umfasst seit diesem Datum 27 Mitgliedstaaten (EU-27) (vgl. Eurostat (a)). Da die Daten aus dem Bevölkerungsregister immer mit Stand Jahresbeginn angeführt sind, werden die UK-StaatsbürgerInnen noch mitgezählt. Außerdem sei erwähnt, dass Österreich zur Gruppe der EU-15 gehört, da aber Österreich hier als eigene Kategorie geführt wird, wurde die Bezeichnung EU-14 gewählt.

⁶ Die Perspektive auf die Zuzüge nach Wien, mitsamt den rechtlichen Rahmenbedingungen, in denen sich diese Zuzüge bewegen, lenkt den Blick auf die wichtige Frage, inwieweit Zuwanderung für Wien eigentlich politisch steuerbar ist. Bei der Interpretation der Zuzüge (den sogenannten „Migration Flows“, genauer gesagt den „Migration Inflows“ im Unterschied zu den „Migration Outflows“) ist zu beachten, dass damit nicht auf den Bestand an MigrantInnen in der Stadt (den sogenannten „Migration Stocks“, wie in Abb. 2) geschlossen werden kann (vgl. Bartram, Poros und Monforte 2014: 99). Die Bevölkerungszahl ergibt sich aus der Geburtenbilanz (Saldo aus Geburten und Sterbefällen) und der Wanderungsbilanz (Saldo aus Zu- und Wegzügen).

⁷ Die Kategorie „Binnenwanderung: Zuzüge aus anderen Bundesländern“ umfasst alle Personen, die aus anderen Bundesländern nach Wien zugezogen sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

⁸ „Das Recht, sich in einem anderen EWR-Land (siehe Fußnote 10) für mehr als drei Monate aufzuhalten besteht, wenn der oder die EWR- oder Schweizer StaatsbürgerIn einer unselbstständigen oder selbstständigen Beschäftigung nachgeht oder eine Ausbildung absolviert oder über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, sodass er/sie keine Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen muss“. Zudem muss für die Niederlassung eine sogenannte Anmeldebescheini-

gung vorgelegt werden, die bei der Einwanderungsbehörde beantragt werden muss (vgl. Stadt Wien – Integration und Diversität 2020: 41).

⁹ Der „EWR“ (Europäischer Wirtschaftsraum) besteht derzeit aus 30 Staaten, und zwar aus den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und den drei Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) (mit Ausnahme der Schweiz, also: Island, Liechtenstein und Norwegen) (vgl. Eurostat (c)).

¹⁰ Aufgrund der fehlenden Datengrundlagen auf Landesebene wurden diese hier als „Neuzugänge“ definiert.

¹¹ 2015 wurden 88.340 und 2016 42.285 Asylanträge in Österreich gestellt. Seit 2016 ist die Zahl der Asylanträge in Österreich kontinuierlich gesunken. 2019 wurden 12.886 Asylanträge gestellt, damit liegt die Zahl der Asylanträge nun wieder unter dem Niveau von 2011 (14.416). Unter den Top 10 der Herkunftsstaaten der AntragstellerInnen sind im Jahr 2019 2.979 Personen aus Afghanistan (23 %), 2.708 aus Syrien (21 %) sowie jeweils zwischen 740 und 723 Personen (jeweils 6 %) aus Somalia, Irak, Iran und der Russischen Föderation (vgl. BM.I 2019: 4–5).

¹² „Als ‚Grundversorgung‘ wird in Österreich die Unterbringung und Verpflegung von AsylwerberInnen während des laufenden Asylverfahrens bezeichnet. Dieses System der (mehr oder weniger) flächendeckenden Versorgung existiert seit 2004. In den Jahren davor wurden bis zu zwei Drittel der AsylwerberInnen nicht in die Bundesbetreuung aufgenommen. NGOs und Kirchen mussten mit Notquartieren einspringen, um diesen permanenten humanitären Notstand zu lindern. (...) Die Grundversorgung umfasst Unterbringung und Verpflegung sowie ein monatliches Taschengeld.“ (Asylkoordination Österreich (a)). Außerdem beinhaltet die Grundversorgung die Krankenversicherung von AsylwerberInnen.

¹³ Erlaubt sind lediglich Saisonbeschäftigung und Erntearbeit. Eine weitere Möglichkeit ist die sogenannte gemeinnützige Beschäftigung, die mit einem geringen Anerkennungsbeitrag (3–5 Euro pro Stunde) abgegolten wird. Welche Leistungen für Gemeinden, Land oder Bund unter „gemeinnützige Hilfstätigkeiten“ fallen, wurde 2016 vom Bundesministerium für Inneres definiert (siehe Internetlink bei BM.I). Außerdem: Die Beantragung einer Rot-Weiß-Rot-Card ist nur vom Ausland aus möglich (vgl. Asylkoordination Österreich (b)).

¹⁴ Theoretisch betrachtet, ist die volle Integration in die österreichische Gesellschaft bzw. Aufnahmegesellschaft jedoch nur dann erreicht, wenn Menschen auch strukturell integriert sind, d.h. wenn sie am Arbeitsmarkt teilhaben (oder bestimmte Rechte haben, bestimmte soziale Positionen einnehmen etc.). Sehr

wahrscheinlich stärkt dies auch ihre weitere Integration, denn am Arbeitsmarkt können Kontakte geknüpft (soziale Integration), Sprachkenntnisse verbessert (kulturelle Integration) und auch das Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft (identifikative Integration) gestärkt werden (vgl. Esser 2001: 16f.).

¹⁵ Als „erfolgreich“ gelten bei der Beobachtung bzw. „Integrationserfolgsmessung“ des AMS nur jene Personen, die am jeweiligen Monatsletzten tatsächlich in Beschäftigung waren.

¹⁶ AMS-Daten zur Arbeitslosenquote in Österreich 2018 nach Staatsangehörigkeit demonstrieren, dass die Gruppe der BürgerInnen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak – eine Gruppe mit einigen Ländern der jüngsten Fluchtzwanderung – mit einer Quote von 36,7 % die klar höchste Arbeitslosenquote aufweist. Österreichische StaatsbürgerInnen erreichen eine Quote von 6,4 %, die Gruppe der Nicht-ÖsterreicherInnen insgesamt eine Quote von 10,8 % (vgl. Statistik Austria 2020: 14). Es wäre allerdings falsch, die Arbeitslosenquote der BürgerInnen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak 1:1 mit den Arbeitslosenquoten anderer Herkunftsgruppen zu vergleichen. Denn die BürgerInnen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak sind vielfach erst ab 2015 nach Österreich gekommen und stehen somit eher am Beginn ihres Integrationsprozesses.

¹⁷ An der Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass Österreich im europäischen Vergleich (EU-27) eine der niedrigsten Einbürgerungsquoten (Erwerb der Staatsangehörigkeit je 100 Nichtstaatsangehörige) aufweist. Die Einbürgerungsquote in Österreich ist auch niedriger als in allen der ausgewählten Vergleichsländer (vgl. Eurostat (j)).

¹⁸ Hinsichtlich der Ergebnisse des Perception Survey on the Quality of Life in European Cities 2019 ist an dieser Stelle kritisch anzumerken, dass die erhobenen Fragen im Bereich der Migration keinen klaren Rückschluss auf migrationsbefürwortende und -ablehnende Haltungen erlauben. Man kann zum Beispiel der Meinung sein, dass die eigene Stadt ein guter Platz zum Leben für ethnische Minderheiten ist, unabhängig davon, ob man die eigene Stadt für sich selbst oder andere Personengruppen als einen guten Platz zum Leben bewertet.

¹⁹ Nur eine Ausnahme von diesem Bewertungsmuster: Schweiz 2002. Der Unterschied zwischen der Stadt und dem restlichen Land ist in den Jahren 2014 und 2018 in Österreich mit einer Differenz von jeweils 1,12 Skaleneinheiten am stärksten ausgeprägt. Im Jahr 2002 ist nur Deutschland (1 Skaleneinheit) etwas vor Österreich (0,82 Skaleneinheit).

²⁰ Die Auswahl der hier diskutierten Ergebnisse erfolgte mit Bedacht auf besonders relevante Themen der internationalen Migrationsforschung und auf

gesellschaftspolitisch besonders relevante Themen für Wien.

²¹ Die Forschungsliteratur zur Erklärung von Einstellungen gegenüber Zuwanderung auf Länderebene, d.h. von Unterschieden zwischen Ländern, weist darauf hin, dass in Ländern, in denen die Maßnahmen für die Integration von Zugewanderten unterstützender sind, auch die Einstellungen gegenüber Migration positiver ausfallen. Allerdings kann sich eine größere relative Migrationspopulation und eine negativere mediale Berichterstattung über Migrationsthemen in den Ländern auf die Wahrnehmung von Migration negativ auswirken (vgl. Heath et al. 2020: 479).

²² Im Eurobarometer sollten die Befragten aus einer Liste von rund 15 Themen jene zwei auswählen, die sie für die derzeit wichtigsten in ihrem Land halten. Zwischen Mai 2014 und November 2015 stieg der Anteil derjenigen, die Zuwanderung als eines der zwei wichtigsten Themen für Österreich angaben, von 10 auf 56 %. Auch im März 2018 betrug der entsprechende Anteil noch 30 % und lag damit klar über dem Durchschnitt vor 2015. Ein vergleichbares, aber abgeschwächtes Bild ist für die Europäische Union insgesamt zu beobachten (vgl. Ennser-Jedenastik & Gahn 2018: 2).

²³ Am Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz, in der Nachbarschaft und im privaten Bereich bzw. in der Freizeit.

²⁴ Etwa befinden Personen, die persönliche Kontakte zu NachbarInnen aus dem entsprechenden Herkunftsland haben, im Vergleich zu Personen ohne solche Kontakte, das Zusammenleben in der eigenen Nachbarschaft klar besser (im Folgenden: Prozentanteile sehr gut und eher gut zusammengefasst): Kontakte zu Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien: 70 vs. 60 %, aus der Türkei: 69 vs. 62 %, aus Deutschland: 73 vs. 54 %, aus der westlichen EU: 74 vs. 60 %, aus der östlichen EU: 70 vs. 62 %, aus Nordafrika bzw. aus dem Vorderen Orient: 75 vs. 63 %, aus dem übrigen Asien: 73 vs. 62 % und aus dem übrigen Afrika: 70 vs. 66 %.

²⁵ Mindestens zwei Drittel der Befragten.

²⁶ Ein gewisser Widerspruch zur relativ hohen Bereitschaft, gleiche Rechte und Chancen für Zugewanderte zu gewähren, die seit Langem in Wien leben.

²⁷ Außerdem stimmen nur 49 % der WienerInnen der Aussage zu, dass ohne ZuwanderInnen die eigenen Pensionen nicht gesichert wären.

²⁸ Die restlichen 13 % haben sich nicht klar deklariert.

²⁹ Von den Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (13 % der Stichprobe bzw. 130 Personen) möchten 33 % die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben. Ein erheblicher Anteil von 44 % hat auf diese Frage jedoch mit Nein geantwortet, 22 % sind diesbezüglich unschlussig. Nicht-EU-Staats-

bürgerInnen streben die österreichische Staatsbürgerschaft deutlich öfter an als EU-StaatsbürgerInnen (52 vs. 21 %). Das ist insofern nicht überraschend, als EU-StaatsbürgerInnen in vielen rechtlichen Belangen besser gestellt sind als Drittstaatsangehörige (beim Wählen, am Arbeitsmarkt, beim Zugang zu sozialen Rechten, wie beispielsweise der Wiener Mindestsicherung, etc.). Außerdem: Das „Zusammenleben-Monitoring“ hat im Jahr 2020 unter den verneinenden AusländerInnen mögliche Gründe erfragt, die österreichische Staatsbürgerschaft nicht erwerben zu wollen. Zwar ist die Fallzahl in diesem Bereich gering (n = 57), dennoch ist es bemerkenswert, dass von einer Reihe abgefragter Gründe (Mehrfachantworten möglich) der wichtigste ist, die derzeitige Staatsbürgerschaft nicht aufgeben zu wollen (53 %). Zu hohe Kosten (12 %) sowie andere Gründe (9 %) haben eine relativ geringe Bedeutung.

³⁰ Eigene Analysen des repräsentativen European Social Survey für den Zeitraum 2002 bis 2016 beobachten ebenfalls einen signifikant negativen Trend im Bereich der Einstellung zu den kulturellen Effekten der Zuwanderung und zwar auf der Ebene Wiens, Restösterreichs und Gesamtösterreichs (vgl. Riederer, Buber-Ennser & Haindorfer 2020: 17–18).

³¹ Zu den Umgangssprachen der WienerInnen im Alltag zeigt das „Zusammenleben-Monitoring“, dass Englisch neben Deutsch die mit Abstand am häufigsten verwendete Sprache ist. Circa 75 % der Befragten mit türkischen Wurzeln und etwa 80 % der Befragten mit ex-jugoslawischen Wurzeln nutzen auch regelmäßig ihre Herkunftssprachen im Alltag. Aufschlussreiche Ergebnisse zu den Sprachkompetenzen von Personen mit Migrationshintergrund liefern auch neue Analysen der Wiener Lebensqualitätsstudie 2018 (vgl. Haindorfer, Dorner & Liedl 2020: 39–42).



Teil II

Methoden- und Strukturhinweise

Der CATI-Stichprobenziehung liegt eine Zufallsauswahl zugrunde, wobei von einem anhand von Telefonnummern gezogenen Sample jeweils die letzten Ziffern zufallsgeneriert werden (RLD). Damit ist es möglich, auch die nicht in den amtlichen Verzeichnissen angeführten Telefonnummern bzw. Geheimnummern zu inkludieren. Neben Festnetznummern werden bei IFES-Telefonumfragen stets auch Mobiltelefonnummern bei der Sampleziehung berücksichtigt – dies ist wegen der regionalen Verortung der Zielpersonen allerdings nur über die Telefonverzeichnisse möglich. Auch bei den CAWI- bzw. Online-Interviews wurde eine Zufallsauswahl getroffen, wobei die Altersobergrenze eingezogen wurde, um die Altersstruktur der Gesamtstichprobe zu optimieren.

Die Grundgesamtheit der vorliegenden Studie umfasst Personen ab 16 Jahren, die über ausreichende Deutschkenntnisse zur Beantwortung der Fragen verfügen. Soweit dies zutrifft, sind auch Personen vertreten, die einen Migrationshintergrund aufweisen (1. oder 2. Zuwanderergeneration, wobei es sich bei der 1. Zuwanderergeneration um Personen handelt, die selbst aus dem Ausland zugewandert sind. Die 2. Zuwanderergeneration umfasst jene, die in Österreich geboren sind und deren beide Elternteile zugewandert sind). In der aktuellen Erhebung trifft dies in den Rohdaten auf 359 Personen bzw. auf 36 % der Befragten zu. Der Anteil an Personen mit einer nicht-reichischen Staatsbürgerschaft beläuft sich auf 14 %. Diese Gruppe ist so wie in allen Bevölkerungsbefragungen insofern unterrepräsentiert, als es sich dabei vielfach um Personen unterschiedlichster Nationalitäten handelt, die der deutschen Sprache nicht in einem für ein Interview nötigen Maße mächtig sind. Um den Gesamtanteil an Personen mit Zuwanderungshintergrund zumindest annähernd in der Stichprobe abzubilden, wurde diesmal ein noch aufwändigeres Screening als bisher schon zur anteilmäßig möglichst adäquaten Erreichung dieser Teilpopulation erfolgreich realisiert.

Die folgende Tabelle weist die relevanten Strukturmerkmale der Stichprobe aus, wobei jeweils die Rohdatenverteilung (ungewichtet) der entsprechend gewichteten Struktur gegenübergestellt ist. Daraus ist ersichtlich, dass Gewichtungskorrekturfaktoren bei den meisten Auswertungsgruppen entweder gar nicht nötig oder überaus gering ausgefallen sind.

Tab. 4: Struktur der Stichprobe

Struktur der Stichprobe 2020				
	absolut		in Prozent	
	ungewichtet	gewichtet	ungewichtet	gewichtet
GESAMT	1000	1000	100	100
GESCHLECHT				
männlich	480	482	48	48
weiblich	520	518	52	52
ALTER				
16 bis 29 Jahre	209	227	21	23
30 bis 39 Jahre	201	188	20	19
40 bis 49 Jahre	226	163	23	16
50 bis 59 Jahre	144	166	14	17
60 Jahre und älter	220	257	22	26
SCHULBILDUNG				
Pflichtschule (ab 20 Jahren)	78	80	8	8
Lehrabschluss	307	312	31	31
Fachschule/mittlere Schule	166	176	17	18
AHS-/BHS-Matura	190	185	19	18
Uni, Hochschule, FH-Lehrgang	235	220	24	22
GEBURTSLAND				
Österreich	748	752	75	75
anderes Land	252	248	25	25
STAATSBÜRGERSCHAFT				
Österreich seit Geburt	704	707	70	71
Österreich erworben	148	149	15	15
andere Staatsbürgerschaft	138	134	14	13
MIGRATIONSHINTERGRUND				
ja, gesamt	359	358	36	36
Ex - Jugoslawien	71	69	7	7
Türkei	50	48	5	5
Deutschland	63	61	6	6
westliches EU - Land	37	36	4	4
östliches EU - Land	74	77	7	8
anderes Land	73	75	7	7
kein Migrationshintergrund	641	642	64	64
MIGRATIONSTYPOLOGIE				
1. Generation	252	248	25	25
2. Generation	107	110	11	11

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Problemwahrnehmung von Zuwanderung nach ausgewählten Merkmalen	43
Tab. 2: Kontakte mit Zugewanderten.....	45
Tab. 3: Zufriedenheit nach Herkunftsländern.....	73
Tab. 4: Struktur der Stichprobe	89



Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Themen in Wien	39
Abb. 2: Themen in Wien nach Corona-Erhebungszeitraum	39
Abb. 3: Themen in Wien – Zeitverlauf I	40
Abb. 4: Themen in Wien – Zeitverlauf II	41
Abb. 5: Kontakte mit Zugewanderten im Zeitverlauf	44
Abb. 6: Zusammenleben in Wien	46
Abb. 7: Beurteilung des Zusammenlebens nach Einstellung zur Zuwanderung	47
Abb. 8: Funktionierendes Zusammenleben	48
Abb. 9: Funktionierendes Zusammenleben – Zeitverlauf	50
Abb. 10: Friedliches Zusammenleben – Zeitverlauf.....	51
Abb. 11: Friedliches Zusammenleben.....	52
Abb. 12: Beurteilung des Zuwanderungsanteils in Wien.....	53
Abb. 13: Angenommene Zuwanderungseffekte	55
Abb. 14: Angenommene Zuwanderungseffekte im Zeitverlauf.....	56
Abb. 15: Einstellungsmuster zu Zugewanderten	59
Abb. 16: Einstellungsmuster zu Zugewanderten im Zeitvergleich.....	60
Abb. 17: Einstellung zu Integrationsmaßnahmen	62
Abb. 18: Einstellung zu Integrationsmaßnahmen im Zeitvergleich	63
Abb. 19: Ursachen für Integrationsprobleme	64
Abb. 20: Ursachen für Integrationsprobleme im Zeitverlauf	64
Abb. 21: Wahlrecht von ZuwanderInnen bei Gemeinderatswahlen	65
Abb. 22: Wunsch nach dem Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft	66
Abb. 23: Gründe gegen eine österreichische Staatsbürgerschaft.....	67
Abb. 24: Zur Integrationspolitik von Bundesregierung und Stadt Wien.....	67
Abb. 25: Bemühungen zur Flüchtlingsintegration	69
Abb. 26: Diskriminierung infolge ethnischer Herkunft	70
Abb. 27: Diskriminierungserfahrungen nach Zuwanderergruppen.....	71
Abb. 28: Diskriminierung in den letzten zwölf Monaten	71
Abb. 29: Zufriedenheit mit der Lebenssituation.....	72
Abb. 30: Persönliche Zukunftserwartungen im Zeitverlauf	74
Abb. 31: Persönliche Zukunftserwartungen nach Herkunftsländern	74
Abb. 32: Mediennutzung zum Thema Zuwanderung.....	75
Abb. 33: Umgangssprachen im Alltag.....	76
Abb. 34: Auslandserfahrung von in Österreich Geborenen	77
Abb. 35: Zweck des Auslandsaufenthaltes.....	77

